



Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung  
Standort Klagenfurt



Institut für Interventionsforschung  
und Kulturelle Nachhaltigkeit - IKN

## Forschungsbericht

# Interventionsforschung und Evaluation Dialogforum Flughafen Wien

Projektlaufzeit  
Jänner - Dezember 2010

### Forschungsteam

Em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Heintel (Projektleitung)  
Dr.<sup>in</sup> Veronika Dalheimer  
Harald Goldmann, MAS Mediation  
ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Heintel  
ao. Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Larissa Krainer  
ao. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Strohmeier

Klagenfurt, Juni 2011



# Inhalt

Einleitung.....	5
Kapitel 1: Zum Kontext.....	11
Der Forschungsprozess .....	12
Kapitel 2: Strukturen und Rollen im Dialogforum .....	17
Strukturen .....	17
Rollen.....	18
Die Flughafen Wien AG (FWAG).....	19
Austro Control österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH (ACG) .....	22
Austrian Airlines.....	24
Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen (ARGE).....	26
Der Nachbarschaftsbeirat.....	29
Die Delegierten der Länder.....	30
Die Verfahrensleitung .....	32
Kapitel 3: Widersprüche, Identifikationsmöglichkeiten, Expertentum .....	35
Der Grundwiderspruch .....	36
Das „Florianiprinzip“: Der Verteilungswiderspruch .....	46
Die Widersprüche „historischer Ungleichzeitigkeiten“ .....	50
Identitätsstiftende Faktoren.....	60
Der Widerspruch: Experte - „Laie“ .....	68
Kapitel 4: Kommunikation im Dialogforum .....	82
Das Dialogforum Flughafen Wien .....	82
In den Fußstapfen des Mediationsverfahrens zu historischen Ungleichzeitigkeiten.....	83
Sprachbildung als Gemeinschaftswerk.....	85
Kommunikationsstrukturen und -instrumente .....	87
Spezielle Kommunikationsinstrumente von BürgermeisterInnen.....	95
Spezielle Kommunikationsinstrumente der Bürgerinitiativen .....	95
Dialoggruppen im und rund ums Dialogforum.....	97
Herausforderungen für die Kommunikation im Dialogforum und darüber hinaus .....	99
Informationsfluss und Wissenstransfer im Dialogforum .....	102
Informationsflüsse über das Dialogforum hinaus .....	107
Resümee .....	108
Literatur.....	108

Kapitel 5: Themenbereich Raumentwicklung / offene Fragestellungen .....	110
Der Flughafen und sein regionales Umfeld .....	110
Überregionales bzw. transnationales Verkehrskonzept .....	111
Regionale Aspekte der Flächennutzung bzw. -widmung .....	112
Grenzüberschreitende Entwicklung .....	113
Regionalentwicklungs-Leitbild .....	114
Sonderaspekte mit Raumbezug .....	114
Curved Approach.....	114
Dritte Piste .....	115
Verhältnis Wien - Niederösterreich - Burgenland .....	116
Entwicklungsperspektive AUA.....	116
Anhang .....	118
Themen und Fragenkatalog für das Dialogforum .....	118
Systemlandschaft Dialogforum.....	135

## Einleitung

Der vorliegende Endbericht unseres Interventionsforschungsprojektes „Interventionsforschung und Evaluation Dialogforum Flughafen Wien“ vereinigt mehrere Absichten unseres Forschungsteams: Er soll *erstens* die zusammengefassten Ergebnisse unserer Erhebungen darstellen. Diese waren zwar schon Inhalt unserer Rückkoppelungsveranstaltungen (siehe Kapitel 1), konnten dort aber nicht in gebührender Ausführlichkeit vorgetragen werden. Auch der Bericht stellt notwendigerweise eine Selektion dar, konzentriert sich einerseits auf die verallgemeinerbaren Aussagen (den „Sukkus“ von etwa 1500 Seiten Material), andererseits stützt sie sich auf Teamentscheidungen, in denen Recherchen zusammengetragen, ausgewertet und schwerpunktmäßig geordnet wurden.

Kein Forschungsbericht dieser Art kann alle Details berücksichtigen und würdigen; außerdem gibt er unsere Sicht der Dinge wieder, von der wir zwar, insbesondere nach den Erfahrungen der Rückmeldung, annehmen, dass sie einen Befund wiedergibt, der größtenteils auch von den Mitgliedern des Dialogforums und auch seiner Geschäftsleitung geteilt wird. Da auch die Ergebnisse der Rückkoppelungen eingearbeitet wurden, wollen wir annehmen, dass in vielen Punkten Übereinstimmung besteht, unsere Sichtweise vergemeinschaftet wurde.

Dies bedeutet nicht, dass in allen Themen, Problemen, Sachlagen eine gleiche Bewertung vorliegen muss. Die unterschiedlichen Interessengruppen verlangen ebenso unterschiedliche Prioritätssetzungen. Diese sind ja gerade „das Salz in der Suppe“, das ein Dialogforum sinnvoll macht. Gäbe es eine gemeinsame „objektive Wahrheit“, könnte man sich alle Konflikte ersparen, müsste allerdings jenen Experten finden, der sie zur Verfügung stellt. Wie aber die Arbeit des Dialogforums zeigt, gibt es zwar für vieles Spezialisten, Fachleute, die Bewältigung der Gesamtproblematik verlangt aber ihrerseits Zusammenführung, Bewertung der Daten usw.

Sowohl in der Forschung, wie auch im Bericht war es uns daher wichtig, die Widersprüche herauszuarbeiten, die „Wertfigur“ der unterschiedlichen „Systemlogiken“ der Interessengruppen in den Blick zu bringen, deren Ausgangslage im jeweiligen Aufeinandertreffen zu beschreiben. Das heißt nicht, dass es nicht auch Rahmenbedingungen gibt, die für alle Gruppierungen gleich bindend sind; jedenfalls vorerst einmal. Welche Bewegungsfreiheit sie erlauben, wo sie Grenzen setzen, wo man eventuell darangehen kann, sie selbst zu diskutieren und in Frage zu stellen, wird selbst immer wieder Thema des Dialogforums sein, wurde dort und da von unseren Gesprächspartnern auch angesprochen.

Jede Sozialforschung ist „flüchtig“, die Zeit geht weiter, Augenblicksaufnahmen verlieren ihre Bedeutsamkeit. Es war daher *zweitens* unsere Absicht, insbesondere jene Themen herauszugreifen, von denen wir meinen, dass sie auch noch weiterhin für das Dialogforum interessant und wichtig sein könnten. Nun kann auch hier nicht vermieden werden, dass einiges veraltet, bereits Vergangenheit ist. In gewissem Sinn verfolgt unsere auf Intervention gerichtete Forschung ja geradezu das ehrgeizige Ziel, Veränderungen mit herbeizuführen, diesbezüglichen Entscheidungen Material und Optionen zu liefern. So wäre es auch als Erfolg eines Berichtes wie diesem anzusehen, wenn er auch weiterhin Anlass für verändernde Entscheidungen wäre. Dennoch dürften zwei Ebenen hier eine Rolle spielen, die unterschieden werden können, somit auch für unseren Bericht Berücksichtigung erfahren sollten. Wir haben uns bemüht, einerseits ganz konkrete Themen und Probleme anzusprechen, solche, die „unter den Nägeln brennen“, behandelt und entschieden werden müssen. Wir haben aber andererseits auf einer abstrakteren Ebene versucht, jenen „Hintergrund“ zu ermitteln, der das Geschehen auf der „Vorderbühne“ begleitet, der nicht einfach „weg entschieden“ oder vergessen werden kann. Worauf wir in den Rückkoppelungen weitgehend verzichtet haben, sollte teilweise hier nachgeholt werden: Ein Angebot von, wie wir sie nennen „Hintergrundtheorien“, die, wie wir meinen, Akteure und Aktionen verständlicher machen.

Hier sehen wir für uns auch eine wesentliche Forschungsaufgabe und einen genuinen Sinn unserer wissenschaftlichen Rolle. Es geht uns nicht bloß darum, recherchierte Fakten zusammenzufassen und wiederzugeben, sondern auch mögliche Erklärungen für ihr Auftreten und ihre Relevanz bereitzustellen. Freilich, und das ist ein „Nachteil“ unserer Forschungsart, lassen sich aus diesen Theorieelementen nicht unmittelbar praktische Folgen deduzieren. Schon allein deshalb, weil sie von den Interessengruppen als unterschiedlich bedeutsam angesehen werden, was erst recht nachfolgender Auseinandersetzung bedarf. Es ist zwar dieser „wissenschaftliche Teil“ begründet und auch weiter argumentativ ausbaubar, seine praktische „Übersetzung“ liegt aber in der Hand unserer Forschungspartner im Dialogforum. Es besteht hier immer auch die Gefahr, dass Theorieelemente als „Waffe“ gegen die jeweils anderen verwendet werden, mit der Berufung, die „objektive“ wissenschaftliche Aussage auf seiner Seite zu haben. Auch die Wissenschaft (gilt vor allem für die Sozialwissenschaft) ist nicht davor gefeit, sich zu Parteienstellung verführen zu lassen. Dies zu vermeiden ist uns immer ein Anliegen, das uns manchmal, die zweite Rückkoppelung erinnert daran, auch in gehörige Drucksituationen bringen kann.

Wir haben uns *drittens* dazu entschlossen, unsere Teammitglieder mit eigenen Beiträgen zu Wort kommen zu lassen. Der Grund dafür liegt in der interdisziplinären Anlage der Forschung. Jedes Teammitglied hat einen anderen wissenschaftlichen Fachhintergrund und somit von ihm aus

spezielle Perspektiven beizubringen. Dies bedeutet aber keineswegs, dass einzelwissenschaftliche Perspektiven bloß akkumuliert werden. Unsere Teamsitzungen dienen dazu, uns zu einem gemeinsamen Resultat zu verständigen. Die wichtigsten Ergebnisse in allen einzelnen Beiträgen sind Konsens. Das aber verhindert nicht, dass von den einzelnen Disziplinen her zusätzliche Facetten angeboten werden können. Sicherlich wäre hier noch mehr möglich. Die Themen des Dialogforums weisen immer wieder nach, wie viele Einzelwissenschaften involviert sein könnten und es zum Teil auch sind, zumal wenn man Experten beizieht. Es muss aber eingedenk der Ressourcen, die zur Verfügung stehen, eine Auswahl getätigt, mithin entschieden werden. Wir hoffen, hier eine gute Wahl getroffen zu haben.

Eines haben wir jedenfalls berücksichtigt: Wir dachten, dass es sinnvoll ist, gegenüber der Zusammensetzung bei der Begleitforschung eine Erweiterung um „neue“ Teammitglieder vorsehen zu sollen. Wir „Alten“ waren doch im Mediationsverfahren recht gut involviert, was leicht dazu führen kann, dass man neuen Entwicklungen nicht den ihnen zukommenden Wert beimisst. Da Forschungsteams gleichzeitig immer auch einen Resonanzboden ihres „Gegenstandes“ darstellen, war es zweckmäßig, Alte und Neue im Team tätig sein zu lassen, entsprechend der Zusammensetzung des Dialogforums. In gewisser Weise finden dann auch die Interessengruppen des Dialogforums im Team ihre Repräsentanten.

Denn auch diese Seite ist in der Interventionsforschung hervorzuheben:

Im Verstehen-Wollen von sozialen Prozessen, Konflikten, Auseinandersetzungen geht es nicht bloß um rationale Beobachtungen „von außen“. Ein Sich-Einfühlen und Nacherleben erleichtert ein Begreifen, das sich sonst nicht so ohne Weiteres einstellt. In den „objektiven“ Wissenschaften sind Emotionen eher ein Stiefkind. In der Interventionsforschung sind sie nicht bloß ein zu beschreibendes Faktum, das, weil einer anderen Kultur angehörend, „fremd“ bleibt, oft schwer nachvollziehbar, sie sind das Leben, das die Tatsachen begleitet und verbindet. Im Sinne unterschiedlicher Repräsentation sind daher auch unsere Teamsitzungen nicht emotionsfrei geblieben. Die Aufteilung der Berichtskapitel auf die Teammitglieder macht einzelne Wiederholungen im Text unvermeidlich. Es hängt dies einerseits mit der inneren Interdependenz aller Einzelthemen untereinander zusammen; Letztere lassen sich daher schwer voneinander abgrenzen. Auf der anderen Seite weisen mehrmalige Wiederholungen zugleich auf Schwerpunkte hin, also auf prioritäre Probleme, die derzeit und auch noch weiterhin das Dialogforum beschäftigen bzw. beschäftigen werden.

Letztlich und *viertens* ist es uns auch ein Anliegen, wie schon oben angedeutet, unser Forschungskonzept unseren Gesprächspartnern im Dialogforum und darüber hinaus plausibel zu machen. Im Allgemeinen herrscht nämlich ein Bild der Wissenschaft vor, das ihr eine Rolle zuweist, die sie nicht erfüllen kann. Es wird ein Expertentum erwartet, das Auskunft drüber gibt,

was richtig ist, was falsch. Letzteres darf man sich auch von Teilen der Wissenschaft mit Recht erwarten, überall jedenfalls dort, wo Logik und Mathematik für das Ausschalten von Widersprüchen herangezogen werden können, in dem Sinn eindeutige Entscheidungen folgen können. Auch in Teilthemen des Dialogforums, wo es z. B. um Technisches geht, um rechtlich unumstößliche Vorbedingungen etc., ist dieses Expertentum unverzichtbar.

Die Interessengegensätze und Widersprüche im Dialogforum sind aber anderer Art; die Logik, die geforderte Widerspruchsfreiheit geht dort ins Leere, wo in gewisser Weise „alle“ Recht haben, zumindest berechnete Anliegen vertreten, die nicht einfach zu nivellieren sind. Gäbe es eindeutige Lösungen, bräuhete man ja nur die Experten zu fragen und könnte sich die ganze Mühsal an Diskussion und konfliktreichen Prozessen ersparen. Das Mediationsverfahren und auch das Dialogforum zeigen eine andere Wirklichkeit: Die „Wahrheit“ liegt nicht vor, steht nicht fest, sie muss erarbeitet und von allen Betroffenen entschieden werden. Soziale Wahrheit wird also gemeinsam entschieden und erfährt nur auf diese Weise Akzeptanz. In ihr kommen die Gegensätze eine Zeit lang zur Ruhe, ohne endgültig aufgelöst werden zu können. Dies mag betrüblich sein, bringt aber das „Wesen“ unserer sozialen, politischen Wirklichkeit adäquater zum Ausdruck als eine wie immer geartete wissenschaftliche Entscheidung „von außen“. Der Entscheidungsprozess, die Akzeptanz kann nicht delegiert werden, schon gar nicht die Emotionen der Betroffenen. Das Dialogforum hingegen ist jene Einrichtung, die diese Tatsachen zur Kenntnis genommen hat, insofern der Wissenschaft auch eine besondere, differenziertere Rolle zuweisen muss. Diejenige der Interventionsforschung passt unserer Meinung nach zu ihr. Ihre Aufgabe kann es daher nicht sein, Entscheidungen stellvertretend zu fällen, nicht einmal sie naheulegen. Sie kann vielleicht Vorschläge, Alternativen anbieten, zusammenfassende Theorieelemente beisteuern; vielleicht auch die (notwendigen) Widersprüche und ihre Berechtigung verdeutlichen. Einen Beitrag dazu leisten, die Gesamtsituation im Blick zu behalten. Die Entscheidungen bleiben aber unseren Forschungspartnern vorbehalten; sie müssen schließlich mit ihnen und in ihnen weiterleben. Wir hoffen, dass es uns gelungen ist, diesen Perspektivenwechsel der Wissenschaft dem Dialogforum nahegebracht zu haben; der Bericht mag auch diesem Wunsch entsprechen.

Ein Auftraggeber braucht einen Bericht auch zu seiner eigenen Rechtfertigung. Er wird in kontroversiellen Materien sicher von allen möglichen Seiten her gefragt, was denn eigentlich „herausgekommen“ ist. Wir hoffen, dass unsere Zusammenfassung auch für diesen Zweck tauglich ist. Schließlich dient er aber auch der Erinnerung. Einerseits einer historischen Selbstvergewisserung, gleichsam als „Archiv“, zum anderen als mögliche Fundgrube für das, was nicht vergessen werden soll.

Nun noch eine kurze Übersicht über die einzelnen Kapitel:

**Kapitel eins** erinnert an unsere Geschichte als Begleitforschung im Mediationsprozess und liefert eine Beschreibung des Forschungspartners „Dialogforum“. Wichtig in all unseren Projekten ist der Auftrag und seine Zielsetzungen. Schließlich wird dem Forschungsprozess von der Auftragserteilung bis zur Verfassung des vorbereitenden Fragenkatalogs für die Klausur nachgegangen und er wird auf die Zeitlinie gestellt. Auf ihr sind die einzelnen Forschungsleistungen nachlesbar. Kurze Hinweise auf die verwendeten Forschungsmethoden komplettieren dieses Kapitel.

**Kapitel zwei** beschäftigt sich mit der inneren Struktur des Dialogforums. Eine Systemlandschaft wird nachgezeichnet, ausgehend von der Hypothese, dass im Dialogforum nicht nur Individuen agieren sondern Untergruppen, sowie Repräsentanten von Systemen, die außerhalb sind. Jede soziale Konstellation entwickelt eine eigene Systemlogik und Wertfigur. Sie lassen Individuen zu Rollenträgern werden. Das Kapitel beschreibt die einzelnen Systeme, die Rollen in ihnen und beschäftigt sich mit der Dynamik des inneren Geschehens, den Aktionen und Reaktionen.

Das **dritte Kapitel** beschreibt zunächst die drei Aufgabenstellungen des Dialogforums (Verwalten, Optimieren, Gestalten) und versucht dann im Detail die Widerspruchslandschaft des Dialogforums nachzuzeichnen (siehe Unterkapitel). Neben verdichteten Interviewergebnissen und solchen der teilnehmenden Beobachtungen, sind hier auch Stellungnahmen des Forschungsteams zu finden, sowie Angebote von Theorieelementen. Weiterentwicklung und Ergebnisse der Klausur nach Ende unserer Forschung wurden, so sie uns zugänglich waren, mitberücksichtigt. Das Kapitel schließt mit einer Erörterung der für alle Einrichtungen dieser Art wichtigen Expertenrolle.

**Kapitel vier** geht der Kommunikationskultur im Dialogforum nach; welche Kommunikationsstrukturen und -prozesse wurden eingerichtet, welche Herausforderungen hat die Leitung zu bewältigen, was ist für die Mitglieder wichtig, wie steht es um die allgemeine Zufriedenheit. Hierbei werden die Widersprüche und deren Bedeutung für die Kommunikation wieder aufgegriffen und erweitert um ein wesentliches Thema, das der unterschiedlichen Sprachgruppen im Forum, die zu gemeinsamer Sprachbildung aufgerufen sind. Eingegangen wird hierbei auf das allgemein bestätigte gute Klima, auf die Bedeutung direkter Kommunikation und das Vertrauen, das entwickelt wurde als Stütze. Letzteres lässt auch dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit viel an Handlungsfreiheit, die er anscheinend auch mit Sorgfalt wahrnimmt. Weiters wird auf Kommunikationsinstrumente eingegangen, die „Internetseite“ mit unterschiedlichen Ordnungskategorien (unter anderem auch eine „Erinnerung“ an den

Mediationsprozess 2001-2005 und einer Visualisierung des Kommunikationsprozesses selbst), den „Dialog aktuell“, auf Sitzungsprotokolle, Presseaussendungen, den Newsletter. Das „Visitair Center“ wird ebenso beleuchtet, auf themenspezifische Informationsabende eingegangen - sowie zum Evaluationsbericht Stellung genommen. Schließlich wird der Bedeutung von Fachtagungen und Kongressen nachgegangen. Aber auch die Kommunikationsinstrumente von Bürgermeister, Bürgerinitiativen kommen zu Wort. Ein eigener Teil widmet sich den Stakeholdern, den externen Dialoggruppen, relevanten externen Öffentlichkeiten. Informationsfluss, Wissenstransfer im Dialogforum werden betrachtet, ihre Einschätzung und Verantwortlichkeitsseite. Das Kapitel schließt mit dem Thema Informationsflüsse über das Dialogforum hinaus, nimmt Bezug auf die Anrainerkommunikation, auf die Entstehung von Gegenöffentlichkeiten und gibt Hinweise auf den Stellenwert von Wahlen. Insgesamt kann man den Eindruck gewinnen, dass die Kommunikation *im* Dialogforum als recht gut eingeschätzt wird, dass es aber nach außen hin Defizite gibt, vor allem was die Gegenöffentlichkeiten anlangt. Die zitierte „Vision“ der Klausur im Jänner 2011 klingt jedenfalls vielversprechend in Hinsicht einer positiven Weiterführung des eingeschlagenen Weges.

Im **fünften Kapitel** geht es um einige offene Fragen. Neben wiederholten stehen Themen der Raumentwicklung und einer diesbezüglichen Strategie im Zentrum. Auch wenn in der Rückmeldung diese Themen eher als Überforderung des Dialogforums betrachtet wurden (mit Ausnahme der Bürgermeister), glauben wir, dass zumal bei einem Bau der dritten Piste diesbezügliche Fragen relevant werden müssen. Konkret geht es dann wohl auch um Flächenwidmungen, die Planung der Verkehrsinfrastruktur, um Baulandwidmungen, etc. Eine überregionale Betroffenheit darf vermutet werden. Ob das Dialogforum mit diesen Themen beschäftigt werden wird, können wir nicht beurteilen. Um eine klare Entscheidung wird man aber wahrscheinlich nicht herumkommen. Vorauszusehen ist aber, dass in Flächenumgangsfragen Gemeinden zur Kooperation aufgerufen sind.

Wir haben uns erlaubt, den Themen- und Fragenkatalog, den wir zur Vorbereitung der Jänner-Klausur verfasst haben, im Anhang hinzuzufügen. Teile des vorliegenden Endberichts sind in ihm vorweggenommen worden.

## Kapitel 1: Zum Kontext

Bereits von 2000-2005 war ein Forschungsteam des „Institutes für Interventionsforschung und Kulturelle Nachhaltigkeit“ (IKN) mit der Durchführung einer Begleitforschung im Rahmen des Mediationsverfahrens am Wiener Flughafen beauftragt. Die Forschungsmethode<sup>1</sup> und auch teilweise die ForscherInnen waren den Auftraggebern und meisten ForschungspartnerInnen bekannt.

Ein Ergebnis des Mediationsverfahrens am Flughafen Wien war u.a. ein Kooperationsvertrag zwischen einem eigens gegründeten Verein Dialogforum und der Flughafen Wien AG. Ziel des Vereins Dialogforum ist es, Prozesse zum Interessenausgleich zwischen den Mitgliederorganisationen zu strukturieren und zu ermöglichen. Als Hauptaufgaben werden die Überwachung der Umsetzung der im Zuge des Mediationsverfahrens geschlossenen Verträge (Monitoring und Evaluierung), die Optimierung des Fluggeschehens im 2-Pistensystem und die Vorbereitung geeigneter Kommunikationsprozesse für allfällige Vereinbarungen für das Fluggeschehen im geplanten 3-Pisten System gesehen.

Das Dialogforum, juristisch als Verein (Generalversammlung, erweiterter Vorstand, Vorstand, Rechnungsprüfer/innen, Schiedsgericht und Geschäftsführer) organisiert<sup>2</sup>, ist als Diskussions- und Kommunikationsplattform konzipiert. Rund 130 Gemeinden, die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland werden durch PolitikerInnen, Beamte und Umweltschutzvereine repräsentiert. Weiters sind im Dialogforum derzeit 13 Bürgerinitiativen und Siedlervereine in einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) vertreten. Als Vertreter der Aviation-Group arbeiten Repräsentanten der Flughafen Wien AG, der Austro Control und der Austrian Airlines mit.

Der erweiterte Vorstand setzt sich zusammen aus:

- zwei Delegierten der Flughafen Wien AG
- einem Delegierten der Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG
- einem Delegierten von Austro Control

---

<sup>1</sup> Die Forschungsmethode wurde in „Das Mediationsverfahren am Flughafen Wien-Schwechat. Dokumentation, Analyse, Hintergrundtheorien.“ Falk, Gerhard/Heintel, Peter/Krainer, Larissa (Hrsg.): Deutscher Universitäts-Verlag; 1. Auflage, 2006 ausführlich beschrieben.

<sup>2</sup> 1. Konstituierende Sitzung des Dialogforums am 18.1.2006

- fünf Delegierten aus den zehn Nachbargemeinden, die Gründungsmitglieder des Vereines sind. Von den fünf Delegierten müssen vier aus Niederösterreich, einer aus Wien stammen
- sechs Delegierten des Verein „Arbeitsgemeinschaft von Bürgerinitiativen und Siedlervereinen um den Flughafen Wien“ (inkl. Vertretung Wien)
- sechs Delegierten des Landes Wien
- sieben Delegierten des Landes Niederösterreich
- einem Delegierten des Landes Burgenland.

Die inhaltliche Auseinandersetzung in den Bezirkskonferenzen (Baden, Mödling, Wien-Umgebung Süd, Bruck an der Leitha und Gänserndorf, in der Stadtkonferenz Wien), in diversen Arbeitskreisen (z.B. Evaluierung und aktuelles Fluggeschehen, technischer Lärmschutz, Öffentlichkeitsarbeit, Umweltverträglichkeitsprüfung, Landungen, ....) und einzelnen Sonderterminen (Informationsveranstaltungen, Pressekonferenzen, ...) rundeten die Arbeit des Dialogforums ab.

## Der Forschungsprozess

Im 16. Dialogforum am 16. Dezember 2009 wurde einstimmig beschlossen eine wissenschaftliche Begleitforschung zu beauftragen. Ziel war es nach einer fünfjährigen Arbeitsphase Feedback und Reflexionsprozesse für die Mitglieder des Dialogforums zu ermöglichen.

Das Institut für Interventionsforschung und Kulturelle Nachhaltigkeit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt wurde nach einem Auftragsklärungsgespräch am 15. Jänner 2010 mit dem Geschäftsführer des Dialogforums und dem Vertreter der FWAG und einer anschließenden Auftragsbeschreibung seitens des Institutes mit einem Begleitforschungsprojekt mit der geplanten Laufzeit von März 2010 bis Dezember 2010 beauftragt.

Als Zielsetzung wurden im Anschluss an das Auftragsklärungsgespräch die folgenden Punkte vereinbart:

- Reflexion und Evaluierung der bisherigen Verhandlungs- und Umsetzungsprozesse im Rahmen des Dialogforums
- Standortbestimmung sowie eine Erstellung von Hypothesen und Identifizierung und Bündelung von Vorschlägen für zukünftige Entwicklungen des Dialogforums.

Die Arbeit des Dialogforums sollte gemeinsam mit den Mitgliedern des Dialogforums reflektiert werden, um Erfolge und Probleme zu identifizieren und Entwicklungsoptionen für die

zukünftigen Herausforderungen des Dialogforums zu erarbeiten. Die Forschung sollte außer einer Standortbestimmung womöglich auch „schlummernde“ Entwicklungspotentiale zu Tage fördern. Grundlagen für die Weiterentwicklung des Dialogforums sollten klarer werden. Fragen der Kooperation, der optimalen organisatorischen Rahmenbedingungen und der zu bewältigenden Spannungsfelder und Widersprüche sollten im Zentrum des gemeinsamen Reflexionsprozesses stehen.

Diese Grundlagen sollten sowohl Basis einer zukünftigen strategischen Ausrichtung sein, wie auch für die Mitglieder des Dialogforums eine inhaltliche und emotionelle Identifikationsmöglichkeit schaffen.

Um diese Zielsetzungen zu ermöglichen wurde entschieden mit den Methoden der Interventionsforschung ein spezielles Forschungsdesign zu entwickeln, welches die ForschungspartnerInnen an verschiedenen Stellen mit einbezieht und Forschungsergebnisse bereits während des Forschungsprozesses zur Verfügung zu stellen erlaubt.

Die wichtigsten Forschungsmethoden die eine Anwendung fanden waren teilstrukturierte Tiefeninterviews, teilnehmende Beobachtungen und Rückkoppelungsveranstaltungen:

- *Teilstrukturierte Tiefeninterviews* dienen dazu, das Forschungsfeld aufzumachen, d.h. die Thematik über die Sichtweisen der InterviewpartnerInnen zu erschließen und Reflexionsprozesse in Gang zu setzen. Interviews eignen sich besonders gut zur Identifikation von Problemlagen und kontroversiellen Sichtweisen, sie sollen immer dann zum Einsatz kommen, wenn es gilt, unterschiedliche Motive und Interessen zu identifizieren und aufeinander zu beziehen. Die Gespräche dauern üblicherweise ca. eine bis eineinhalb Stunden und werden aufgezeichnet und transkribiert. Die erhobenen Daten bilden eine Basis für Hypothesenbildung, Rückkoppelung und Ergebnispräsentation. Es können sowohl Einzel- als auch Gruppeninterviews geführt werden, die Daten werden vertraulich behandelt und anonymisiert.
- Bei der *teilnehmenden Beobachtung* nehmen ForscherInnen an Sitzungen, Veranstaltungen u. dgl. innerhalb des Projektes teil. Sie sitzen im Hintergrund, agieren nicht mit und notieren sich Beobachtungen auf verschiedenen Ebenen (z.B. Inhalte, Stimmungen, Beziehungsdynamik, Moderation/Steuerung, methodische Vorgehensweise). Die Beobachtungsergebnisse fließen in die Hypothesenbildung ein und werden an die ForschungspartnerInnen rückgekoppelt.
- Die *Rückkoppelungsveranstaltung* im Sinne der Interventionsforschung ist ein zentraler Bestandteil des Forschungsprozesses: Die Intervention durch Rückkoppelung beeinflusst

einerseits den Forschungsprozess selbst, indem die Teilnehmer der Veranstaltung die Teil- oder Zwischenergebnisse zur Verfügung gestellt bekommen und sie einem Realitätscheck im Sinne der Anwendbarkeit und der Nachhaltigkeit unterziehen; andererseits sind die Ergebnisse aus der Rückkoppelungsveranstaltung ein theorie- und praxisgeleitetes Material, das sich auf die Erfahrungen von Personen in laufenden Prozessen und Verfahren stützt. Die Ergebnisse führen in laufenden Verfahren zu reflektierten Veränderungen und ermöglichen es auch, dass innerhalb des Forschungsprozesses innovative Erkenntnisse über deren Anwendbarkeit und Nachhaltigkeit gewonnen werden können.

Das Forschungsprojekt gliederte sich in **drei Phasen**:

- *Eröffnungsphase von Jänner- März 2010:*

Im Anschluss an das erste Auftragsklärungsgespräch (15. Jänner 2010) folgten mehrere Klärungsgespräche mit dem Geschäftsführer des Dialogforums und einigen ForschungspartnerInnen um die operative Umsetzung des Forschungsprojektes zu konkretisieren (Einbindung in die Kommunikationsstruktur, Zugang zu Dokumenten, Beobachtungs- und Interviewoptionen, finanzielle Abwicklung etc.).

Am 11. März 2010 fand mit der 1. Teamsitzung der interne Projekt-Kick-off statt. (Teamkonstituierung<sup>3</sup>, Rollen und Aufgabenklärung im Team<sup>4</sup>, erste inhaltliche Annäherung inklusive einer Klärung der Ausgangsvermutungen und Erstellung eines detaillierten Forschungs-Designs.)

- *Erhebungsphase von März - Oktober 2010:*

Evaluierungsberichte, Sitzungsprotokolle und Medienberichte wurden recherchiert und analysiert. Acht ausgewählte Sitzungen des Dialogforums, Bezirkskonferenzen bzw. Arbeitskreise wurden teilnehmend beobachtet. Weiters wurden 31 qualitative Interviews mit unterschiedlichen RepräsentantInnen aller im Dialogforum vertretenen Interessengruppen

---

<sup>3</sup> Bei der Teamzusammenstellung wurde neben interdisziplinären Aspekten darauf geachtet, analog zum Dialogforum, „alte“ Teammitglieder aus dem ersten Forschungsprozess und „neue“ Teammitglieder ohne Vorerfahrungen mit dem Mediationsprozess miteinander in Kooperation zu bringen.

<sup>4</sup> Das ForscherInnenteam bestand aus;

em. Univ.-Prof. Dr. Peter Heintel (Wissenschaftliche Leitung)

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen:

Univ.-Prof. Dr. Larissa Krainer (Schwerpunkt: ÖA/Anrainerkommunikation)

ao. Univ.-Prof. Dr. Gerhard Strohmeier (TB, IV )

ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Heintel (TB, IV)

Dr. Veronika Dalheimer (TB, IV)

Harald Goldmann, MAS (TB, IV Teamkoordination)

Ingrid Ringhofer (Projektadministration)

durchgeführt. Die Ergebnisse der Recherche, die Protokolle der teilnehmenden Beobachtungen und die Transkriptionen der Interviews wurden sowohl einzeln als auch in zwei Teamklausuren ausgewertet und zur Entwicklung von Hypothesen und Hintergrundtheorien herangezogen.

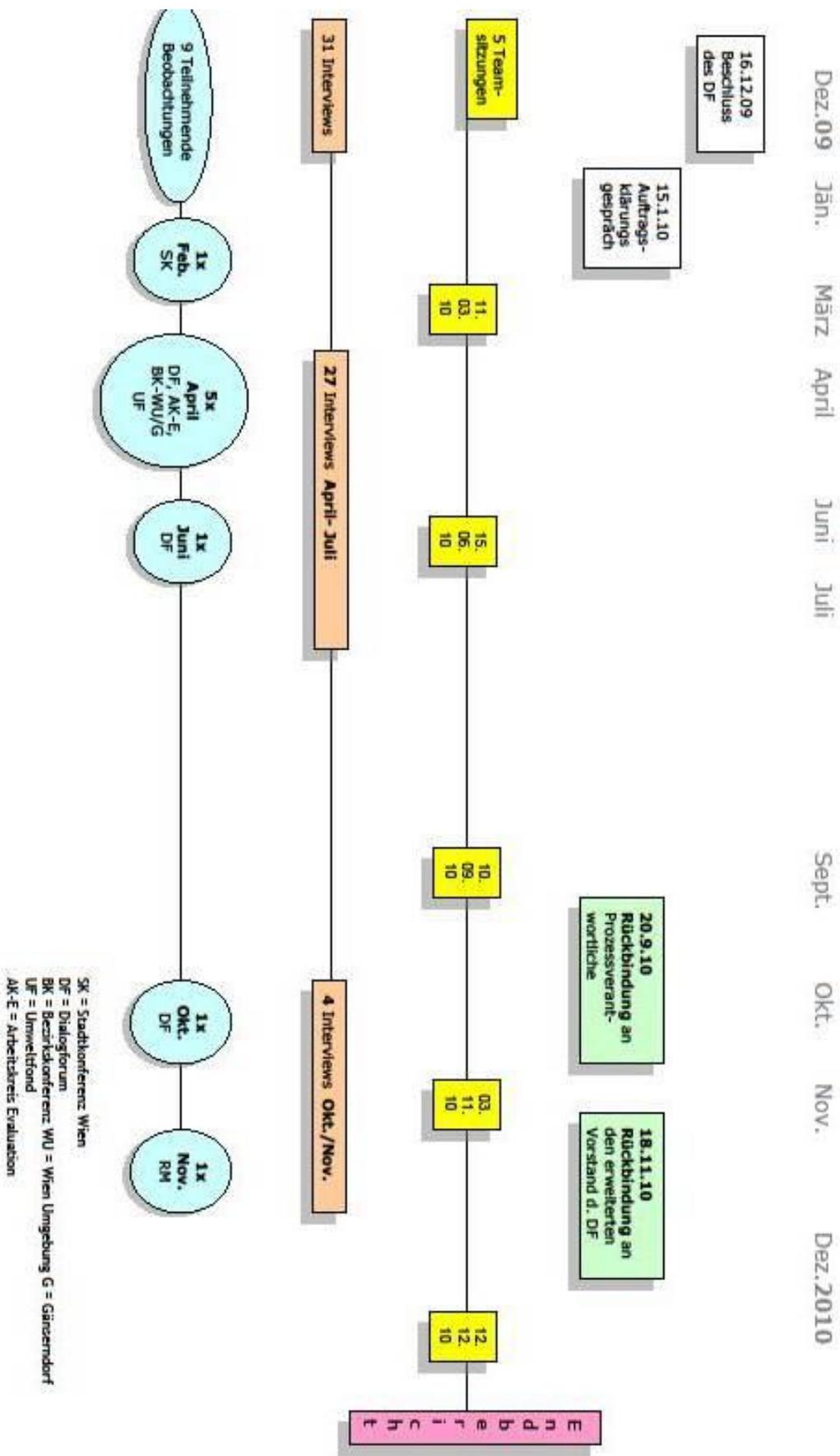
- *Abschlussphase von September - Dezember 2010:*

Hier wurden die Ergebnisse aus den Auswertungsprozessen zusammengefasst und für zwei Rückkoppelungen aufbereitet. Am 20. September 2010 fand eine erste Rückkoppelung der vorläufigen Ergebnisse an die mit der Steuerung des Dialogforums verantwortlichen Personen statt. Am 18. November 2010 wurden alle InterviewpartnerInnen und Mitglieder des erweiterten Vorstandes des Dialogforums zu einem gemeinsamen Rückkoppelungs- und Reflexionsworkshop eingeladen. Zentrale Ergebnisse wurden hier vor und zur Diskussion gestellt. Die unterschiedlichen Gruppierungen nahmen zu den Ergebnissen Stellung und entwickelten so eine gemeinsame Sichtweise der aktuellen Situation. In Anschluss an die zweite Rückkoppelung fand am 12. Dezember 2010 die 5. und abschließende Teamsitzung statt, in der die Ergebnisse und der Rückkoppelungsprozess noch einmal reflektiert und zusammengefasst wurden. Ein „Themen- und Fragenkatalog“, welcher dem Dialogforum im Vorfeld einer geplanten Klausur zu Verfügung gestellt wurde, stellte den vorläufigen Schlusspunkt des aktuellen Forschungsprozesses dar.

Im Februar 2011 wurde dann noch die Erstellung eines Abschlussberichtes mit der FWAG als Auftraggeber vereinbart.

Inzwischen liegt der schriftliche Abschlussbericht vor. Mit dem Auftraggeber wurde vereinbart, dass es den Mitgliedern des Forschungsteams offen steht - nach Rücksprache mit dem Auftraggeber - die Ergebnisse bei Kongressen und in wissenschaftlichen Publikationen vorzustellen.

## Der Forschungsprozess im Überblick



## Kapitel 2: Strukturen und Rollen im Dialogforum

Will man die Aktivitäten im Dialogforum und ihre Wirkungen verstehen, so lohnt es sich,

1. einen Blick auf die innere Logik der darin vertretenen „sozialen Systeme“ zu richten, d.h. jene Strukturen zu benennen, deren Delegierte im Dialogforum präsent sind und deren Handlungsspielräume zu beschreiben, sowie
2. die tatsächlich beobachtbaren Handlungen und Aussagen von Erwartungen, Zuschreibungen und Interpretationen durch andere zu trennen.

Wer sind die handelnden Personen?

Im erweiterten Vorstand vom Dialogforum sitzen

- zwei Delegierte der Flughafen Wien AG,
- zwei Delegierte der Austrian Airlines,
- ein Delegierter der Austro Control,
- fünf Delegierte aus den 10 Nachbargemeinden, die Gründungsmitglieder des Vereines sind (von den fünf Delegierten müssen vier aus Niederösterreich, einer aus Wien stammen),
- sechs Delegierte des Vereins „Arbeitsgemeinschaft von Bürgerinitiativen und Siedlervereinen um den Flughafen Wien“ (inkl. Vertretung Wien) (ARGE),
- sechs Delegierte des Landes Wien,
- sieben Delegierte des Landes Niederösterreich,
- ein Delegierter des Landes Burgenland.

Obmann ist ein Bürgermeister aus NÖ, seine Stellvertreter sind ein Delegierter der FWAG, zwei aus Wien und einer aus Niederösterreich.

Es gibt einen Geschäftsführer mit Mediatorenausbildung.

Externe Experten sind:

- zwei Rechtsanwälte mit Mediatorenausbildung,
- eine Mediatorin und
- eine Protokollführerin (ebenfalls ausgebildete Mediatorin).

## Strukturen

Bei der Beschreibung der Strukturen wird sich immer wieder zeigen, dass sie - oft im Gegensatz zu den von außen in sie gesetzten Erwartungen - nie nur einer einzigen Logik folgen können. Zuschreibungen wie „Dem Flughafen geht's doch nur um den finanziellen Gewinn“, „Bei der ACG

verschanzen sie sich nur hinter Gesetzen“ und „Die aus den Bürgerinitiativen sind einfach nur emotional“ wären zu einfach. Auch sie haben Widersprüche zu verwalten, wie Peter Heintel dies in seinem Beitrag zum Dialogforum aufzeigt.

## Rollen

Die Art und Weise, wie die einzelnen Delegierten ihre Rollen wahrnehmen und gestalten, ist ein Lernprozess - ein Prozess der kontinuierlichen Identitätsbildung, wie Heiner Keupp das nennt - d.h. alle Beteiligten können im ständigen Dialog lernen. Das Dialogforum bietet den Rahmen dazu.

Sie *lernen* einander *kennen*, indem sie einander mitteilen, warum sie da sind. Sie setzen sich für ihre Ziele ein und dadurch erhalten sie laufend persönliche und fachliche Informationen, im Zuhören entsteht Verständnis für die anderen - ebenso wie ein besseres Verständnis für die eigene Rolle.

Verständnis (für sich selbst wie für andere) ist Voraussetzung für „wirksames“ Handeln, es wäre aber wichtig, sich über die tatsächlichen Auswirkungen des eigenen Tuns kontinuierlich zu informieren, d.h. Rückmeldungen einzuholen. Dazu fehlt oft die Zeit.

Handelnde Personen haben ja nur zum Teil Einfluss darauf, wie sie von anderen gesehen und interpretiert werden; die Wahrnehmung aller Beteiligten ist naturgemäß selektiv, deshalb ist es von Vorteil, die Selektionskriterien der anderen zu kennen: Hören sie nur, was sie hören wollen? Wissen sie, dass sie nicht sehen, was sie nicht sehen können?

Was manchmal erkennbar und nicht immer verständlich ist, weil die dahinterstehenden Bilder nur selten vermittelt werden, das sind die Reaktionen der anderen. Statt zu fragen, *warum* die oder der andere in einer bestimmten Weise reagiert, werden dann oft vorschnell Hypothesen aufgestellt „Ach ja, die oder der tut das jetzt, weil ...“.

Eine gemeinsame Verarbeitung von Reaktionen wäre ein wichtiger Schritt:

Wer oder was kann dabei hilfreich sein?

Gibt es im Dialogforum Räume, in denen daran gearbeitet werden kann?

Alle, die im Dialogforum „eine Rolle spielen“, d.h. als handelnde Personen eine Rolle innehaben, Wirkungen erzielen, Reaktionen auslösen, müssen daran arbeiten.

Auf der persönlichen Ebene wäre es für die Delegierten wichtig,

- die eigenen Ideale,
- die Erwartungen und Möglichkeiten anderer und
- die Aufträge der Einheit, die sie repräsentieren,

zu reflektieren und für sich selbst immer wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Auf organisationaler Ebene wäre es von Vorteil, „daheim“ - wo immer das ist - passende Strukturen und Methoden zu finden, die zu einer systeminternen Reflexion führen können, d.h. zu Erkundungen darüber, was aus den erfahrenen Reaktionen zu lernen ist.

Daraus folgend wäre im günstigsten Fall eine Neu-Definition der Rolle von Delegierten möglich.

Einfach ausgedrückt ließen sich die Rollen aller handelnden Personen definieren als Resultat

- aus Motiv und Mandat,
- aus Aktionen und Reaktionen, sowie
- aus Reflexion und Neu-Definition.

Daraus ist erkennbar, dass Rollengestaltung nicht nur ein kontinuierlicher, sondern darüber hinaus vermutlich auch ein unendlicher Prozess ist. Das mag unbequem erscheinen, kann aber dann entlastend wirken, wenn man sich rechtzeitig darauf einstellt, ohnehin nie endgültig damit fertig zu sein.

In der Folge soll an einigen Beispielen gezeigt werden, wo dieser Prozess zum Zeitpunkt der Begleitforschung stand *und worauf Augenmerk gelegt werden sollte*.

## Die Flughafen Wien AG (FWAG)

### 1. System und Mandat der Delegierten

Die FWAG als Arbeitgeber für viele AnrainerInnen und auch als Auftraggeber für die vertraglich gebundenen Firmen (Fluglinien, Geschäfte und andere Betriebe im Flughafen, Instandhaltungs- und Baufirmen etc.) stellt einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in der Region dar, muss langfristig und nachhaltig planen und entscheiden und ihre Aktivitäten nicht nur den AktionärInnen, sondern auch Ministerien, Behörden und Bürgern gegenüber jederzeit - auch nachträglich - erklären können.

Das Dialogforum der FWAG hat bereits international Aufmerksamkeit, Interesse und Beachtung gewonnen und kommt dadurch auch dem Ansehen der FWAG zugute.

Die FWAG hat zwei Delegierte im Dialogforum, einer von ihnen ist auch ausgebildeter Mediator, was seine Teilnahme am Mediationsverfahren von Beginn an geprägt hat, und war anfangs auch Geschäftsführer des Dialogforums.

Er sieht seine Aufgabe darin, „die Interessen des Flughafens zu vertreten, und zwar so, dass es die anderen annehmen können“, wobei „das Mandat nicht fix, sondern oft nachträglich einzuholen ist“. Der zweite Delegierte ist für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig, die Vorstände sind nur bei einzelnen Sitzungen anwesend.

## 2. Aktionen und Reaktionen

Der erste Delegierte gibt im Dialogforum aktiv und reaktiv Auskünfte und Erklärungen über sämtliche den Flughafen betreffende Angelegenheiten (Entwicklung des Flugverkehrs, aktuelle und geplante Kooperationen mit Ministerien und Behörden, Verhandlungen mit Fluglinien und anderen Verkehrsträgern etc.) und er vertritt bei der Vorbereitung von Entscheidungen die Interessen der FWAG dem Dialogforum gegenüber, bzw. umgekehrt berichtet er dem Vorstand regelmäßig über die dort diskutierten Themen.

Der Pressesprecher bringt in das Dialogforum ein, was im Vorstand in puncto Informationspolitik beschlossen wurde, und berichtet an den Vorstand, welche Themen aus dem Dialogforum in welcher Form für die Medien aufgearbeitet werden sollten.

Nach Einstellung eines Geschäftsführers ist die Rolle des Delegierten klarer:

Von manchen wird er als „das menschliche Antlitz des Flughafens“ gesehen (IV 6, S. 31), andere sehen ihn als „nicht konfliktfähig“ (IV 25, S. 7), kritisch wird berichtet, dass er seine alte Rolle noch nicht abgelegt hat „Er sagt immer, er ist Auftraggeber. Er ist überhaupt nicht Auftraggeber, in keiner Weise. Der Flughafen hat einen Vertrag mit dem Dialogforum abgeschlossen und ist deshalb auf Grund eines Vertrages verpflichtet, das Dialogforum zu zahlen. Und aus!“ (IV 7, S. 10)

Wenn Entscheidungen des Dialogforums durch den Vorstand der FWAG hingegen nicht mitgetragen werden, so wird vermutet, dass das Prinzip, im Konsens zu entscheiden als Verzögerungstaktik eingesetzt wird. „Konsens ist gut, aber nicht immer. Konsens kann sehr stark bremsen. Und wenn heute der Flughafen will, dass nichts gemacht wird, dann gibt es auch keinen Konsens“ (IV 16, S. 15 u. 16) und es herrscht offenbar Unklarheit darüber, wo was entschieden werden kann. So berichtete ein Interviewpartner „Das Dialogforum hatte bereits beschlossen, dass die FWAG 8 Millionen vorschießt“ (IV 16, S. 6) und zeigt sich dann verwundert darüber, dass diese Entscheidung nicht hält.

Der Vorstand wird von manchen als ansprechbar erlebt, wenn Feuer am Dach ist („Ich habe sie einfach informiert und ... (*sehr schnell*) ... einen Termin mit allen drei Vorständen gehabt“ IV 8, S. 35), von anderen als sehr distanziert empfunden „Zum Vorstand kommen wir ja nur, wenn es brennt“ und man vermutet, dass darunter auch der Delegierte leidet „Ich meine, man merkt, dass er mehr Druck vom Vorstand kriegt, das merkt man schon“ (IV 16, S. 16).

Andere wieder sehen die Machtverhältnisse als sehr einseitig und bezeichnen das Dialogforum als „Potemkinsches Dorf, in dem es heißt, alle hätten die gleiche Stimme, aber es gibt eine Achse zwischen Gemeinde Wien und FWAG“ (IV 15, S. 19).

Hier besteht offenbar die Vermutung der Manipulation, wenn die Zuwendungen an die Gemeinden (die ihren Bürgern im Zuge der Aufzoning lärmgedichte Fenster finanzieren können)

und an die Bürgerinitiativen (denen sie die Infrastruktur für Sitzungen zur Verfügung stellt) als „kleine Häppchen“ bezeichnet werden, „um politisch überleben zu können“ (IV 15, S. 21).

Gleichzeitig wird der FWAG auch ein dezidiertes Wille zu friedlicher Konfliktaustragung zugeschrieben: „Solche Wickel wie bei der Startbahn West in Frankfurt brauchen wir nicht.“ (IV 15, S. 27), wobei es auch über die Motive verschiedene Vorannahmen gibt wie:

„Das Dialogforum war ja eine Idee aus dem Mediationsvertrag seitens des Flughafens. Nach dem Motto: wir reden ja eh ... weil sonst *werden* selbst Österreicher irgendwann einmal radikal“ (IV 4, S. 18) oder

„Was einigen kann, was zu einem positiven Konsens in Richtung Bau dritte Piste geht, erspart vielleicht in der Folge immense Prozesskosten“ (IV 22/8) bis hin zu der Annahme, dass die Motivation zu Ende gehen könnte „Allerdings mit der Bewilligung für die dritte Piste wird wahrscheinlich das Interesse vom Flughafen an diesem aufwendigen Verfahren sinken.“ (IV 2, S. 27).

Manche sind stolz auf die internationale Vorbildwirkung, die die Vorbereitung auf die dritte Piste hat („das Ergebnis ist europaweit, weltweit berühmt“, IV 8, S. 41) und berichten darüber auch gerne in München und Paris „weil die restlos begeistert sind und sagen, sie können nur träumen von sowas“ (IV 7, S. 30).

Hin und wieder entsteht Unmut: „Wenn man das Gefühl hat, die Anliegen werden ernst genommen, hat man selbst auch eine größere Toleranz. Nur zunehmend das Gefühl: die interessiert nur möglichst viele Flugbewegungen - no na, na klar, sie verdienen bei jeder Landung - und daher: es ist so: einzementiert. Und das erzeugt schon in letzter Zeit einen gewissen Unmut“ (IV 26, S. 6)

Damit ist aber nicht der Delegierte persönlich gemeint: „Der Flughafen hat wirklich kompetente Leute entsandt. Ich kenne niemanden, der den J. in irgendeiner Weise anzweifelt in seiner Kompetenz und in allem, was dazu gehört. Nur kann er über einen gewissen Punkt nicht hinaus.“ (IV 4, S. 20).

Vielmehr ist es die FWAG selbst, die keine Deckelung akzeptiert: „Der Flughafen hat vom Anfang an gesagt, wir machen bei dem Verfahren mit, aber nur wenn wir nicht eingeschränkt werden“ (IV 2, 16).

Bei der Frage, wer tatsächlich die Ziele vorgibt, kommen die Haupteigentümer ins Spiel („Im Prinzip geht es um die Bevölkerung auf der einen Seite, die darunter leidet, und dem Aktiengewinn auf der anderen Seite ... . Der Ansatzpunkt muss der Eigentümer sein, der, der dem Flughafendirektor sagt, was er von ihm erwartet.“ (IV 4, S. 24)

Und es gibt weitere Erklärungen: „Das ist die Problematik, die wir auf der Flughafenseite jetzt haben: Es ist bald mehr Expertise außen vorhanden (auf der Ebene Dialogforum und Experten, die unterstützen) als innerhalb der FWAG ... das alte Wissen fehlt ... der Pressesprecher ist redlich bemüht, das abzudecken, aber er kann es nicht, weil er mit dem Skylink nicht einmal die Zeit hat, sich auch nur die einfachsten Konfliktfelder anzuschauen und die richtigen

Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Und der Einsame, der von der Wiege bis zur Bahre eh das meiste Knowhow von allen hat, ist total überlastet.“ (IV 6, S. 26)

## Austro Control österreichische Gesellschaft für Zivilluftfahrt mbH (ACG)

### 1. System und Mandat des Delegierten

Die ACG ist im Besitz der Republik Österreich, im Aufsichtsrat sitzt u.a. ein Vertreter des BMVIT, zu den Aufgaben der ACG zählen die Flugverkehrsdienste, ein Luftfahrtinformationsdienst, ein Flugfernmelddienst, ein Flugwetterdienst, sowie die Überwachung und Einhaltung der Luftverkehrsvorschriften, die Bewilligung von Ein-, Aus- und Überflügen, die Prüfung der Luft- und Betriebstauglichkeit, ein Such- und Rettungsdienst, die Zivilluftfahrt-Personalauswahl, die Bewilligung von und Aufsicht über Zivilluftfahrtschulen und die Überprüfung ausländischer Luftfahrzeuge.

Laut eigener Homepage ([www.austrocontrol.at](http://www.austrocontrol.at)), in der auch die Mitarbeit im Dialogforum erwähnt ist, hat die ACG ihre Aufgaben transparent, kooperativ und fair zu erfüllen.

Es gibt einen ständigen Delegierten im Dialogforum, der sich selbst als „sachverständigen Experten und Auskunftgeber“ sowie auch als „Enabler“ versteht.

### 2. Aktionen und Reaktionen

Der Delegierte im Dialogforum gibt Auskünfte zu flugtechnischen und gesetzlichen Fragen und greift Anregungen auf, um sie - z.T. sofort, z.T. nach Absprache mit der ACG - auf ihre Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und dann wieder zu berichten - d.h. er ist im ständigen Dialog. Er nimmt an sämtlichen Sitzungen des Dialogforums, den Bezirkskonferenzen und Sitzungen anderer Gremien teil und hat keinen Vertreter.

In den vergangenen Jahren konnten - nach entsprechenden Rücksprachen und Abstimmungen - schon zahlreiche Vorschläge realisiert werden, wie z.B. Entwicklung neuer und Einsicht in die von der ACG aufgezeichneten Flugrouten, Senkung des Fluglärms u.Ä.m.

Der Delegierte sieht seine Aufgabe als eine spannende Herausforderung:

Laien komplexe technische und gesetzliche Zusammenhänge plausibel zu erklären war nicht seine ursprüngliche Kernkompetenz. Deshalb sieht er das Dialogforum auch für sich selbst als anregendes Lernfeld, das er so beschreibt: „Die Flughafengegner sind greifbarer geworden“ und „Für die Flugsicherung war es neu, Dinge, die sie entscheidet, plötzlich rechtfertigen zu müssen“.

In vielen Interviews wurden die fachliche Kompetenz und die Verlässlichkeit der ACG, die persönliche Einsatzbereitschaft und die verständlichen Erklärungen des Delegierten als sehr positiv gesehen.

Durch ihn wird - zumindest für manche - auch „das Dilemma der ACG (Klare Sicherheitsinteressen versus aufwendige Flugroutenoptimierung“ (IV 3, S. 14) verständlich und nachvollziehbar.

Die „Sonderrolle der ACG ... als Behörde unangreifbar zu sein ... diese Karte können sie immer wieder ziehen“ (IV 15, S. 22) sei deutlicher, als die Tatsache, dass „sie schon auch Einnahmen in Form von Gebühren hat“ (IV 15, S. 26).

Es gibt die Überzeugung, dass im Dialogforum „wirklich ziemlich die Besten sitzen, nicht irgendwelche Vertreter, die keine Ahnung von dem Ganzen haben - z.B. der von der ACG!“ (IV 2, S. 12).

Ein anderer: „Im Dialogforum hat man schon das Gefühl gehabt, dass der Wille da war zu einer gewissen Verbesserung und die Verbesserungsmöglichkeiten auch aufgezeigt wurden. Das zeigt, dass man da wirklich versucht hat, das so zu schieben, dass ein Gleitflug möglich wird. Das ist geschafft worden“ (IV 26, S. 7), gleichzeitig aber: „Also mich stört zum Beispiel, dass ich nicht weiß, wie arbeitet die Austro Control. Ich muss dem, der dort sitzt, glauben - aus.“ (IV 26, S. 14)

Ein Interviewter bezeichnet seine Beziehung zur ACG als „Hass-Liebe: der Delegierte gehört zu den Bürgerinitiativen, weil er mit denen immer in Verbindung steht. Er gehört aber auch zum Ministerium“ (IV 16, S. 44/45).

Von anderer Seite schwingt Verständnis mit „Leicht ist es sicher nicht, weil wieso soll eine Flugsicherungsbehörde darauf schauen, dass die Leute, die überflogen werden, dass es denen besser geht“ (IV 19, S. 19), was natürlich in der internen Logik stimmt „Im Denken der Flugsicherung hat immer die Sicherheit die oberste Priorität und dann kommt lange nichts. Und die Vorstellung eines Lotsen - er müsste jetzt aus Umweltüberlegungen irgendwas machen, was dem nicht entspricht, was er gelernt hat, weshalb er natürlich auch da ist - das würde ganz schwer fallen.“ (IV 29, S. 5).

Dennoch gibt es im Dialogforum Anerkennung für die Geduld „Dann kommt die ACG und schiebt ein bissl hin und her - und es ist zumindest das Bemühen da“ (IV 8, S. 22) und auch Verständnis „Für die ist wichtig, dass die Regeln handhabbar bleiben. Weil sie müssen ja riesige Umschulungen und alles ständig machen, für die ist immer wichtig, klare und nicht zu viele Regeln zu haben“ (IV 6, S. 33).

Auch die Allparteilichkeit des Delegierten steht außer Zweifel „Wo sie die Flugzeuge hinsteuern, wo diese Wegpunkte liegen, ist der ACG - solange es den Sicherheitserfordernissen genügt - völlig egal“ (V 6, S. 33).

Tatsächlich scheint die Rolle des Delegierten der ACG derzeit institutionell und persönlich sehr gefestigt, weil die ACG an sich hohe Reputation hat und er selbst über die Jahre hinweg nicht

nur als beständig, sondern darüber hinaus als fachlich kompetent und durchaus umgänglich erlebt wurde.

Dennoch ist zu erkennen, dass eben diese Ausschließlichkeit von manchen als unangenehm empfunden wird, weil man um die Zukunft bangt: „Wenn es nämlich haarig wird, zieht er sich auf seine Rolle als Behörde zurück und sagt, er muss gar nicht da sitzen, weil er kann eigentlich machen, was er will“ und so erklärt man sich dann auch „die Schwachstelle, dass es keine Stellvertreterregelung gibt“ mit einer vernommenen Aussage „Wenn die ACG sagt: wir sind eine Behörde und wir können uns den Luxus nicht leisten, da zwei Leute abzustellen für den Spaß“ (IV 20, S. 33).

Jene, die für ihre Arbeit Back-up-Systeme entwickelt haben („Ja ich versuche halt, immer wieder jemanden Zweiten an meiner Seite zu haben ... und ... . Bei mir ist alles abgespeichert, der ganze Schriftverkehr wird Jahr für Jahr auf CD gebrannt und abgelegt ... dass man da anderen die Möglichkeit gibt, sich schnell einzulesen“ IV 4, S. 6) sind durch fallweise Abwesenheiten verärgert („Die ACG war nicht da ... da ist viel geredet und nichts beschlossen worden“ IV 4 S. 11).

*Ich denke, dass es der ACG und ihrem Delegierten gegenüber sowohl Zuversicht als auch als ärgerlich empfundene Abhängigkeitsgefühle gibt - ein Widerspruch, der nicht wirklich behoben werden kann.*

## Austrian Airlines

### 1. Das System und Mandat

Die AUA, seit mehr als einem Jahr im Besitz der Lufthansa, vertritt seit Beginn des Mediationsverfahrens die Interessen sämtlicher Airlines, mit denen die FWAG zu tun hat und bildet mit Letzterer und der ACG gemeinsam die Aviation Group.

Anders als bei der FWAG finden die Systemturbulenzen bei der AUA weniger Beachtung im Dialogforum. Das könnte damit zu tun haben, dass sie, egal wem sie gehört, für die Fluglinien schlechthin steht und diese Verantwortung auch immer und ohne Unterbrechung wahrgenommen hat und weiterhin wahrnehmen wird. Inwieweit andere Fluglinien angesprochen werden, ist noch nicht entschieden. Darüber hinaus hat das Dialogforum mit dem Vorstand wenig zu tun, weil er - bis auf ein einmaliges Ereignis vor Abschluss des Mediationsvertrages - auch kaum Einfluss auf die Existenz des Dialogforums genommen hat.

Die AUA ist naturgemäß daran interessiert, die Anzahl der Fluggäste zu erhöhen und ihre Erträge zu steigern, wie auch einer der beiden Delegierten sagt „Die Airline fliegt, um Geld zu verdienen“.

Dieser Delegierte, ein erfahrener Pilot, der selbst Piloten ausbildet, hat - ebenso wie sein Kollege - im Dialogforum vor allem die Aufgabe, praxisnahe Informationen über den Flugbetrieb zu geben. Natürlich kann er auch Anregungen aufgreifen - auf manche davon kann man sogar sofort aus der Berufserfahrung und der Kenntnis vieler Flughäfen heraus antworten. In anderen Fällen wird man bei der AUA selbst oder bei anderen Fluggesellschaften und Flughäfen Informationen einholen müssen.

Der Handlungsspielraum scheint eher durch Fakten als durch Vorgaben der AUA bestimmt zu sein. Aus der Praxis ist bekannt, dass die Dichte des Flugverkehrs ebenso zunimmt wie die Besiedelung rund um den Flughafen - vor dem Hintergrund dieser Tatsachen liegt ihm aber die Arbeit im Dialogforum („Die Vertretung der AUA ist mein Job, ich bin kein Betroffener, daher auch nicht so emotional“) aus einem anderen Grund am Herzen: Er konnte durch die Mitwirkung am Mediationsverfahren für sein ursprüngliches berufliches Umfeld viel lernen.

Er schätzt, dass das zeitliche Aufkommen für die Arbeit im Dialogforum sich bei ihm selbst inzwischen auf etwa 10% seiner Arbeitszeit reduziert hat, während sein Kollege, der auch zwischen den Sitzungen viel telefoniert, Mails schreibt und Protokolle vorbereitet, dem Dialogforum etwa 1/3 seiner Arbeitszeit widmet.

Seine Rolle im Dialogforum sieht er als „die Bremse, damit nicht zu viel passiert, was dann unseren Interessen widersprechen würde ... also sagen wir: wir sind nicht so sehr die Kreativen, sondern ... bewachen unsere Interessen, denn ... im Flugtechnischen haben wir das Expertenmonopol“.

## 2. Aktionen und Reaktionen

Vor mehr als fünf Jahren, kurz vor Abschluss des Mediationsvertrages hat es in einer Klausur, in der es um den Nachtflug gegangen ist, eine heikle Situation gegeben mit einem AUA-Vorstand („Der war vorher nie im Mediationsverfahren, der hat dieses Miteinander nicht erlebt, und auf einmal hat er auf seine Businessart erklärt ... ohne Nachtflug geht die AUA zugrunde.“ IV 8 S. 13).

Abgesehen davon wird die Rolle der Delegierten so gesehen: „Die AUA hat nie Vorstände ins Mediationsforum entsendet, sondern eben bestimmte Delegierte. Die haben uns halt eh immer gesagt, sie müssen das, was sie da an Handlungsoptionen haben, erst nach Hause tragen und zu Hause durchbringen, dann können sie es uns wieder sagen - war auch verständlich.“ (IV 8 S. 13)

Zum Zeitpunkt der Befragung durch die Begleitforschung waren die Delegierten der AUA nur als Teil der Aviation Group in Erinnerung, so z.B. aus der Diskussion in Bezug auf die Abbildung der Flugspuren im Internet - da entstand der Eindruck „Die AUA und der Flughafen haben sich verschanzt hinterm Datenschutz“ (IV S. 8), „Die AUA will nicht, dass man nachvollziehen kann,

wo die Flugzeuge genau geflogen sind“ und „ich habe es bis heute nicht verstanden, warum“ (ebenda S. 10).

*Vergleicht man diese relativ geringe Anzahl an Reaktionen mit der Selbstbeschreibung der Rolle so hat es den Anschein, als wären den beiden Delegierten beim Placement ihrer Argumente durchwegs „sanfte Landungen“ gelungen.*

## Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen (ARGE)

### 1. System und Mandat(e) der Delegierten

Die ARGE wurde im Anschluss an das Mediationsverfahren und mit Einrichtung des Dialogforums gegründet. Sie ist ein Verein, der zur Zeit 14 Bürgerinitiativen umfasst, mit einem Statut, das auf der eigenen Homepage [www.argebsdialog.at](http://www.argebsdialog.at) veröffentlicht ist.

Die in der ARGE zusammengefassten Bürgerinitiativen sind vertreten durch Personen, die ihr Mandat zumeist auf Grund persönlicher Betroffenheit über Unterschriftensammlungen erhalten haben, und die Interessen der Unterzeichner/innen seither mit Engagement verteidigen. Einige widmen sich inzwischen quasi ausschließlich diesem Ehrenamt, manche von ihnen deshalb, weil sie in den letzten Jahren aus ihrem Beruf aus Altersgründen ausgeschieden sind.

Als Motive werden von den Mitgliedern der ARGE selbst u.a. „Ärger darüber, dass man von außen sonst nichts machen kann und übergangen wird“, sowie „Überschreitung des Schmerzpegels“ und „Stolz, die Eingangshürde geschafft zu haben“ angegeben.

Die Zusammenführung wird von manchen kritisch gesehen, wie etwa „das hat der Flughafen ganz exzellent gemacht, dass er die Bürgerinitiativen in eine ARGE gezwungen hat mit dem Auftrag, werdet euch einmal untereinander einig“ bzw. „irrsinnig geschickt gemacht, man muss das bewundernd sagen - das ist vermutlich der einzige Weg, um eine konstruktive Diskussion zu machen - nur erreichen kann man mit der Konstruktion natürlich weniger“.

Durch die jahrelange Zusammenarbeit sind zwischen manchen Mitgliedern vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen entstanden, es gibt aber auch Kritik, „Reibereien“ und latentes Misstrauen.

Die gemeinsame Arbeit hat Persönlichkeiten verändert, Wissen erweitert und vertieft, Selbstvertrauen gestärkt - die Beteiligten sind gemeinsam in die Jahre gekommen. Neuzugänge hat es in letzter Zeit keine gegeben.

Im Dialogforum ist die ARGE mit sechs Sitzen vertreten - es wird erwartet, dass die Interessen der Bürgerinitiativen bereits im Vorfeld diskutiert und abgestimmt werden. Um dies zu erreichen, wurde der ARGE eine eigene Mediatorin zur Verfügung gestellt, die sie dabei unterstützen soll, bei allfälligen Differenzen zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen.

Die Delegierten der ARGE haben im Dialogforum das Recht, alle ihnen wichtigen Fragen zu stellen, Auskünfte und Reaktionen von ihnen gibt es hingegen zumeist erst nach internen Absprachen. Für ihre Treffen zwischen den Sitzungen wird ihnen Raum zur Verfügung gestellt, sie erhalten jederzeit Informationen vom Geschäftsführer des Dialogforums und auch von dessen Vertrauensanwalt.

Einige von ihnen nehmen an Einladungen teil, die aus dem internationalen Interesse am Dialogforum hervorgehen.

## 2. Aktionen und Reaktionen

Die ARGE-Delegierten verfolgen ihre Ziele mit großer Hingabe, starker emotionaler Beteiligung und beeindruckendem Durchhaltevermögen - im Stil recht unterschiedlich und gleichzeitig um geeintes Auftreten bemüht.

Die Selbstbeschreibung eines Delegierten aus der ARGE lautet so „Seit es das Dialogforum gibt, sind wir eigentlich ziemlich mit Abwehrarbeit beschäftigt“ und „Die ARGE hat sich immer gesehen als Hüter der Verträge“.

Das Handeln der einzelnen Personen erzeugt ein breites Spektrum an Wahrnehmungen, Vermutungen und Reaktionen.

Anerkennend wird festgestellt, „es gibt immer wieder Unterschiede, das ist kein Thema, aber ich glaube, dass man schon viele Beschlüsse auch gemeinsam gefasst hat“ (IV 11, S. 19).

Auch Aussagen, die von beispielhaftem Respekt zeugen, werden zitiert wie „Da wird mir doch glatt gesagt: Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich das auch so sagen, aber ich bin von der Bürgerinitiative und deshalb habe ich eine andere Meinung“ (IV 13, S. 4).

Mehrere Interview-Partner sehen die ARGE in einer Sinnkrise:

„Die Bürgerinitiativen werden permanent von außen angegriffen als die Angepassten, die sich haben kaufen lassen ... Problem, weil sie keine aktuellen Erfolge vorweisen können“ (IV 13, S. 7) und „von außen werden Forderungen hereingetragen, die nicht erfüllbar sind“ (IV 13, S. 8), deshalb: „Es wäre unnatürlich, wenn sie keine Sinnkrise hätten - aus der Situation heraus, dass eigentlich alles, was zu tun ist, bereits getan ist ... ist es für mich logisch, dass so eine Gruppe, die am Ende des Tages mit etwas nach Hause kommen muss ... wenn da jetzt quasi nicht mehr viel erreichbar ist, weil sie gut gearbeitet haben, dann hat man eine Sinnkrise“ (IV 13, S.13).

„Die Bürgerinitiativen haben immer das Problem: sind wir überhaupt noch wirkliche Bürgerinitiativen? Wir verhandeln ja mit dem Feind sozusagen - die Sinnkrise ist dann immer da - jetzt sind sie die ewig Zerrissenen und das ist dieses Thema Sinnkrise“ (IV 6, S. 35).

„Sinnkrise - schon irgendwie, weil die sollten ja auch immer wieder Ergebnisse vorzeigen können, und das ist nicht immer leicht“ (IV 14, S. 10).

„Solche Strukturen bedeuten Stabilität und dass da nicht jeden Tag ein Putsch passieren kann - und das wird möglicherweise von den umtriebigen Initiativen als hemmend empfunden“ (IV 25, S. 26).

Von einigen wird vermutet „die meisten Bürgerinitiativen haben keine große Basis, eine Handvoll Aktivisten, einige motivierte Vertreter/innen, die Bürgerinitiativen außerhalb sind oft größer“ (IV 14, S. 10) oder „also in Wirklichkeit glaube ich, dass die Anzahl der Menschen, die tatsächlich vertreten werden, relativ gering ist“ (IV 21, S. 31).

Auch wird vermutet, dass „sie extrem hofiert werden vom Flughafen, sie werden unterstützt im Sinne von Infrastruktur, im Sinne von Möglichkeiten und Räumen - werden wirklich hofiert, werden wichtig gemacht“ (IV 15, S. 21), woraus der Schluss folgt „Die haben hohe Erwartungen ... und treten vereinzelt so auf wie ein Entscheidungsgremium, (das bestimmt) wie der Flugverkehr im Raum Wien abläuft“ (IV 15, S. 32).

Hin und wieder zeigt sich Ungeduld darüber, dass die Wirksamkeit nicht stärker ist: „Nicht, dass die Vertreter schlecht wären - ganz im Gegenteil, es sind Leute dabei, die sind eine ausgesprochene Bereicherung für das Verfahren, in der Sache hart, irrsinnig insistierend, aber niemals unfair“ (IV 21, S. 31) aber „die ARGE sollte sich doch ein wenig anders positionieren, sollte als Vertreter der Bevölkerung auftreten“ (IV 12, S. 34).

Es wird die Arbeit innerhalb der ARGE kritisiert, wobei das nicht immer Personen zugeschrieben wird „Es sind halt sehr lange Prozesse, wenn die ARGE ... also das ist ja eigentlich ein gewaltiges Potential, sollte man meinen - und die Prozesse dauern trotzdem endlos lang und es wird sehr viel zerredet in den Sitzungen (IV 20, S. 19) oder „sie konnte sich natürlich eben auf Grund dieses Kantönligeistes nicht wirklich in Szene setzen“ (IV 12, S. 19), aber doch Funktionen in Frage gestellt werden „Es ist halt sehr, sehr schwierig, wenn der Obmann der ARGE auch seine Gemeinde vertritt .... damit hat er für mich eigentlich das Recht des Obmanns verwirkt, weil er sollte im Grunde genommen ja neutral sein“ (IV 12, S. 2).

Das Engagement der Delegierten der ARGE wird z.T. mit Staunen wahrgenommen „die sind unverändert in einer fast schon fahrlässig positiv eingestellten Art und Weise an der Arbeit ... und man muss wirklich sagen: ohne Bürgerinitiativen wären wir eigentlich nie so weit gekommen“ (IV 19, S. 15) und auch mit Bewunderung „die haben sich sicher sehr, sehr viel Information erarbeitet - auch müssen, weil sie ja seit Anfang dieses Prozesses dabei sind. Und es geht eben nur, wenn man versucht, sich die Grundlagen zu erarbeiten“ (IV 18, S. 11) - und „weil sie so ein umfangreiches Wissen gehabt haben ... war der der Flughafen mehr oder minder dazu aufgerufen, viele Experten reden zu lassen“ (IV 22, S. 12).

# Der Nachbarschaftsbeirat

## 1. System und Mandat der Delegierten

Er umfasst fünf Delegierte aus den 10 Nachbargemeinden, die Gründungsmitglieder des Vereins Dialogforum sind, von denen 4 aus Niederösterreich und einer aus Wien sind.

Für sie ist die Arbeit im Dialogforum eine von zahlreichen Aufgaben, es können auch Wechsel eintreten, wenn diese Funktionen nach Wahlen neu besetzt werden.

Die Weitergabe von Information ist im kollegialen Rahmen organisiert, das Angebot ist reichlich und wird bei Übernahme als überwältigend bezeichnet.

Auch sie treten im Dialogforum geschlossen an und auf - geeint durch ihre Aufgabe, möglichst viel für die BürgerInnen ihrer Gemeinden zu erreichen. Sie haben einen Sprecher, der auch der Obmann des Vereins Dialogforum ist, die anderen Delegierten sollten nach Himmelsrichtungen gut verteilt sein.

Ihr Mandat ist jeweils durch ihre Funktion definiert (BürgermeisterIn oder VizebürgermeisterIn, bzw. BezirksvorsteherIn), und erwartet wird Verhandlungsgeschick im sowie die Rückbindung von Beschlüssen des Dialogforums an die Gemeinde- bzw. an die Bezirksräte und die Bürger - sowie um den Umgang mit jenen Bürgerinitiativen die außerhalb des Dialogforums sind.

Bei ihrer Akzeptanz bzw. der Akzeptanz des Dialogforums in ihrer Gemeinde oder in ihrem Bezirk gibt es laut ihren Aussagen Unterschiede - je nachdem

- Wie viele Wählerstimmen sie hinter sich haben (Spitze = 84%),
- wie gut die Information über das Dialogforum ausgearbeitet ist bzw. angenommen werden kann und
- mit welchen „gegnerischen“ Bürgerinitiativen sie es zu tun haben.

## 2. Aktionen und Reaktionen

Wegen ihres umfassenden Aufgabenbereiches liegt ihnen daran, die Sitzungen im Dialogforum nicht ausufern zu lassen und mit einer Stimme zu sprechen.

Das wird z.T. sehr geschätzt „Ich meine, das Verhältnis mit den Bürgermeistern ist heute ein ganz anderes, das Vertrauen ist auch da, das war am Anfang sehr schwierig“ und „Die Bürgermeister waren einmal sehr vorsichtig gegenüber den Bürgerinitiativen, das hat man gemerkt“ (IV 16, S. 4) sowie konkret „Da sind wir geschlossen mit den Bürgermeistern aufgestanden und das haben sie verstanden“ (IV 16, S. 7).

Andere sind enttäuscht:

„Da merkt man schon, dass die sehr von oben gesteuert sind ... da kommt eigentlich kaum was. Anfangs hat es hie und da noch Meldungen oder gegebenenfalls kritische Meldungen gegeben,

aber seit ein paar Jahren sitzen sie nur dort und sagen entweder gar nichts - viele kommen auch gar nicht mehr“ (IV 2, S. 21) und

„Bei uns hat es seitens der damaligen Gemeindeführung geheißt, es ist eh alles in Ordnung ... solange, bis wir die Auswirkungen dieser besten Ordnung zu spüren bekommen haben“ (IV 4, S. 1) bzw. „der würde sich in seiner Ehre gekränkt fühlen, dass man Fluglärm empfindet, nachdem er ja lange Zeit propagiert hat, dass das alles nicht so arg ist und dass eh alles super ist“ (IV 4, S. 2)

oder sogar misstrauisch

„Die haben durch diesen Umweltfonds ihr Budget schön aufstocken können und sind damit gesättigt“ mit der Vermutung „die verwenden das sicher anders“ bis hin zu „die haben ihren Benefit und jetzt sitzen sie zwar drinnen, aber sind nicht mehr aktiv“ (IV 3, S. 11) und

„Über den Umweltfonds, über den Flughafen kriegen die sehr viel Geld, glaub ich“ (IV 15, S. 4) und „Ich habe das Gefühl da gibt es einen Deal ... Ihr haltet still und kriegt die notwendigen Erfolge, die ihr braucht, um politisch zu überleben bei den Wahlen“ (IV 15, S. 20).

*Gerade bei den VertreterInnen der „Behörde“ wird dies nicht das erste Mal sein, dass sie mit Vorurteilen konfrontiert werden. Vielleicht bietet das Dialogforum einen Raum, sich damit auseinanderzusetzen.*

## Die Delegierten der Länder (6 aus Wien, 7 aus NÖ, einer aus dem Burgenland)

### 1. Systeme und Mandate

Die Unterschiede sind augenscheinlich erklärbar aus der Entsendungslogik der einzelnen Bundesländer.

Wien - zu 20% am Flughafen beteiligt - entsendet einen starken Politiker mit fachlich versierten Magistratsbeamten, die ihn in seiner Argumentation unterstützen.

Niederösterreich - ebenfalls zu 20 % beteiligt - entsendet beamtete Fachexperten, die es als ihre Aufgabe sehen, das Dialogforum zu unterstützen:

Einer von ihnen meint „Ich sehe meine Position im Dialogforum, fachlich Input zu geben, um der Gesamtsituation zu helfen“ und meint „Die einzelnen Standpunkte kann man nicht wegbringen. Wenn man das Ganze verbessern möchte, dann müsste man das Thema überall entpolitisieren.

Der andere erklärt, dass er im Mediationsverfahren fast von Beginn an dabei war , und dass in NÖ die Politik „offen gesagt, keine Rolle spielt, so lange wir unsere Arbeit erledigen .... dann ist die Politik dankbar, nicht mit Fragen beschäftigt zu werden“.

Das Burgenland entsendet einen Fachexperten, der seinem Landeshauptmann berichtet, aber nur wenn notwendig. Er besucht neben den Sitzungen vom erweiterten Vorstand des Dialogforums den Arbeitskreis zur Überprüfung der vereinbarten Ziele und die Bezirkskonferenz und versucht, dort gute Beiträge zu leisten. Er beschreibt die Zusammenarbeit mit Wien und NÖ, die auch in anderen Zusammenhängen erforderlich ist, als „gutes Netzwerk“ in dem z.T. „die selben Akteure tätig sind“.

## 2. Aktionen und Reaktionen

Aus dem unterschiedlichen Rollenverständnis ergibt es sich, dass die Aktionen der Delegierten der verschiedenen Länder in Stil und Inhalt sehr stark voneinander abweichen.

Der aus Wien delegierte Politiker setzt vor allem politische Akzente, u.a. auch dadurch, dass er Vorbereitung und Durchführung der sogenannten Stadtkonferenz (d.i. das Pendant zu den niederösterreichischen Bezirkskonferenzen, aber eben in Wien) selbst in die Hand genommen und der Veranstaltung seine persönliche Note gegeben hat.

Während die Delegierten aus Niederösterreich und Burgenland sich vor allem auf ihre fachlichen Beiträge konzentrieren, kommt inzwischen zumindest bei einem der Niederösterreicher der Gedanke auf, dass es eventuell erforderlich werden könnte, auch von seiner Seite - als Reaktion auf Wien - „die politische Ebene zu sensibilisieren.“

Da in vielen Auseinandersetzungen die Politik vom Inhalt nicht immer klar zu trennen ist, erzeugt dies ein breites Spektrum an emotionaler Resonanz im Dialogforum.

Dort, wo alles politisch motiviert gesehen wird, fällt die Einschätzung der politischen Raison besonders schlecht aus: „Sie haben da ihre Subalternen dorthin delegiert ... setzt euch hinein, horcht euch das an, schaut, dass es nicht schlimmer wird und tut halt so, als ob ihr dagegen kämpfen würdet. (IV 4, S. 17) und als Grund „die beiden sind dermaßen Landeskaiser und wahrscheinlich schon so gefestigt in ihren Positionen, dass sie sich für unangreifbar halten.“ (IV 4, S. 24) oder kürzer „Riesenkeule gegen fachliche Beiträge“ bzw. „Stadtkonferenz schlicht und einfach ein Albtraum“ (IV 6, S. 3 und 7).

Aber auch, wenn klar differenziert wird, „wo es nicht um Fachthemen, sondern um die Wirkung für die nächste Wahl geht ... d.h. wo politisch agitiert wird“ und schon die Vermutung geäußert wird, „dass es interessanterweise Politikern sehr oft am schwersten fällt, sich mediativ zu verhalten“, taucht die Hoffnung auf, „dass sich quasi aus der Not heraus, dem Paroli zu bieten, einer der Beamten von der Gegenseite politisch profilieren müsste“ (IV 13, S. 9 und 10).

Zu einem anderen Schluss kommt ein weiterer Befragter: „Wenn ein Politiker sich nicht mehr am Boden der Mediation befindet ... wenn er nur mehr eigene Ziele verfolgt ... sich wirklich kaum an Spielregeln hält ... muss ein Politiker her, der sich mit ihm auf Augenhöhe befindet - es bedarf

einer politischen Diskussion, und zwar nicht zwischen Beamten und Politikern, sondern zwischen Politikern und Politikern“ (IV 25, S. 17-19).

*Vielleicht bietet diese Gegenüberstellung Anlass, mit allen im Dialogforum das Zusammenspiel von Politik, Fachexpertise im Öffentlichen Dienst und Hoheitsbehörde zu diskutieren.*

## Die Verfahrensleitung

### 1. System und Mandat

Diese im Herbst 2010 eingerichtete Struktur (Geschäftsführer und drei Experten) ist für die Organisation und die Prozesssteuerung des Dialogforums verantwortlich.

Der Geschäftsführer des Vereins wird dabei unterstützt, die Sitzungen vorzubereiten

- a) von jenem Rechtsanwalt und Mediator, der schon am Beginn des Verfahrens maßgeblich beteiligt war,
- b) von der Mediatorin, die auch die ARGE begleitet, und
- c) von jenem Rechtsanwalt, der bisher als Vertrauensanwalt im Dialogforum fungiert hat und ebenfalls eine Mediatorenausbildung abgeschlossen hat.

Diese Struktur wurde von den vier Personen entworfen, vom Geschäftsführer vorgestellt und dann im Dialogforum beschlossen.

In den Interviews, die bereits im April und Mai geführt wurden, werden folgende Motive genannt:

- Angst, dass das Dialogforum ausgehungert wird
- Sorge, dass der Geschäftsführer die sehr komplexe Aufgabe nicht allein schafft (Doppel-Conferenzen haben sich bewährt) und
- Interesse am Einblick in den Gesamtprozess.

### 2. Aktionen und Reaktionen

Die in den Interviews erhobenen Reaktionen beziehen sich naturgemäß auf jene Aktivitäten, die die handelnden Personen vor der Befragungsphase gesetzt haben.

Die Zufriedenheit ist durchmischt, wobei der *Geschäftsführer* die stärkste soziale Resonanz hat. Er wird von fast allen GesprächspartnerInnen unaufgefordert namentlich erwähnt und schneidet dabei sehr gut ab. Das Verhältnis von positiven zu kritischen Rückmeldungen beträgt etwa 3:1. Besonders hervorgehoben werden

- seine Verlässlichkeit und seine kontinuierliche Erreichbarkeit,
- seine Hilfsbereitschaft und seine Personenorientierung,
- seine Ausgeglichenheit und seine Allparteilichkeit,

- seine Vertrauenswürdigkeit und seine Besonnenheit,
- seine Offenheit und seine Geduld.

Kritikpunkte sind

- manchmal zu bescheiden, daher in den Medien zu wenig präsent (IV 10, S. 16),
- manchmal zu geduldig, was Sitzungen oft unnötig verlängert (IV 10, S. 15),
- manchmal zu sehr Mediator und zu wenig fordernd (IV 13, S. 16).

Erwartet wird

- dass er der Stadtkonferenz eine neue Struktur gibt (IV 13, S. 12),
- dass er die Medienarbeit weiter verstärkt (IV 25, S. 26),
- dass er sich auf eine Minimal-Verwaltung des Dialogforums zurückzieht, falls die dritte Piste nicht gebaut wird (IV 19, S. 22) und
- dass er mehr Schwung und neue Impulse in die „etwas männerlastige“ Führungsgruppe bringt (IV 23, S. 17).

Der *Rechtsanwalt a)* wird von etwa der Hälfte der InterviewpartnerInnen und z.T. erst nach Aufforderung genannt, es wird erwähnt, dass er sich in den letzten Jahren zurückgezogen hatte. Das Verhältnis von positiven zu kritischen Rückmeldungen ist etwa 1:1, wobei als Besonderheiten

- seine Einsatzbereitschaft und seine Umtriebigkeit,
- seine Ehrlichkeit und seine Unermüdlichkeit,
- seine Offenheit und seine Fähigkeit, verschiedene Rollen einzunehmen

genannt werden.

Kritik gibt es

- wegen seiner zeitweiligen Ungeduld (IV 26, S. 19) und
- wegen der fallweisen Intransparenz seiner Eigeninteressen - insbesondere, was die Rückkehr zum Dialogforum betrifft (IV 19, S. 11) (IV 29, S. 40).

Erwartet wird von ihm

- Unterstützung des Dialogforums aus seiner Funktion als Präsident des Umweltfonds (IV 13, S. 20) und
- Unterstützung des Geschäftsführers auf dessen Wunsch („Libero“).

Die *Mediatorin b)* wird nicht sehr häufig, zumeist erst auf Anfrage und oftmals auch kritisch genannt. Positiv erwähnt werden

- ihre Sorgfalt und Umsicht bei der Betreuung der ARGE, sowie
- ihre jederzeitige Hilfsbereitschaft dort.

Kritisch angemerkt wird,

- dass sie dem Obmann der ARGE die Führung „zeitweise aus der Hand nimmt“ (IV 12, S. 19),
- dass sie die Sitzungen „künstlich in die Länge zieht“ (IV 20, S. 22) und
- dass sie in einem anderen Kontext mit dem Delegierten der FWAG zusammenarbeitet (IV 20, S. 21).

Erwartet wird von ihr,

- dass sie die ARGE in ihrer Arbeitsfähigkeit unterstützt und ihr über die Sinnhaftigkeit der sogenannten Sinnkrise hinweg hilft (IV 13, S. 14).

Der *Rechtsanwalt c)* wird selten, aber durchgehend positiv erwähnt. An ihm schätzt man

- seine fachliche Kompetenz,
- seine Genauigkeit,
- seine Hilfsbereitschaft und
- seine Verlässlichkeit

und hat keine zusätzlichen Wünsche.

Bei allen vier Personen wurde in mehreren Interviews darauf hingewiesen, dass die Finanzierung ihrer Arbeit durch die FWAG ihre Allparteilichkeit einschränken könnte, wobei der Geschäftsführer und Rechtsanwalt c) am wenigsten mit dieser Vermutung in Zusammenhang gebracht wurden.

*Hier scheint es angebracht, den Rollen, der Konstellation und deren Akzeptanz - untereinander und im Dialogforum - nochmals zu überprüfen.*

## Kapitel 3: Widersprüche, Identifikationsmöglichkeiten, Expertentum

### Vorbemerkung

Wir haben in der Rückmeldung von drei Aufgabenstellungen des Dialogforums gesprochen:

- Verwalten
- Optimieren
- Gestalten

Das Dialogforum ist eine im Mediationsvertrag vorgesehene „postmediative“ Maßnahme (unserer Meinung nach eine „weise“ Präventionsmaßnahme, die in großen Mediationen oft vergessen wird).

Sie dient folgenden Zwecken:

- Sicherung und Evaluation der vereinbarten vertraglich fixierten Ergebnisse (Verwalten).
- Entwicklung von Lösungen, die die Vertragsvereinbarungen jeweils angepasst an spezifische Situationen konkretisieren, detaillieren und gegenüber der UVP beobachten (Optimieren).
- Kreative Maßnahmen zu entwickeln, wenn neue Rahmenbedingungen, Probleme, Aufgabenstellungen auftauchen (Gestalten).

Die Existenz des Dialogforums garantiert also einen Ort und Zeiten, in denen obige Funktionen wahrgenommen werden können. Man muss also nicht immer wieder von vorne anfangen, es gibt eingesetzte Zuständigkeiten (einen vorhandenen „Sozialkörper“, der sich auf Kommunikations-, Verhaltensformen, Normen und Regeln verständigt hat, also im Allgemeinen daher handlungs- und entscheidungsfähig ist). Die innere Identität, das Selbstverständnis des Dialogforums hängt davon ab, wie die Mitglieder ihre Schwerpunkte in den jeweiligen Funktionen sehen, und welchen Stellenwert Letztere haben; was genießt Priorität, steht bei wem im Vordergrund, ist jener Ort, an dem sich am besten die eigenen Interessen artikulieren lassen. Dementsprechend hat sich auch die Prozesssteuerung zu differenzieren. Die oben genannten Aufgaben (Funktionen) verlangen unterschiedliche Leitungsformen.

Die Entwicklung des Dialogforums in den vergangenen fünf Jahren macht eine innere Identität auf Grund der vorhandenen Widersprüche schwierig. Es ist für Außenstehende verwunderlich, dass es dennoch so etwas gibt wie eine soziale, emotionelle Verbundenheit, obwohl deutliche Differenzen nebeneinander unvermittelt bestehen bleiben. Allerdings muss es eine offene Frage sein, wie lange der „soziale Kitt“ noch hält, der im Wesentlichen dem Mediationsverfahren und

den Erfahrungen mit ihm zu verdanken ist. (Vergangenheitsbeschwörungen sind auf Dauer nur bei jenen tragfähig, die in dieser Vergangenheit „dabei“ waren.)

Es scheint uns daher für nach der Klausur wichtig, sich von Zeit zu Zeit mit den identitätsgefährdenden Differenzen zu befassen. Denen wollen wir hier ausführlicher nachgehen.

## Der Grundwiderspruch

Der Grundwiderspruch, der auch im Dialogforum agiert werden muss, ist jener, der unsere gesamte westliche Gesellschaft bewegt: Es ist der von *Ökonomie und Ökologie* (im weitesten Sinn). Dieser wird zwar oft als gar nicht vorhanden „hinwegharmonisiert“, das Mediationsverfahren und das Dialogforum wären aber nicht notwendig, würde sein Konfliktpotential nicht evident sein, sich in den verschiedensten Facetten offenbaren. Die Mitglieder des Forums vertreten nun jeweils schwergewichtig die eine oder die andere Seite, sind also gewissermaßen Akteure, eben „gefangen“ in diesem Widerspruch. Wirtschaftswachstum versus Lärmbelästigung (verminderte Lebensqualität), Kapital-, Eigentümerinteressen versus Entwertung von individuellem Privateigentum und subjektiv-emotioneller Beeinträchtigung und daher dem Wunsch, Wachstum zu „deckeln“, Nachtflüge versus Nachtruhe, Steigerung der Flugbewegungen versus Freizeit im Garten, Leistungsgerechtigkeit versus Bedürfnisgerechtigkeit, etc. seien als einige Facetten aufgezählt.

Das Problem dieses Grundwiderspruches verschärft sich durch mehrere Tatsachen:

- Erstens gibt es eine deutliche *Machtasymmetrie*: Wir leben in einer ökonomisch-technologisch *dominierten* Welt und Gesellschaft. Ihr wurden und werden alle anderen gesellschaftlichen Systeme und erst recht subjektive Bedürfnisse untergeordnet.
- Zweitens „verdanken“ wir genau diesem dominanten System Wohlstand, Lebensstandard (ermöglicht auch durch Luftfracht), einen insgesamt respektablen Reichtum (jedenfalls in unserer westlichen Welt), schließlich auch jene „demokratischen“ Freiheiten, die im Sinne von Bürgerinitiativen auf Grenzen, Fehlentwicklungen aufmerksam machen, die Dominanz bekämpfen, für mehr Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung eintreten.
- Drittens werden uns die daraus sich ergebenden Unvereinbarkeiten auf allen Ebenen deutlich. Die „Großwetterlage“ spricht von „Grenzen des Wachstums“, von einem wachsenden Reichtum, der nichts mehr zu mehr Glück beiträgt und „Sinnkrisen“

produziert, von einer Ressourcenverschwendung, die demnächst ihr „natürliches Ende“ finden wird, etc. In der kritischen Analyse sind wir auch recht tüchtig vorangekommen, Konzepte eines alternativen Wirtschaftens verlieren sich meist in systemimmanenten Detailmaßnahmen. Insofern scheinen wir alle im selbstgebauten „goldenen Käfig“ gefangen.

Wir protestieren gegen Fluglärm und fliegen immer mehr und das nicht nur geschäftlich (öfter schreien die am lautesten, die das Privileg haben, öfter als andere fliegen zu können). Wir freuen uns über den steigenden Städtetourismus, der Wien „bunt“ macht und das nicht nur aus ökonomischen Gründen; die Stadt wird „anerkannt“. Wir sollen die Lebensqualität unserer Gemeindebürger erhalten, erhöhen, zugleich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ein Flughafen vor Abwanderung schützt, Arbeitsplätze erhält, Kommunalsteuer bringt, schließlich sogar einen Umweltfonds für bauliche Maßnahmen zur Verfügung stellt. Konkrete Beispiele könnten noch viele weitere aufgezählt werden, es weisen aber bereits die wenigen in eine bestimmte Richtung: Solange wir allesamt und immer noch im bestehenden ökonomischen System nicht unwesentlich „profitieren“, machen wir uns selbst abhängig von seinen Funktionsgesetzen und perpetuieren die Machtasymmetrie.

Man mag das bedauern, „Aussteigerszenarien“ durchprobieren oder weiterhin an Konzepten arbeiten, von denen man schon von vornherein ahnt, dass sie nicht umsetzbar sind, in jedem Fall die Aufgaben einer Mediation oder eines Dialogforums übersteigen, es gibt kein Entkommen. Die „selbsterzeugte“ und verschuldete Abhängigkeit bleibt, weder kann die Machtdominanz umgekehrt werden (was sich offensichtlich jene Initiativen, die nicht die Absicht haben, ins Dialogforum einzutreten, vorstellen) noch nützt es, auf eine übergeordnete Instanz, wie z. B. die Politik zu hoffen, die selbst abhängig wenigstens dort und da zu profitieren versucht.

Erst wenn diese Gesamtsituation als realistische, jeweilige Ausgangslage akzeptiert wird, kann Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit entstehen. Auch eine emotionelle Entlastung kann stattfinden. Man muss sich nicht mehr zwischen Selbstüberschätzung und Ohnmachtsgefühlen zerreißen lassen, sich auch nicht der Grundstimmung einer Dauerresignation ausliefern, die imstande ist, bereitwillig die eigenen Erfolge zu vergessen, sie zumindest kleinzureden. Es ist schon nachvollziehbar: Machtasymmetrien verleiten zu solchen Gefühlen, schon deshalb, weil diese letztlich zu Untätigkeit und Rückzug und damit zugleich dem eigenen Machterhalt dienen. Das Mediationsverfahren und das Dialogforum haben aber bewiesen, dass zwar „Gefühlsbäder“ beschriebener Art auf allen Seiten nicht vermieden werden könnten, es aber zugleich möglich war, in vielen Entscheidungen ein Maximum „herauszuholen“.

Das große Versprechen, für alle eine „Win-Win-Situation“ zu erreichen, gehört u. E. in das Reich der Träumereien; außer man interpretiert es ein wenig um: Win-Win kommt nämlich hier nur

zustande, wenn alle *verzichten*. Dies klingt freilich nicht so schön und angenehm, es ist aber anzunehmen, dass Verzicht in dem beschriebenen Grundkonflikt zu einer „Win-Win-Weltformel“ werden könnte. Schließlich hat auch die ökonomisch-technische Macht Verzicht geleistet und damit der Asymmetrie eine gewisse Balanceverschiebung zuteil werden lassen (Nachtflugdeckelung, Zusatzarbeit für die Technik der Flugsicherung, Bezahlung des Mediationsverfahrens und des Dialogforums, Umweltfonds, etc.).

Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass die Balance ständig gefährdet ist und Rückfälle in alte Positionen daher möglich sind. Schon aus diesem Grund ist das Bewahren des Erreichten für das Dialogforum keine unrespektable Aufgabe. Balancesicherung haben wir vorhin der Funktion des Verwaltens zugeschrieben, Optimieren war das Zweite: Sehen, ob es nicht noch Verbesserungen im bestehenden Rahmen gibt. Gestalten aber bedeutet zweierlei: Erstens sich auf neue Rahmenbedingungen einstellen (Balancen zu verändern); hier bleibt man auf systembedingte Voraussetzungen und deren „Gesetze“ angewiesen (Konkurrenzbedingung der Airlines, Profitwünsche der Eigentümer, steigende Passagierzahlen, rechtliche Vorschriften, etc.). Der Bewegungsrahmen wird sich hier manchmal als recht eng darstellen („no go“). Es ist deshalb zweitens nicht bloß eine Fleißaufgabe, sich dort und da zu überlegen, wo Systemgrenzen überschritten werden können; jene Bezirke auszuleuchten, die über den eigenen Fall, die eigene eingeschränkte Situation hinausgehen (z. B. internationale Übereinkommen, Versuche, auf technische Optimierungen einzuwirken - Lärmreduktionen, curved approach - die Zukunft des Dialogforums abzusichern, Regionsentwicklungs- und Raumordnungsfragen zu diskutieren, usw.).

Zur Optimierung von Widerspruchslösungen (neue Balancen der Machtasymmetrie) gehört teilweiser Machtverzicht, Zugeständnisse, Angebote. Auch wenn Systemgesetze hier kaum überwindbare Grenzen setzen, kann ausgelotet werden, was an Möglichkeiten zur Verfügung steht. Auch wenn die genannten systembedingten Asymmetrien vordergründig zunächst für einen Machtverzicht auf Seiten des Flughafens, der Airlines, also der „Systemrepräsentanten“ spricht, stellt sich bei näherem Hinsehen die Angelegenheit nicht so einfach dar. Denn einmal wächst die „moralische“ Macht der „Gegner“, die sich für Bedürfnisse und Lebensqualität einsetzen, zum anderen sind für deren Anliegen durchaus auch die Medien zu gewinnen. Außerdem imponieren auch Unbeteiligten „wehrhafte“ Bürgerinitiativen aus Vertretern einer stärker werdenden Zivilgesellschaft (Unbeteiligte neigen immer schon aus psychologischen Gründen mit den vermeintlich Schwächeren zu sympathisieren).

Hinzu kommt die eingestandene bzw. uneingestandene „Mittäterschaft“. Wir alle profitieren von dem von uns eingerichteten Wirtschaftssystem, können uns daher kaum eine „Totalopposition“ leisten, ohne uns selbst in den Sack zu lügen. Die Formel: Projektgieriger Kapitalismus versus „leidende“ Bürger greift nicht. In gewisser Weise sind wir alle Komplizen dessen, was wir auf der anderen Seite ablehnen. Diese Tatsache macht die Position der Bürgerinitiativen nicht immer

glaubwürdig, auch wenn sie Berechtigtes fordern; im Konkreten ist daher ihre Macht in ihr selbst eingeschränkt.

Auf diese „Zwickmühle“ kann mit dreierlei Art verfahren werden. Man verweigert sich erstens die Mitbeteiligung, stellt sich auf den reinen Bedürfnisstandpunkt, macht moralischen Duck und beweist sich darin Stärke. Diese Stärke wird aber zur Schwäche im Verhandeln; bald stellt sich Unvereinbarkeit heraus. Dies hat bereits im Mediationsverfahren zweitens zu Austritten geführt und führt jetzt wahrscheinlich dazu, dass manche Initiativen gar nicht Mitglieder des Dialogforums werden können oder wollen. Um aber innerhalb eines Dialogforums erfolgreich verhandeln zu können, bleibt wohl nichts anderes übrig, als sich drittens diese Schwäche einzugestehen und bei sich selbst nachzuschauen, was dies bedeutet; vermutlich eine Aufgabe der ARGE. Eine gemeinsame Sichtweise hier herzustellen kann jene kollektive Energie hervorbringen, die Verhandlungskraft nach sich zieht, Spielräume eröffnet, Resignation überwindet. Sie identifiziert den „Preis“, der abgegolten werden muss, wenn man andererseits ganz gut in dem System lebt. Seine Kenntnisnahme macht einerseits für die Auslotung von Balanceverschiebungen offener, andererseits können erreichte Kompromisse auch besser akzeptiert werden.

Aber auch die Macht an der anderen Seite ist nicht mehr so eindeutig, einmal aus den beschriebenen Tatsachen einer neuen Rolle der Zivilgesellschaft, der Medien und auch politischen Kräfteverschiebungen, zum anderen auf Grund einer Gefahr permanenten Imageverlustes, der sich auch ökonomisch auswirken kann. Was aber darüber hinaus das zentrale Hintergrundthema ist, das generell aufregt, ist die Steigerungslogik des Systems, die den Preis immer höher steigen lässt. So muss man sich auf der einen Seite über die wachsenden Passagierzahlen und die damit ebenso wachsenden Flugbewegungen freuen, über die Sicherung von Arbeitsplätzen, über Gewinne, die man reinvestieren bzw. an die Eigentümer „ausschütten“ kann, auf der anderen Seite über mehr Lärm sich ärgern, Wachstum ist *die* Parole unseres Wirtschaftssystems, die auf fast alles eine Antwort gibt und obwohl es schon lange Veröffentlichungen über die „Grenzen des Wachstums“ gibt, sind diese im System wirkungslos geblieben. Es spielen sich hier Gewinnstreben und Konkurrenz (Verdrängungswettbewerb) als Treiber gegenseitig in die Hand und schaukeln sich hoch. Wir wissen, dass es unserem „home-carrier“ nicht gerade besonders gut geht, er von seinem Eigentümer für sein Weiterbestehen Auflagen bekommen hat. Die Steigerung der Passagierzahlen erleichtert jedenfalls sie zu erfüllen.

Allerdings wird hier ein weiterer Preis unserer gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklungen sichtbar: Wachsen „nach außen“ muss mit „Schrumpfen“ im Inneren verbunden werden. Um Letzteres in einem halbwegs erträglichen Maß durchführen zu können, muss auf die Wachstumsseite besondere Aufmerksamkeit gerichtet werden. Es ist abzusehen, dass diese Situation zu einer

Verhärtung der gegenseitigen Positionen führen muss: Die Wirtschaft wird den Preis erhöhen und es ist fraglich, ob „Nebenwirkungen“ in die Lebensqualität aufgefangen werden können.

Die Bürgerinitiativen müssen hier ungewollt mitziehen, obwohl sie eigentlich nicht können. Es ist daher nicht zu weit hergeholt, wenn man das Dialogforum als Ort einer viel grundsätzlicheren Auseinandersetzung begrüßt, als sich dies in Routenoptimierungen zeigt. Zumindest „indirekt“ wird immer die Frage nach dem rechten „Maß“ mitdiskutiert und damit die Dominanz einer einseitig sich zuspitzenden Wirtschaftslogik auf den Prüfstand gestellt. Insofern kann das Dialogforum als „Übungsort“ für Fragestellungen und Lösungsversuche gelten, mit denen sich „hoffentlich“ in absehbarer Zeit unsere gesamte Zivilisation wird beschäftigen müssen; und nicht bloß veranlasst durch Katastrophen, wie eben jetzt.

Angesichts der beschriebenen Situation ist zu vermuten, dass sich Partizipationsansprüche häufen werden, wie ebenso das Wirtschaftssystem gut daran tun wird, sich auf Gespräche und Auseinandersetzungen einzulassen. Was geschieht, wenn dieser Weg nicht beschritten wird, lässt sich an der Geschichte des Stuttgarter Bahnhofes ablesen. Mit der Installierung des Mediationsverfahrens hat der Flughafen und schließlich alle an ihm Beteiligten Pionierarbeit geleistet, die in der Öffentlichkeit u. E. noch viel zu wenig Würdigung erfahren hat. Allein das Zulassen dieses Prozesses ist partieller Machtverzicht, zumal wenn Ergebnisoffenheit im Detail vorgenommen wird. Zwar gibt es bestimmte Rahmenbedingungen, die von Einzelunternehmen ohne schwerwiegende Konkurrenz Nachteile nicht außer Kraft gesetzt werden können, innerhalb derer doch aber respektable Möglichkeiten. Wie im „Fragenkatalog“ schon einmal bemerkt, wird das Erreichte eher abgewertet, nicht gebührend anerkannt. Aus dem geschilderten Hintergrund kann diese Haltung verstanden werden. In einem Einzelverfahren ist es unmöglich, das Machtgefälle außer Kraft zu setzen und den Grundwiderspruch, der unser ganzes System betrifft, zu lösen. Diese von vornherein existierende Einschränkung löst resignatives Verhalten und bei den Bürgerinitiativen Selbstentwertung aus. Letztere wird auch dadurch verstärkt, dass man als Repräsentant nie jene Erfolge „nach Hause“ bringen kann, die dort erwünscht sind.

Dennoch sind die Angebote der Aviationgruppe in *ihren* Rahmenbedingungen betrachtet auch nicht kleinzureden. Einerseits wurde beim Thema „Nachtflug“ glaubwürdig versichert, dass bis an die Grenze ökonomischer Zumutung gegangen worden sei. Zum anderen hat der Flughafen in *seiner* Währung bezahlt, finanzielle Kosten getragen und tut es in der Sicherung des Dialogforums immer noch. Aus dem Verfahren ist uns noch ein Ausspruch in Erinnerung geblieben, den ein Teilnehmer von sich gegeben hat. Er sagte nämlich: „Wir lassen uns den *Lärm* nicht abkaufen, das ist unmoralisch“. So schlimm es auch klingen mag, wenn Moralität und Geld in dieser Weise in Zusammenhang gebracht werden, muss auf der anderen Seite doch gesehen werden, worin die „Währung“ des Flughafens und der Aviationgruppe besteht. Es würde nämlich

der Seite der Moralität wenig nützen, wenn beispielsweise der Flughafen ebenso moralisch denken würde, ohne dass daraus Konsequenzen zu ziehen möglich wäre. Insofern kann es dienlich sein, jene Währungen anzuerkennen, mit denen sie die vertretenen Subsysteme manipulieren können. Worin besteht nun die gesamte Manipulationsmasse? Sie besteht in Geld, technologischen Optimierungsmöglichkeiten, und „virtuell“ der Bereitschaft, Opfer zu bringen im Einlassen auf einen mühsamen Prozess (zum Großteil „ehrenamtlich“) mit hohem zeitlichen und emotionellen Aufwand.

Geld wurde nicht bloß in das Verfahren und das Dialogforum investiert, sondern auch in Lärmschutzprogramme und einen Umweltfonds. Schließlich hat man auch beschlossen, Gebühren für „Lärmflugzeuge“ vorzusehen, um hier vielleicht eine Lenkungsmöglichkeit zur technologischen Erneuerung des Fuhrparks zu eröffnen. Diese Geldzuwendungen und Abgaben können natürlich als Reparaturmaßnahmen post festum abgewertet werden, sie helfen vor allem den Umlandgemeinden aber doch. Gemeinden und Bürgermeister haben hier Gestaltungsmöglichkeiten.

Technologische Optimierungen wurden vor allem mit Unterstützung der ACG erreicht. Eine „Behörde“ ist über zusätzliche Arbeit nicht immer erfreut; übereinstimmend wurde aber ihr Bemühen anerkannt und ein Gesinnungswandel von einer eher skeptisch-ablehnenden Haltung zu einer solchen von Kooperation vermerkt. Auch wenn es Probleme mit der rechtzeitigen Transparenz im Routensystem gibt (Datenschutz), ist sie dennoch vorhanden. Es gibt eine technologische Sicherstellung des Datenmaterials, das die jährliche Evaluationen ermöglicht und damit Vertragsvereinbarungen garantiert. Auch wenn es von der Aufrüstung der Flugzeuge her gesehen noch einige Zeit dauern wird, bis der „curved-approach“ eingerichtet werden wird, die ACG ist bereits technisch voll darauf vorbereitet; vielleicht kann das Dialogforum hier beschleunigen.

Die letzte gemeinsame Währung besteht im vom Flughafen finanziell unterstützten Dialogforum. Es stellt zweifellos für alle Beteiligten auch eine für Konfliktaustragungen so notwendige emotionelle „Heimat“ dar. Es ist also nachvollziehbar, dass es als Einrichtung ausnahmslos befürwortet wird, man trotz aller Kritik keine Alternative sieht. Mit seiner finanziellen Unterstützung hat der Flughafen nicht nur eine Vertragsvereinbarung erfüllt, den begonnenen Kommunikations- und Kooperationsprozess weiter fortzusetzen. Damit hat nicht nur die „Verwaltung“ des Mediationsvertrages einen sicheren Ort, es ist auch ein „soziales Gefäß“ für alle auftretenden neuen Probleme, Widersprüche, Konflikte. Auch wenn auf Grund der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der dritten Piste der Spielraum für Optimierungen eng geworden ist, Gestaltungsvorhaben an Grenzen stoßen, es ist nicht zu unterschätzen, über eine Organisation zu verfügen, die das aktuelle Geschehen ständig beobachtet, verfolgt und in seinen

Foren und Arbeitskreisen behandeln kann. Es hat auch für die Öffentlichkeit Charme zu wissen, dass es eine Einrichtung gibt, die dazu da ist, Themen aufzugreifen, Probleme so gut es geht zu lösen. Man muss von keiner Seite her wieder von vorne anfangen. Nicht zu unterschätzen ist auch das Wissen und Know-how, das sonst zerstreut kaum handlungsfähig gebündelt werden könnte.

Die Anerkennung dieser drei zur Verfügung stehenden Währungen ist eine wichtige Voraussetzung für Verhandlungen. Umgekehrt stehen sie auf dem Prüfstand, wenn im Verhandlungsklima Misstrauen auftritt, neue Ereignisse zur Debatte stehen und bewältigt werden müssen. Technologische Daten werden bezweifelt, Unsauberkeiten unterstellt, Manipulationen vermutet. Trotz allen erworbenen Wissens weiß man, dass man hier weitgehend auf Expertenaussagen vertrauen muss. Damit rückt die dritte Währung immer wieder in den Mittelpunkt. Das mit einer Expertenabhängigkeit notwendig verbundene Misstrauen - vor allem in Machtasymmetrien - kann nur auf zwei Wegen bewältigt werden: erstens durch Information, Erklärungen (oft auch dessen, was für den Experten selbstverständlich erscheint) und das kann ein mühsames Unterfangen sein, welches zur Ungeduld verleitet; zweitens durch eine sich immer wieder erneuernde Herstellung eines Vertrauensklimas im Dialogforum. Letzteres macht es uns leichter, den Experten zu glauben.

Ein besonders heikles Thema ist das Geld. Bekannt ist, dass die FWAG die Unterstützung des Dialogforums finanziert; der ARGE sogar eine Mediatorin zur Verfügung stellt. In unserem Denken tief verwurzelt und oft durch Erfahrung bestätigt, ist die Meinung: „Geld schafft an“. Wenn schon nicht offensichtlich, so wenigstens über indirekte Kanäle. Schwer vorstellbar ist sozusagen eine „interessenlose“ Unterstützung, zumal wenn eigene Interessen ganz offensichtlich betroffen sind. Und so wiederholt sich beim Geld, was vorhin über die Zweifel an technischen Daten erwähnt wurde. Die Neutralität und Unabhängigkeit der vom Flughafen Bezahlten wird in Frage gestellt (Zitate). Unter der Devise: „Welch Brot ich esse, dessen Lied ich singe“, tritt in Misstrauenssituationen der Verdacht der Parteilichkeit auf. Der Anlass für diesen speist sich aber meist aus einer anderen Quelle. Meist tritt er dann in den Vordergrund, wenn eigene Interessen zu wenig Berücksichtigung finden.

Für Bürgerinitiativen außerhalb des Forums ist es ohnehin klar, dass der Flughafen nur deshalb bezahlt, um seine Absichten zu verfolgen bzw. potentielle Gegnerschaften ruhig zu stellen, arbeitstherapeutisch abzulenken. Einer Gegnerschaft, die nicht die Realität des Prozesses *im* Dialogforum mitbekommt, fehlt die eine wichtige Seite für eine adäquate Einschätzung, das emotionelle Erleben des Aushandlungsgeschehens. Da dieses Bedingung eines Wechsels der Sichtweise ist, kann nicht erwartet werden, dass sie ihre Position verändern. Vermutlich nützen hier auch Informationen, Erfolgsnachweise wenig. Eine offene Frage ist daher, wie mit diesen

„Außenstehenden“ umgegangen werden soll, ob das Dialogforum seine Grenzen öffnet, einen „kleinen Grenzverkehr“ einrichtet, Aufnahmeangebote vorbereitet oder Öffentlichkeitsarbeit anders gestaltet. Vergessen darf jedenfalls nicht werden, dass einzelne Mitglieder des Dialogforums mehr oder weniger intensiv mit diesen Außenstehenden in Berührung kommen.

Angesichts der heiklen Gesamtlage war es für uns dennoch erstaunlich, dass das erwähnte Misstrauen nur vereinzelt geäußert wurde. Der Geschäftsführung wird großes Bemühen zugebilligt, Unabhängigkeit unter Beweis zu stellen, auch heikle Situationen als „ehrliche Makler“ zu behandeln. Im Großen und Ganzen kann also festgestellt werden, dass man allen „bezahlten“ Proponenten ihre Äqui-Distanz zu allen Interessengruppen zutraut und Vertrauen in die Prozessgestaltung und -leitung hat. Natürlich sind auch die Interessen des Flughafens vertreten, wobei hier ein gewisser Rollenkonflikt diagnostiziert wird. Der Vertreter des Flughafens ist nämlich selbst Mediator, also auch am Gelingen des Prozesses interessiert. Damit vertritt er zwei Positionen, deren zeitweise Überschneidung Schwierigkeiten machen kann. Für die anderen Mitglieder des Dialogforums kann diese Situation zu einer Rollenunklarheit in der Einschätzung des Flughafenvertreters führen; auch er selbst hat sozusagen „zwei Herzen in einer Brust“, zumal er von Anfang an mit dem ganzen Mediationsprozess intensiv verbunden war. Die Aviationgruppe wird von ihm Interessenvertretung verlangen, Bürgerinitiativen für sich ein darüber hinausgehendes Verständnis verlangen. Auch wenn diese Doppelrolle vor allem für den Flughafenvertreter nicht immer leicht zu bewältigen sein wird, es kann gerade *sie* sein, die die „lautere Absicht“ des Flughafens am Verfahren und dem Dialogforum repräsentiert. Denn auch er muss an zwei Interessen festhalten, wenn es ihm ernst ist mit dem Forum: Er muss einmal *seine* Interessen vertreten wissen, zum anderen auch Lösungen wollen, die seine Interessen mit denen der anderen in Einklang bringen. Würde er bloß die Durchsetzung seiner Positionen wollen, könnte er das wahrscheinlich ohne Dialogforum besser erreichen.

Der in diesem Abschnitt ausgeführte Grundwiderspruch zwischen ökonomisch-technischer Dominanz und dem Preis des Verlustes von Lebensqualität bei unmittelbar Betroffenen, die daraus folgende Machtasymmetrie, die immer wieder zu Kompromissen zwingt, welche zugleich zusehen müssen, dass der Widerspruch Rahmenbedingungen vorgibt, die nicht auflösbar sind, hinterlassen bei *allen* Mitgliedern des Dialogforums insbesondere den Bürgerinitiativen ein Gefühl einer „Restunzufriedenheit“, das schwer zu überwinden ist. Offensichtliche „Sachzwänge“ rücken manchen Wunsch in eine unerreichbare Ferne und lassen Ohnmachtigkeitsgefühle aufkommen. Über Möglichkeiten und Grenzen haben wir vorhin schon das Nötige gesagt; auch über unser aller „Mittäterschaft“. Hier geht es ergänzend um die Einschätzung der zweifellos vorhandenen Erfolge, Ergebnisse. Auffallend ist nämlich, dass man von außen den Eindruck gewinnen muss, dass sich der „Stolz“ auf das Erreichte nicht gerade enthusiastisch äußert. Als Mitverfolger des gesamten Prozesses, der ja spätestens bei der

Verhandlung des Nachtflugthemas auf der Kippe stand, ist uns diese „bescheidene“ Zurückhaltung nicht ganz nachvollziehbar. Es braucht hier nicht aufgezählt werden, was alles erreicht wurde, das wissen alle Mitglieder des Forums ohnehin. Wir wollen vielmehr den Versuch machen, Gründe anzubieten, die eine latente Unzufriedenheit am Leben erhält und davon abhält, seine Leistung ins gehörige Licht zu rücken.

Im Kontrast dazu fällt auf, dass es kaum jemanden gibt, der nicht den Mediationsprozess und die Arbeit im Dialogforum positiv beurteilt. Übereinstimmend wird von der intensiven Lernerfahrung gesprochen, und selbst erst viel später Hinzugekommene schätzen das Dialogforum hoch ein, vor allem die Art, wie hier kommuniziert wird, wie bereitwillig die „Älteren“ den Jüngeren“ Informationen weitergeben, die Vorbehaltlosigkeit im Argumentieren „auf Augenhöhe“. (Auch die Klausur mit den drei Vorständen der FWAG sei in diesem Klima abgelaufen, wurde uns berichtet.)

Nun ist es aber gerade diese emotionell grundlegende Seite, die man nach außen hin schwer vermitteln kann. Zwei Gründe können dafür maßgebend sein: Erstens lässt sich Emotionelles, Erlebtes jenen, die nicht dabei waren, schwer vermitteln, zweitens sind sie daher daran auch kaum interessiert. Sie wollen Ergebnisse, Resultate, ihr Zustandekommen interessiert nur, wenn man mit ihnen nicht zufrieden ist. Für die Vermittlung nach außen fehlt dann aber ein wesentlicher Teil, man bleibt gleichsam auf diesem prozesshaften Erlebnis- und Lernfeld „sitzen“. Die „Innenbestätigung“ reicht nicht aus, und von draußen bekommt man sie nur marginal. Wenn von einem großen persönlichen Lernerfolg gesprochen wird, wird man erfahren müssen „Na und, und weiter nichts“? Also bleibt man auf die Ergebnisse zurückgeworfen. In asymmetrischen Machtverhältnissen sind diese aber immer „zu wenig“. Die Vermutung, „über den Tisch gezogen worden zu sein“, ist anscheinend unausrottbar. Aus zwei Gründen aber verständlich: Man war beim Lernprozess nicht dabei, es fehlt sozusagen alles an Prozessgeschehen und Inhalten, die Erfahrung des „Zusammenraufens“. Und, man würde doch gerne die Machtverhältnisse, wenn schon nicht umdrehen, so dennoch verändern, zumindest als „kleiner Sieger“ vom Platz gehen.

Es gibt nämlich einen gravierenden Unterschied, ob wie im Dialogforum verhandelt wird, oder ob man im Gegenüber von Positionen denkt. Oft fehlen Prozesse, Mediationen usw., und meist bleiben dann gegenteilige Positionen unverrückbar gegenüber. Diese neigen nach alten Prägungen zum Sieger-Verlierer Schema, und übertragen es auch auf Vertretungssysteme. Nun ist es einerseits klar, dass es hier unmöglich ist, die Machtverhältnisse umzudrehen; zugleich bleibt aber das Gefühl, zu wenig erreicht zu haben, ständige Begleitung. Vertreter und Vertreterinnen im Mediationsverfahren und wohl auch im Dialogforum haben wohl immer wieder bei Rückbindungen an ihr Klientel die bittere Erfahrung machen müssen, dass die so hart

erkämpften Ergebnisse, auf die man so gerne stolz gewesen wäre, nicht ausreichend gewürdigt werden, man ständig dem sogenannten Verrätersyndrom ausgesetzt ist. Beides, die Erfahrung der Schwierigkeit von Rückbindungen einerseits sowie die Erkenntnis über die Grenzen des Möglichen, lassen trotz guter Ergebnisse so recht keine dauerhafte Freude aufkommen; man wertet sie indirekt ab, vergisst sie sogar. Zur „Seelenhygiene“ eines Dialogforums könnte es in Anbetracht des Gesagten gehören, sich von Zeit zu Zeit seine Erfolge zu vergegenwärtigen und sie dementsprechend zu feiern.

„Lösungen“ in Konflikten von Machtasymmetrien, kleinere Balanceverschiebungen hinterlassen auf allen Seiten ein Gefühl der Imperfektheit. Wir sagen deshalb „auf allen Seiten“, weil es keine idealtypische „Win-Win“-Lösung gibt. Die vertretenen Positionen „leiden“ alle - sicher einige mehr, andere weniger - unter der gleichen Abhängigkeit. Ein „ungebrochenes“ Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung, ihrer inneren Wachstumsnotwendigkeit, hat kaum jemand mehr. Selbst ein leidenschaftlicher Pilot (und Fliegen hat sehr oft mit Leidenschaft zu tun, zumindest am Anfang) blickt nachdenklich im Überflug über Wien und Umgebung auf das Lichtermeer unter ihm und fragt sich, wie hier überhaupt der Lärm „gerecht“ verteilbar sein kann. Und wäre die Aviationgruppe nicht überzeugt davon, dass Bürgerinitiativen und Umlandgemeinden berechnete Forderungen vertreten, würde man bereits im Mediationsprozess zu keinen Ergebnissen gekommen sein.

Auf der anderen Seite wissen Letztere ebenso, dass Fundamentalopposition nicht nur chancenlos ist, sondern gar nicht gewollt werden kann, da alle auch profitieren. (Der größte Arbeitgeber der Gegend ist nun einmal der Flughafen und somit hält er wahrscheinlich ganze Gemeinden am Leben; außerdem gibt es auch unter den Lärmbetroffenen Vielflieger aus beruflicher Notwendigkeit). Besonders deutlich manifestiert sich dieser Widerspruch in der Rolle der Bürgermeister der Umlandgemeinden, die Lebensqualität garantieren sollen, zugleich aber Kommunalsteuern lukrieren und einen Umweltfonds schätzen müssen, der ihnen eine gewisse Gestaltungsmöglichkeit in ihren Gemeinden erlaubt. Auffallend war für uns in dem Zusammenhang die - jedenfalls nach außen - gezeigte Einigkeit des Nachbarschaftsbeirates (die Vereinigung der Bürgermeister der Umlandgemeinden), auch wenn in der Rückmeldung diese relativiert wurde. Es schien uns aber so zu sein, dass interne Spannungen oder Konflikte vorher und intern untereinander „ausgemacht“ werden, was dem Nachbarschaftsbeirat offensichtlich ermöglicht, im Dialogforum mit moderater Unaufgeregtheit aufzutreten.

Verwunderlich scheint uns dies deshalb nicht zu sein, weil sich im Amt des Bürgermeisters der Grundwiderspruch, von dem dieser Abschnitt handelt, tagtäglich äußert, politisches Alltagsgeschäft ist. Insofern kann angenommen werden, dass Bürgermeister in gewissem Sinn

ständig in einer gleichsam von der Realität „aufgezwungenen“ Rolle eines Mediators sind und somit mit eigener Erfahrung ausgerüstet, gut vorbereitet im Dialogforum auftreten können.

Tatsache bleibt aber, dass zwar die unterschiedlichen Interessengruppen in diesem aber auch den weiter aufgezählten Widersprüchen sich in unterschiedlicher Nähe zu den beiden Polen befinden, dementsprechend Position beziehen müssen, dass aber auf der anderen Seite dieser und alle anderen Widersprüche durch alle „Parteien“ hindurchgehen. Wenn man sich diese Ausgangslage einmal eingestanden hat, bringt das den Vorteil (übrigens auch emotionell verankert) mit sich, „lockerer“ in seinen Positionen zu werden; erstarrte Unbeweglichkeit zu verlassen. Theoretisch heißt dies, dass aller Wahrscheinlichkeit nach Verhandlungsbereitschaft nur dann gegeben ist, wenn die Position des Gegners in Teilen auch die meine ist, und ich sie nicht verleugnen muss.

So hört man immer wieder, dass Prozesse der Mediation, solche im Dialogforum und seinen Arbeitsgruppen „Verständnis“ füreinander schaffen; Akzeptanz der gegnerischen Position. Wir konnten immer wieder, auch über den konkreten Fall hinaus beobachten, dass dieses Verständnis seine Wurzeln in der Einsicht hat, dass man selbst einen Teil der gegnerischen Position in sich entdeckt; den eigenen Widerspruch sich eingestehen muss. Das heißt nicht, dass man seine Position aufgeben muss. Gerade weil es *allen* so geht, ist es ab nun möglich, die Berechtigung aller Positionen als Voraussetzung im weiteren Verhandeln annehmen zu können.

## Das „Florianiprinzip“: Der Verteilungswiderspruch

Bei gleichbleibendem Verkehrsaufkommen, noch mehr bei Steigerungen im Flugverkehr, kann die Lärmbelastung insgesamt nicht verringert werden, es sei denn durch forcierte technische Verbesserungen der Fluggeräte. Nun gab es vor Beginn des Mediationsverfahrens offensichtlich ungleiche Verteilungen und damit Lärmbetroffenheiten sowie wenig direkte Rücksichtnahme von Fluglinien und Flugsicherung. Das Thema „Lärm“ war sozusagen noch nicht zu den Verursachern vorgedrungen. Diese Sachlage änderte sich mit dem „Lauter“-Werden der Bürgerinitiativen, der „drohenden“ 3. Piste und der Angst, einer weiteren Lärmsteigerung entgegensehen zu müssen. Ein vielfach unterschätztes Verdienst des Mediationsverfahrens war es zweifellos, die Akteure dieser unterschiedlichen Ausgangslage „zusammenzubringen“.

Man *musste* sich mit den gegenseitigen Themen, Anliegen, Vorstellungen beschäftigen, konnte sie nicht einfach „draußen“ lassen. Damit wurde eine gegenseitige Aufmerksamkeit erzeugt, Nachdenkprozesse wurden in Gang gesetzt und, siehe da, es eröffneten sich neue Möglichkeiten

und Alternativen. Auch wenn man vorweg kaum solche im Auge hatte, der gemeinsame Prozess konnte sie mit der Zeit „erfinden“, erarbeiten und entscheiden.

Überall dort, wo sich Flughäfen nicht auf ähnliche Prozesse eingelassen haben, kann Einfallslosigkeit und Verhärtung der Positionen beobachtet werden. Wiederum ein verallgemeinerbares Fazit daraus: Man braucht Gegner, damit Einfälle kommen; allerdings auch eine dafür geeignete Organisationsstruktur und Prozessarchitektur, sowie die Verpflichtung (Selbstbindung) aller, an dem Prozess teilzunehmen. Dem späteren „Prozessprovider“ war es gelungen, sämtliche danach „sichtbaren“ Akteure für eine Mediation zu gewinnen und in einem Mediationsforum zu vereinigen. Ein langer und mühevoller Prozess konnte beginnen; er stand damals auch noch unter dem Zeichen eines demnächst geplanten Baues einer dritten Piste. Routenverlegungen wurden diskutiert und entschieden, Optimierungen durchgeführt, die ACG dafür aktiviert und ins Boot geholt, dank ihrer Vertreter im Mediationsprozess.

Während die Nachtflugregelung Vorteile für alle Bürgerinitiativen und Umlandgemeinden brachte, konnte es sich bei der Routenplanung einerseits nur darum handeln, möglichst viele „unbebaute“ oder weniger besiedelte Korridore zu finden, andererseits bisherige Routen umzuverteilen. Diese Umverteilung *muss* im Sinne des Florianiprinzips Konflikte schaffen. Zur Entlastung der Hauptbetroffenen müssen weniger Betroffene etwas übernehmen. Alle zufriedenzustellen kann nur gelingen, wenn man entweder den gesamten Flugverkehr „deckelt“ oder noch besser reduziert. Da eher das Gegenteil der Fall ist, kommt man um Verteilungskonflikte nicht herum.

Diese Tatsache ist aus zwei Gründen für das Dialogforum entscheidend: Einmal, weil im Mediationsverfahren und den aus ihm resultierenden Verträgen über Gemeinden und Stadt Wien entschieden wurde, die *nicht* am Verfahren teilgenommen, in ihm vertreten waren. Dementsprechend ihre Aufregung; der Verdacht, die Mediationsteilnehmer hätten zu ihren Gunsten, ohne im Weiteren Betroffene zu fragen, entschieden. Plötzlich sahen sich Gegenden mit Fluglärm konfrontiert, den sie vorher nicht hatten. Die daraufhin eingerichteten Bezirkskonferenzen konnten hier einiges abfangen, ungelöste Enttäuschungen und Konflikte kamen zurück. Es entstanden weitere Bürgerinitiativen, die zum Teil in das Dialogforum drängten, zum Teil außerhalb blieben. Ebenso waren die Bürgermeister weiterer Gemeinden und die Bezirksvorsteher weiterer Bezirke Wiens betroffen.

Mit dem Eintritt neuer Interessenvertreter musste sich eine neue Konfliktlage ergeben und das Florianiprinzip importieren. Sie wollten alte Umverteilungen tendenziell rückgängig machen, während die „Alten“, die Teilnehmer des Mediationsverfahrens auf den abgeschlossenen Vertrag pochten, der nicht „aufgeschnürt“ werden durfte. Zugegebenermaßen sind damit die Chancen

der Neuen nicht sehr groß, zumal in der Veränderung der Routen wenig Spielraum vorhanden ist. Diese eher „ärgerliche“ Tatsache löst einerseits Resignation aus, andererseits hofft man „dabei“ zu sein, wenn anlässlich des möglichen Baues einer 3. Piste die Karten neu gemischt werden. Eine durchaus ambivalente Gemengelage; jedenfalls birgt sie die Gefahr einer „Spaltung“ auf Seiten der Bürgerinitiativen, die im Prinzip das Gleiche wollen, in den gegebenen Rahmenbedingungen aber gerade deshalb als Vertreter unterschiedlicher Belastungen zu Gegnern werden müssen.

Wiederum finden wir einen Widerspruch, der im Sinne eines Win-Win-Ergebnisses unlösbar erscheint. Zwar gibt es Gemeinden, die, was immer auch geregelt wird, schon aus der Nähe zum Flughafen und den An- und Abflugkorridoren den Hauptbrocken Lärm unvermeidlich abbekommen und von Routenumverteilungen wenig gewinnen; für sie sind wohl Lärmschutzmaßnahmen das Wichtigste. Wie aber steht es mit den anderen? Welche Kriterien können hier für Umverteilungen zur Anwendung gebracht werden. Lärmbelastung in Dezibel und Prozenten, Bevölkerungsanzahl und -dichte, bisherige Belastung und bisheriges Verschont-Bleiben, Solidarleistungen versus lokales Anspruchsverhalten? Die Anzahl möglicher Wählerstimmen? Man sieht, das Florianiprinzip hat es in sich. Man wird allerlei mögliche Kriterien erfinden können und heranziehen, kaum aber allgemeine anerkannte Gerechtigkeit mit ihnen erreichen können (zumal Lärm ein emotional-subjektives Erleben ist, das sich in objektiven Kriterien nicht einfangen lässt; ebenso ist es zwar quantitativ interessant, qualitativ aber unerheblich, wie viele Menschen es sind, die unter Fluglärm leiden, man kann auch nicht Ärzte aus bevölkerungsschwachen Gebieten einfach abziehen, weil dort weniger Menschen leben).

Bei den Bürgerinitiativen, aber auch bei den Gemeinden kann diese Sachlage zu Konflikten und letztlich zu einer inneren Spaltung führen. Den Mediationsvertrag nicht anrühren, werden die einen sagen, die ihn selbst erarbeitet haben, sich daher mit ihm identifizieren, auf Grund der neuen Umstände ihn aufschnüren, werden die anderen sich wünschen, nun auch in neuen Abkommen ihre Position verhandeln zu können. So gerät frühere Gegnerschaft zur 3. Piste zu einem Herbeiwünschen. Sie würde ein neues Entlastungsszenarium mit sich bringen, außerdem die Gesamtsituation so verändern, dass neue Verhandlungen unabdingbar werden. Jedenfalls vermuten auch die neu Hinzugekommenen an der richtigen Stelle angedockt zu haben. Wenn überhaupt es Chancen gibt, dann wohl nur durch eine Mitgliedschaft im Dialogforum, hört man verschiedentlich. Dies spricht einerseits für das hier herrschende Klima, das trotz früherer Benachteiligung als angenehm, in der Anerkennung der Gesamtproblematik als solidarisch empfunden wird, aber auch für die Einsicht in die Lösungsmöglichkeit dieser Einrichtung; wohl auch für seine ausgewogene Steuerung und Leitung, mit der man im allgemeinen sehr zufrieden ist.

Diese Einrichtung der ARGE wird mehrfach als die „schlaueste Erfindung“ des Flughafens bezeichnet. Unter der richtigen Annahme, dass die Bürgerinitiativen untereinander auch auf Grund des Florianiprinzips Konflikte haben müssen, sei hier eine Einrichtung geschaffen worden, die diese auslagern kann, allerdings um den Preis, dass nun die Bürgerinitiativen vor Ort „streiten“ müssen; dabei ihre eigene Uneinigkeit erfahren und zur Kenntnis nehmen müssen. Die damit verbundenen Erlebnisse führen wiederum vor Augen, dass die Widersprüche quer durch die Positionen gehen. Wer kann hier schon zumal als Vertreter auf bisher gewährte Vorteile verzichten, wer aus Solidarität Lasten übernehmen; eine hochbrisante Situation, die förmlich eine mediative Begleitung verlangt. Diese wurde auch vom Flughafen bezahlt, zur Verfügung gestellt und hat keine leichte Aufgabe. Einerseits muss sie die inneren Konflikte medieren, dazu beitragen, dass es in der ARGE zu Einigungen kommt, andererseits muss sie diese Einigungen im Dialogforum mittragen, wenn sie nicht selbst zur „Verräterin“ werden will. Zugleich ist sie aber als Mediatorin für den Gesamtprozess mitverantwortlich, befindet sich auch mit der Leitung zusammen in einer Gesamtsteuerungsgruppe. Wird sie in ihr als Vertreterin der ARGE gesehen? Welchen Spielraum hat sie für darüber hinausgehende Empfehlung und Maßnahmen?

Die Gründung der ARGE als Vereinigung aller im Dialogforum handelnden Bürgerinitiativen war schon auch als Entlastung des Dialogforums gedacht. Es wäre wohl organisatorisch kaum zu schaffen, im Forum jeweils *alle* Initiativen zu berücksichtigen und zu Wort kommen zu lassen. Es ist auch schwierig, von den anderen Gruppen her sich jeweils mit den einzelnen voneinander völlig verschiedenen Positionen auseinanderzusetzen. Die Auslagerung in eine ARGE ist also zumindest vom organisatorischen Standpunkt aus, auch den Zeitaufwand berücksichtigend, „schlau“. Sie ist es aber auch in Hinsicht auf die Selbstverdeutlichung der unterschiedlichen Positionen der Bürgerinitiativen, die sich vor Ort in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen können. Und hier spätestens muss man den Initiatoren dieser Einrichtung, auch dem Flughafen, wohl Gerechtigkeit widerfahren lassen. Was würde es bringen, wenn diese untereinander bestehenden Konflikte im Dialogforum ausgetragen würden? Die Bürgerinitiativen sich als „zerstrittener Haufen“ präsentierten? Strategisch-taktisch ließen sich im Sinne des alten „divide et impera“ die einzelnen Positionen gegeneinander ausspielen, was jedenfalls Konsensbildung verhindert und nach Entscheidungsautorität rufen lässt. Es kann also durchaus vorteilhaft im Sinne der Bürgerinitiativen sein, eine eigene Arge unter mediativer Begleitung zu haben. Gerade wenn in nächster Zeit die Verträge noch einmal einer Prüfung unterzogen werden, ist es zunächst günstig, unter sich zu sein, erst recht, wenn es um die Folgen der dritten Piste geht.

## Die Widersprüche „historischer Ungleichzeitigkeiten“

Bereits im vorhergehenden Abschnitt wurde ein für das Dialogforum wesentliches Thema angesprochen: Die „Alten“ und die „Neuen“. Die „Alten“ sind jene, die am Mediationsverfahren teilgenommen haben, an die fünf Jahre einen Prozess erlebt und mitgestaltet haben, schließlich eine gemeinsame Vereinbarung zustande gebracht haben. Sie haben nicht nur einiges an Lebenszeit investiert (größtenteils unbezahlte, ehrenamtliche Arbeit geleistet), sie waren gezwungen, ständig voneinander zu lernen, Expertisen zu entwickeln, flugtechnisches Wissen zu erwerben; umgekehrt mussten Experten sich „didaktische“ Zusatzqualifikationen aneignen, um ihr Expertenwissen vermitteln zu können. Denn, man wollte Letzteres nicht einfach wie sonst üblich, ungeprüft übernehmen. Unverhinderbar war in diesem Prozess ein gegenseitiges Kennen- und Schätzenlernen, das bis heute anhält. (Wie überhaupt immer wieder die Erfahrung gemacht werden kann, dass derartige und ähnliche Prozesse, die von einem „guten „Willen“ getragen sind, einander zu verstehen, sich entgegenzukommen, ein sich Näherkommen zur Folge haben; Menschen müssen Beziehungen eingehen, im jeweils anderen für sie Passendes finden. Gelingt dies, wird man sich einfach „sympathischer“, was auch individuelle „Besonderheiten“ einschätzbar und „erträglich“ macht. Umgekehrt ist es bei Frontenbildungen, die sich nicht einem Prozess stellen, gleichsam dem Sieger-Verlierermodell anhängen. Für sie ist es wichtig, dass *keine* Beziehungen entstehen, man an den anderen nur das findet, was abstößt. Man wird sich auf diese Weise gegenseitig „unsympatischer“. Offensichtlich wird hier ein uraltes Muster gepflegt: Der Feind muss der Böse sein, damit mein Recht ihn zu töten gerechtfertigt ist).

Das Erleben eines fünfjährigen gemeinsamen Prozesses mit all seinen Höhen und Tiefen prägt und bleibt unvergessen. Das Problem, es kann schwer weitervermittelt werden; den neu Hinzugekommenen ist es Geschichte, in Erzählungen aufbewahrt. Das Dialogforum „verwaltet“ das Ergebnis, den Vertrag. Es selbst ist keine Mediation, auch wenn Elemente beibehalten oder „aufgefrischt“ werden. Hier tritt aber eine gewisse Unklarheit zutage, die sich vor allem in einer Entscheidungssituation zur Geltung bringt. Mediationen sind konsensverpflichtet, ist es das Dialogforum auch? Wie berichtet wurde, hat sich die ARGE Konsensbildung zum Ziel gesetzt und eine besondere Technik zurechtgelegt, Beschlüssen einen Konsenscharakter zu verleihen. Solange man im Grunde nur die „alten“ Vereinbarungen verwaltet, schützt und evaluiert, ist diese Unklarheit nicht so bedeutsam; was aber, wenn, so wie offensichtlich in der Klausur beschlossen, sich diese Situation ändert, das Dialogforum dann seine Entscheidungsformen neu überprüfen müssen? Werden neue Mediationen notwendig? Oder genügt es, einige Elemente zu übernehmen? Welche organisatorischen Auswirkungen sind zu erwarten, welche Teilnahmeintensität zu verlangen?

Wenn es auch nicht gelingen kann, intensives Erleben zu vermitteln, „Neue“ gleichsam in die eigene Vergangenheit einzubinden, so scheint den „Alten“ doch eines geglückt zu sein: Stil, Umgangsformen, Gesprächskultur konnten offensichtlich beibehalten werden, für neu Hinzukommende beeindruckende Erfahrungen. Der „Geist“ des Mediationsverfahrens ist somit präsent geblieben und musste nicht mit nostalgischer Berichterstattung am Leben gehalten werden. Auch das erworbene „Expertenwissen“ wird gerne und bedenkenlos weitergegeben, „Neue“ können sich bei den „Alten“ Informationen holen und tun das auch. Insofern gewinnt man von außen den Eindruck, dass hier eine beachtliche Integrationsleistung vonstatten geht, die „Alten“ den „Neuen“ nie ihren Vorsprung spüren lassen. Sicherlich kommt hier einigen Personen eine besondere „Brückenfunktion“ zu, und es wird wohl auch Absicht sein, dass das Leitungsduo beide Seiten repräsentiert und bei geglückter Zusammenarbeit - so wird sie vom Dialogforum insgesamt auch gesehen - Integrationsleistungen vollbringt. Diese ist ja schließlich nicht nur für das Gegensatzpaar alt-neu zu erbringen, sondern auch unter den „Neuen“. Deren Zugangsmotivation ist schließlich recht unterschiedlich: Neue Bürgerinitiativen, durch vergangene Kommunalwahlen neu gewählte Bürgermeister und solche, die pensionierten nachfolgten. Wie auch schon früher zu bemerken war, gehorcht eine politische Gangart und die damit verbundene „Sozialisation“ anderen Gesetzen als eine „mediative“. Es ist ein großer Unterschied, ob Entscheidungen von demokratisch legitimierten Mehrheiten getroffen werden, oder die Konsensbildung erwünscht ist.

Ein Problem der „Alten“ ist freilich auch, dass man in so lang währenden Prozessen auch älter wird; in Pension gegangen ist. Nun kann Pension geradezu als „idealer“ Ort für ehrenamtliche Tätigkeit betrachtet werden, man kann sich aber auch fragen, wie viel an Lebenszeit man noch weiterhin bereit ist zur Verfügung zu stellen. Gerade besonders engagierte Personen müssen sich fragen, ob sie Mediation, Flughafen, Dialogforum zum „Lebenswerk“ erheben wollen. Wenn aber nicht, wird die Nachfolge- und Übergabethematik relevant. Wie es aussieht, dürfte das Dialogforum noch einige Zeit weiterbestehen und da die Klausur neue Aktivitäten auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird man nicht beim Verwalten und Evaluieren stehen bleiben können. Wie zieht man eine neue Generation heran, wie vermeidet man Know-how-Verlust, wer garantiert die Perpetuierung des erreichten Stils, usw.? Fragen, die beim vorgenommenen „Neustart“ des Dialogforums beantwortet werden müssen.

In doppelter Weise wurde uns eine Kritik an Stagnation vermittelt. Neu Hinzugekommene beklagten den engen Spielraum für Veränderungen z. B. bei den Flugrouten und betrachteten ihre Mitgliedschaft im Dialogforum eher im Sinne einer Warteposition für mögliche neue Optionen anlässlich einer Entscheidung über die dritte Piste. Die „Alten“ vermissten wohl in manch „nostalgischem Rückblick“ die Erlebnisdichte des Mediationsverfahrens. Man erinnert sich der Beteiligung der Vorstände, hat zwar auf Grund der Turbulenzen Verständnis für ihre

Abwesenheit, meint aber auch, dass Letztere auch ein Zeichen dafür ist, dass es „um nichts geht“. Zweifel treten auf, ob der zukünftige Vorstand auch noch bereit sein werde, das Dialogforum weiter zu finanzieren.

Unsere Gespräche mit den derzeitigen Vorstandsmitgliedern haben ein anderes Bild gezeichnet. Man zeigte sich durchaus zufrieden mit der Arbeit des Dialogforums, vor allem auch mit der Art des Umgangs mit Medien, fühlt sich auch durch den eigenen Vertreter gut repräsentiert. Zum Teil wird Bedauern formuliert darüber, dass man nicht mehr so involviert ist wie im Mediationsprozess, weist aber auf die vielfältigen zusätzlichen Belastungen der letzten Zeit hin; von uns wird eine Zusammenfassung der derzeitigen Situation gewünscht, die es auch dem Vorstand ermöglicht, am gegenwärtigen Informationsstand zu sein.

Unserer Erfahrung nach wird oft unterschätzt, welche Bedeutung die Anwesenheit von Vorständen hat. Diese „symbolische Repräsentanz“ vermittelt Bestätigung, Rückhalt, ist motivierende Aufmunterung und vor allem in schwierigeren Phasen wichtig. Man kann sich auch vorstellen, was es heißt, wenn die „Alten“ immer wieder davon berichten, die „Neuen“ die Vorstände aber noch nicht zu Gesicht bekommen haben. Schnell fühlt man sich in seiner Arbeit abgewertet. Die Klausur Ende Jänner wird hier wohl eine Wende herbeigebracht haben. Jedenfalls wurde uns berichtet, dass man über die permanente Anwesenheit der Vorstände tief beeindruckt war, auch von ihrem Mitmachen beim „Palatschinkenwerfen“. Wir wissen, dass solche „Handlungen“ sich im Langzeitgedächtnis festsetzen etwa im Vergleich zu Diskussionsbeiträgen und sprachlichen Statements.

Was aber die Stagnation betrifft, die ja, falls sie tatsächlich so verbreitet festgestellt wird, wie uns geschildert wurde, würde ihre Akzeptanz auch positive Konsequenzen nach sich ziehen können. Man könnte sich zeitlich und organisatorisch entlasten, sozusagen eine wohlverdiente Pause einlegen. Vermutlich lässt dies die Gesamtstimmung aber nicht zu. Die „Alten“, die sich eigentlich mit der Verwaltung des Erreichten, dem Schützen und Evaluieren des Vertrages zufrieden geben könnten, sehen sich dazu wohl aus mehreren Gründen außerstande. Einmal aus der Verantwortung heraus, die sie für ihr Klientel empfinden; so müssen sie sich mit angeblichen oder tatsächlichen Verletzungen der Vereinbarungen beschäftigen, darstellen, dass sie sich für deren Behebung zuständig fühlen. Ohnehin fühlt man sich hier wahrscheinlich „schuldig“, nicht all das, was erwünscht war, erreicht zu haben (Schuldgefühle werden meist mit sichtbar gemachter Aktivität bekämpft, um nicht in selbstbezichtigende Depression zu verfallen).

Des Weiteren findet - zumindest indirekt - eine ständige, zumindest latente Konfrontation mit „Neuen“ statt, die nicht nur ihre Forderungen haben, sondern gleichsam einen lebendigen Vorwurf darstellen, nicht rechtzeitig einbezogen worden zu sein. Letztlich hängt sicher auch die

eine oder andere Person an dem Mediationsverfahren wie an einem „Lebenswerk“ - was bei dem bekannten Einsatz an Zeit und Emotion durchaus nachvollziehbar ist - von dem man sich auch schwer verabschieden kann. Stagnationen können hier schwer ertragen werden; Lebendiges braucht Aktivität, Bewegung. Der angesprochene „Neustart“ hat seine sachlich-inhaltlichen aber auch seine emotionellen Ursachen.

Sicher ist, dass sich Grundlegendes seit dem Abschluss des Mediationsverfahrens geändert hat; dass es notwendig werden wird, die Stimmigkeit der vertraglichen Vereinbarungen zu überprüfen; sicher ist weiters, dass der Vertrag auf Basis der dritten Piste diskutiert wurde, deren Bau aussteht. Zur Kenntnis zu nehmen sind auch die Wünsche und Forderungen der „Neuen“, die das Dialogforum nicht einfach als Fortsetzung des Mediationsverfahrens begreifen lassen. Also genug Gründe für eine Neuorientierung. Sie haben aber auch ihre emotionelle Unterstützung, in der Ungeduld der einen, die sich nicht mit kosmetischen Operationen zufrieden geben wollen und der positiven Erinnerung der anderen an ein Verfahren, das voll des „prallen“ Lebens war. So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich manche eine Neuauflage der Mediation wünschen. Wer weiß, was die Zukunft bringt, vielleicht stellt sich heraus, dass eine solche tatsächlich angebracht sein wird.

In diesem Zusammenhang wäre ein weiterer Widerspruch zu erwähnen, der zwischen *Überschätzung* und *Resignation (Ohnmachtsgefühlen)*. Für die meisten Mitglieder des Dialogforums war das Mediationsverfahren eine Erfolgsgeschichte und sie konnte wohl als solche den „Neuen“ vermittelt werden. Auch wenn diesen aus ihr eher Nachteile erwachsen (es wurde über ihre Köpfe hinweg entschieden), wären sie wahrscheinlich nicht so „geduldig“ im Forum, wenn sie sich von ihm nicht für die Zukunft etwas erwarten würden; ja es als die einzige Möglichkeit betrachten, auch ihre Forderungen so zu platzieren, dass ihnen entsprochen werden könne.

Wir haben uns des Öfteren gewundert, dass einerseits die Unfähigkeit des Dialogforums heftig kritisiert wurde, aktuelle Probleme vor Ort umgehen und lösen zu können, auf der anderen Ausharrungsenergie demonstriert wurde. Auch wenn diese Ambivalenz durchaus nachvollziehbar ist, bezeugt sie auch große Hoffnung auf zukünftige Vereinbarungen, die ihre Situation zum Besseren verändern sollten. Tatsächlich wurde im Mediationsverfahren ein Optimum erreicht, schließlich wurden auch Vereinbarungen getroffen, die nicht nur eine leichte Balanceverschiebung in den Machtverhältnissen mit sich brachten, sondern im Sinne einer vertraglichen Verbindlichkeit sozusagen einen Akt von „Rechtsschöpfung“ darstellen. Man erlebt dabei, wozu man imstande ist, welche Ergebnisse Konsensentscheidungen erreichen lassen.

Diese Erfahrungen können leicht zu einer Überschätzung seiner Kräfte und Möglichkeiten führen. Der bestehende Rechtsrahmen darf dabei aber nicht ausgeblendet werden. Darauf wird von verschiedener Seite immer wieder verwiesen (Datenschutz, Sicherheitsbedingungen, etc., hauptsächlich wird von der Aviationgroup darauf Bezug genommen). Nun sind zwar Gesetze auch nicht immer der Weisheit letzter Schluss, aber sie bestehen nun einmal. Sie zu verändern verlangt ein anderes Vorgehen, als sie einfach zu ignorieren. In diesem Zusammenhang hat es uns übrigens gewundert, wie wenig von dem parallel laufenden UVP-Verfahren die Rede war. Wie wird mit ihm umgegangen? Ist es nicht absehbar, dass es mit bindenden Beschlüssen endet, die sehr wohl die Materien des Dialogforums tangieren? Diesbezüglich erhielten wir nur einen Hinweis.

Nun können aber auf der anderen Seite permanente Hinweise auf die Gesetzeslage auch zum kreativitätsverhindernden „Totschlagargument“ werden. Zusammen mit der ohnehin geringen Bandbreite an verändernden Entscheidungsmöglichkeiten kann Überschätzung dann in ihr Gegenteil umschlagen, Ohnmachtsgefühlen Platz machen. Man zweifelt dann an der Auswirkung seiner Entscheidungen; sie werden gar nicht mehr angegangen, man verliert sich in unendliche Diskussionen, die durch ein wiederholtes „Ja aber“ gekennzeichnet sind.

Aus vielen Mediationsverfahren weiß man aber zumindest zweierlei: *erstens*, Gesetze sind interpretierbar; Mediationen konkretisieren sie nicht nur auf den besonderen Fall bezogen, sie zeigen auch, welche Auslegungsmöglichkeiten auftauchen können. Oft genug haben Gesetze nicht den Detaillierungscharakter, der fallbezogen eindeutige Vorschriften macht und das ist nicht nur notwendig, sondern auch gut so (auch wenn der österreichische Rechtspositivismus gern ins Spezielle geht); *zweitens*, Lösungsorientierung und Resignation sind sich gegenseitig im Wege, schließen sich aus. Auch bei Anerkennung bestehender Gesetzeslage und einem noch so klein angenommenen Handlungsspielraum bedarf es vorerst einmal einer „Selbstermächtigung“, die sich einen Freiraum für Kreativität und Phantasie schafft. Der Realitätstod kann dann immer noch erfolgen und „Überschätzungen“ überprüfen.

Allerdings wird in diesen Zusammenhängen wiederum die Konsensfähigkeit relevant. Es lässt sich nämlich das genannte Widerspruchspaar auch als eine Flucht aus Uneinigkeit begreifen. Selbstüberschätzung ist der Versuch einer Einheitsstiftung, in der alle unterschiedlichen Erwartungen untergebracht werden können (wenn alle bezüglichen Gesetze ignoriert, außer Kraft gesetzt werden, wenn die Rahmenbedingungen aus dem geschilderten Grundwiderspruch nicht akzeptiert werden, lassen sich leichter auch die gegensätzlichen Interessen unterbringen). Resignation und Ohnmachtsgefühle folgen aus der eingestandenen Unfähigkeit, die Interessenunterschiede auf den Weg der Einigung zu bringen; sie sind daher auch nicht sehr solidaritätsfördernd.

In der Auslotung der Möglichkeiten kann auch eine Umweltanalyse helfen. Beide, Selbstüberschätzung wie Resignation verzichten meist vorzeitig auf den „Blick nach außen“. Die Erste, weil sie ohnehin von sich überzeugt ist, die Zweite, weil ihre Hoffnung auf ein Minimum reduziert ist. Es hat sich aber bereits im Mediationsverfahren herausgestellt, wie wichtig es sein kann, Umgebung und informelle Netzwerke zu nützen. Wo befinden sich jene Entscheidungsträger, die schließlich aus politischer oder wirtschaftlicher Macht heraus auch Entscheidungen des Dialogforums „absegnen“ müssen? Wenn ein Vertrag nur verwaltet werden soll, bedarf es dieser Anstrengung kaum. Bei einem „Neustart“ wird man sich hier wahrscheinlich „neu“ umsehen müssen.

Ein besonderer Widerspruch „historischer Ungleichzeitigkeit“ ist der zwischen dem derzeitigen *Zweipistensystem* und dem ausstehenden *Dreipistensystem*. Wie schon des Öfteren bemerkt, spielt er in der derzeitigen Situation vielleicht die größte Rolle. Erinnerung muss, dass der Hauptanlass für die Schaffung von Bürgerinitiativen die Befürchtung war, dass durch den Bau einer dritten Piste der bereits jetzt schon große Fluglärm sich in Zukunft noch steigern könnte. Auch das Mediationsverfahren war in wesentlichen Teilen auf die Piste konzentriert und Teilergebnisse schon auf ihr Bestehen ausgerichtet. Die Wirtschaftskrise und andere Gründe haben nun Verzögerungen gebracht, die sogar Zweifel wach werden ließen, ob sie überhaupt gebaut wird. Die UVP läuft zwar schon, dennoch befindet sich diesbezüglich das Dialogforum in einer seltsam ambivalenten Situation. Bereits im Mediationsverfahren war klar geworden, dass eine dritte Piste zur Entlastung der derzeitigen Routenkonzentration führen kann. Jetzt sehen die „Neuen“ darin eine Hoffnung, mit ihren Vorstellungen „landen“ zu können. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sich Teile des Dialogforums einen Baubeginn herbeiwünschen. Paradox erscheint uns allerdings der damit verbundene Wunsch nach jenem Wirtschaftswachstum, das den Bau der dritten Piste ermöglicht.

Es ist daran wieder zu erkennen, wie wirksam der Grundwiderspruch ist. Auch wenn es jetzt eher danach aussieht, dass die dritte Piste doch gebaut wird, und gesagt wird, dass selbst, wenn der home-carrier ausfallen sollte, der Wirtschaftsraum Wien - Niederösterreich - Slowakei - Ungarn - Burgenland stark genug ist, um eine solche zu begründen, waren wir als „Begleitforschung“ so gut wie in jedem Interview mit dem Thema befasst. Es erschien uns manchmal, als sei dem Dialogforum sein wichtigstes Fundament entzogen worden; als sei diese Unsicherheit auch Grund für die diagnostizierte Stagnation. Wohl oder übel müsse man den alten Vertrag verwalten, seine Ergebnisse schützen und evaluieren; schon für Optimierungen bestehe wenig Spielraum.

In diesem Sinn ließen sich drei Zeitetappen voneinander unterscheiden: Ein Mediationsverfahren *mit* der antizipierten möglichen dritten Piste, ein Dialogforum „ohne“ diese und eine

Zukunftserwartung *mit* ihr. Die Gegenwart „ohne“ ist gleichsam eine „Zwischenzeit“, der eine Ausrichtung, ein konkreter Stützpfiler fehlt. Man könnte nun meinen, dass man sich ja probenhalber mit der Realität einer dritten Piste beschäftigen könnte, dagegen spricht aber nach Ansicht unserer Gesprächspartner mehreres. Das Hauptargument wurzelt in der unsicheren Situation. Weder weiß man, ob sie überhaupt kommt, der Flughafen in seiner gegenwärtigen (finanziellen) Situation nicht sogar froh sein könnte, wenn diese teure Investition unterbleibt; zumal auch Gespräche mit Bratislava wieder aufgenommen wurden. Noch ist nicht bekannt, wann sie kommt. Bei den „normalen“ Zeitdimensionen von Vorhaben im Großbau muss man sich als Mitglied des Dialogforums fragen, ob man nicht eher seine „Enkeln“ aktiviert, ob man überhaupt so lange ausharren will. Letztlich fehlen Daten, auch die Festlegungen der UVP, die Diskussionen und Zukunftsszenarien mit konkretem Material hantieren ließen.

Diese Argumente sind zweifellos nachvollziehbar, fördern aber nicht die innere Motivation; verhindern wahrscheinlich auch, sich darüber zu verständigen, was es heißt, den Mediationsvertrag „aufzuschieben“. Denn das müsste wohl geschehen, nicht aber dann unbedingt, wenn man beim Zweipistensystem bleibt. Aber auch ohne eine diesbezügliche Diskussion schwellt das Thema im Hintergrund in einer großen Spannungsbreite. Für die einen hat der Vertrag fast „Tabucharakter“, einerseits, weil er zu bestehenden Interessen passt, für die anderen, weil er eben nicht passt, ist er ein Klotz am Bein. Die „Alten“ sind wahrscheinlich hin- und hergerissen. Einerseits wäre es sträflich, die damalige gemeinsame Entscheidung, zu der man sich durchgerungen hat, durch leichtsinniges Aufschnüren zu relativieren, den „Gegnern“ wieder Tür und Tor zu öffnen, Vereinbarungen zu kippen (was natürlich bei der Nachtflugregelung besonders schmerzlich wäre, und auch schon im Thema „Aufzonzung“ spürbar wurde. „Give and take“ ist jene neue Formel, mit der auf die gegenwärtige, zum Teil unbefriedigende Situation reagiert wird). Andererseits sind auch die „Alten“ mit der Tatsache konfrontiert, dass die gegenwärtige Entwicklung neue Fragen stellt, Probleme aufwirft, die nicht mehr zufriedenstellend durch die alten Lösungen beantwortet werden können. Zusätzlich „sitzen“ ihnen die „Neuen“ im Nacken, die auf eine Neuverteilung im Routendickicht hoffen. Und das alles in einer ARGE, die konsensfähig sein will.

Was bedeutet aber eine derart unsichere Zukunft für die gegenwärtige Identität des Dialogforums? (Vermutlich hat die Klausur hier einiges auf die Beine gebracht, insofern beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die Zeit davor). Wie verträgt sich die positive Einstellung zu einer Einrichtung mit dieser hochdifferenzierten, emotionellen Gemengelage? Von der einen Seite hört man etwas von „Ausdünnung“, vom „allzu ruhigen Fahrwasser“ („was aber nicht stört“), allerdings dazu führt, dass man das Dialogforum nur mehr sporadisch, wenn überhaupt besucht, dafür aber in den Bezirkskonferenzen aktiv wird, die andere Seite kritisiert Erfolglosigkeit, hält aber „eisern“ am Dialogforum fest, wieder andere sehen in ihm eine

Fortsetzung der Mediation und verhindern damit „Heimatgefühle“; schließlich gibt es Interessenvertreter („Lobbyisten“), die genau beobachten, dass nichts zum Nachteil ihres Unternehmens passiert. Der Leitung wird zugebilligt, dass sie bemüht ist, allen Seiten gerecht zu werden, alle Themen und Probleme aufzugreifen, ihnen einen Ort zu geben, aufzuklären, den Ursachen nachzugehen, Lösungen zu finden; was bei dieser Gemengelage ein gutes Stück Arbeit ist, wie den verschiedenen Berichten zu entnehmen ist.

Die Identitätsfragen an das Dialogforum zu stellen heißt seinen doppelten Charakter ins Auge zu fassen. Wir erinnern uns, dass sein „erster“ Namensvorschlag „regionales Konfliktmanagement“ lautete. Dialogforum heißt es nun, und damit wird bereits eine erwünschte Richtung angedeutet. Der Dialog steht im Vordergrund, Konflikte treten zurück. Der Namenswechsel bezeugt nicht bloß unsere allgemein verbreitete negative Einstellung gegenüber Konflikten, die uns offensichtlich vom Wort allein schon flüchten lässt, er weist einen bestimmten Weg; soll gleichsam das positiv Erreichte (Umgangsform, Klima, Gesprächsbereitschaft) auch nach seinem Ende ins Dialogforum hinein fortsetzen. Dagegen ist bestimmt nichts einzuwenden, sie dient der Ergebnissicherung und wird als spürbare Haltung auch von „Neuen“ geschätzt. Die andere Seite sind aber die der notwendigen Konflikte, die diesen Identitätsbereich ständig gefährden müssen; die man auch nicht löst, wenn man Vergangenheit beschwört. Gäbe es eine deutliche Zielsetzung, ermöglicht durch eine „sichere“ Zukunft, wäre trotz dieser notwendigen Doppelgleisigkeit Identitätsbildung leichter. So aber hängen einige Konflikte in der Luft und erschweren innere Einigkeit.

Von seinem Existenzzweck her muss man dem Dialogforum zubilligen, dass es ein Ort ständig möglicher Identitätsstörung ist, verschärft eben durch die mangelnde Zukunftsperspektive. Übrigens ein Ort, den man in dieser Form sonst wo suchen kann; wo einerseits das Recht und die Notwendigkeit von Konflikten anerkannt ist, andererseits man versucht, ihnen mit besonderem Verfahren (eben Dialogen) entgegenzukommen, womöglich Konsense herzustellen. Identitätsgefährdend sind Konflikte allemal, weil sie zunächst oft unvermittelt und unversöhnlich Unterschiede deutlich machen. Das Dialogforum steht also permanent im Risiko, sich selbst zu gefährden, und diese Gefährdung ist „dramatisch“ ausgedrückt sogar ein Existenzgrund.

Die Steuerung eines solchen grundsätzlich „labilen“ Gebildes muss daher ständig auf zwei Ebenen agieren; auf der einen Konflikte akzeptieren, Unterschiede deutlich machen, auf der anderen jenes Klima im Prozess pflegen, das zugleich einen adäquaten Umgang mit Konflikten garantiert und damit ihre Lösbarkeit in Aussicht stellt. Dieser Balanceakt dürfte dem Führungsduo, unserer Recherche nach, ganz gut gelingen, zumal sie auch als Personen die jeweilige Seite gut repräsentieren.

Die Steuerung muss aber dann schwierig werden, wenn vorhandene Konflikte, wie schon gesagt, in der Luft hängen bleiben, auf eine unsichere Zukunft verschoben werden müssen. Diese Konflikte haben es so an sich, immer wiederzukehren. Es werden auch neue Anläufe genommen, sie zu lösen, bis man nach mühsamen, sich im Detail wiederholenden Diskussionen dort endet, wo man immer schon war; wieder einmal die Unlösbarkeit durchexerziert hat. Diese Übung hat den einzigen Vorteil, die Konflikte in Erinnerung zu halten, eventuell sich als Opfer zu stilisieren und andere in die Täterrolle hineinzumanövrieren. Allerdings ist sie auch eine beständige Bedrohung der Identitätsseite. Um nicht in einen Ohnmachtsfall zu geraten, wird manchmal auch ein anderer Ausweg gewählt: Ablenkung durch Betriebsamkeit, Detailverliebtheit, Aktionismus. „Als sie das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten sie ihre Anstrengung“, soll Mark Twain einmal gesagt haben. Nun hat das Dialogforum ausreichende Teilziele, die es gut verfolgen kann. Die große, zukunftsorientierte Zielsetzung ist aber mit der Entscheidung über die dritte Piste verknüpft und diese steht aus. Wir wollen nun nicht behaupten, dass unsere oben genannten Hypothesen auf die Arbeit des Dialogforums generell zutreffen; auffallend waren aber doch zahlreiche Hinweise auf zeitliche Überforderungen, Organisationskomplexität, zu viele Sitzungen.

Die geschilderte Gesamtsituation empfiehlt als identitätssichernde Maßnahmen drei Wege: Erstens in der Konfliktlandschaft eine wichtige Unterscheidung zu treffen; welche Konflikte sind lösbar, welche erst dann anzugehen, wenn man weiß, was die Zukunft bringt. Letztere sind aufzulisten, „ad notam“ zu nehmen und sollen dann „hervorgeholt“ werden, wenn es so weit ist. Allerdings ist Einigkeit darüber herzustellen, um welche es sich handelt, bevor sie einem „Lordsiegelbewahrer“ zur Aufbewahrung übergeben werden. Zweitens müssen mehr als sonst identitätsermöglichende Faktoren „gepflegt“ werden. Drittens ist es, wie eben geschehen, sich von Zeit zu Zeit in Klausuren zurückzuziehen und über sich selbst nachzudenken an der Leitlinie der klassischen Feedback-Fragen: Was funktioniert bei uns gut und sollte bewusst gemacht, festgehalten, zeitweise gefeiert werden? Was funktioniert weniger gut oder schlecht und sollte behoben werden? Wofür besteht in welchem Zeitraum für wen Handlungsbedarf, welche Aufträge sollen vergeben, welche Konsequenzen gezogen werden?

Die Ähnlichkeit des Dialogforums mit dem Mediationsverfahren vorher besteht im Auftrag, „Selbstorganisation“ wahrzunehmen und zu verwirklichen. Es gibt keine Hierarchie, die Richtung und Ziel vorgibt. Zwar gibt es eine Leitung, die im Wesentlichen die Organisation betreut und aufrechterhält, Außenkontakte häufiger pflegt, über die statutarischen Aufträge wacht, diese ist aber nicht an eine hierarchisch übergeordnete Position geknüpft, die sagt, „wo es lang geht“. Auch die genannte Machtasymmetrie auf Grund des genannten Grundwiderspruchs ist zwar vorhanden und in Personen repräsentiert, sie haben aber auch kein organisatorisch garantiertes „Vorfahrtsrecht“.

Was die aus dieser Sachlage folgende Selbstorganisation nicht ganz leicht macht, ist, dass Leitung umdefiniert werden muss, zugleich aber alle Beteiligten sich für die optimale Gestaltung verantwortlich wissen müssen. In Selbstorganisation sind wir nicht gut eingeübt. Verantwortung zu übernehmen ist nicht immer bequem, verlangt meist mehr Einsatz und gerät schnell auch in die Gefahr, sich hervortun zu wollen, ohne Erlaubnis, sich Autorität anzumaßen.

Hinzu kommt, dass man nicht einfach von den Machtverhältnissen außerhalb abstrahieren kann und sie ins Innere überträgt. Einflussnahmen werden phantasiert, die indirekt sozusagen eine „laute Hierarchie“ im Forum aufrichten.

Was wir sehen können ist, dass Selbstorganisationen ein fragiles und sensibles Gebilde sind und daher einen besonderen Umgang verlangen. *Das* Instrument dafür wurde vorhin beschrieben: Selbststeuerung durch Selbstbeobachtung. Zwar findet in allen sozialen Konstellationen Selbstbeobachtung statt (jeder denkt sich „seinen Teil“), manchmal auch geäußert, selten aber zu einem gemeinsamen Thema gemacht. Daher bleibt vieles im Kopf „privatisiert“ und kann dem Prozess nicht nutzbar gemacht werden. Es ist daher notwendig, Wege zu eröffnen, die eine Vergemeinschaftung der individuellen Beobachtungen ermöglichen.

Schwerpunktmäßig hat das Dialogforum, so unsere Beobachtung, „inhaltlich“ gearbeitet, an Themen, Problemen, weniger an sich selbst. Nun ist es auch seine Aufgabe, Inhalte voranzubringen, man sollte sich aber dabei nicht vergessen. Die Beauftragung unseres Teams mit einer Interventionsforschung ist allerdings als ein Schritt zu bezeichnen, der den Selbstbezug ins Auge fasst, indem er sich einen Fremdblick heranholt. Unser Thema war nun nicht inhaltsbezogen, gleichsam eine „gutachterliche“ Stellungnahme zu Einzelthemen abzugeben, wir hatten die Aufgabe, das Dialogforum selbst als Ganzes zu beobachten, zu erfassen und unsere Recherche rückzukoppeln. Unseres Erachtens hat die Rückkoppelung bestens vorgeführt, dass zwar viel an Inhalten gearbeitet wurde, das Dialogforum selbst aber als Gegenstand der Selbstreflexion dabei in den Hintergrund getreten ist. Mag sein, dass die Jännerklausur daran etwas geändert hat. Unsere Empfehlung ist es jedenfalls Strukturen vorzusehen, die es von Zeit zu Zeit gestatten, sich selbst, sein Funktionieren, die Art, wie mit Widersprüchen und Konflikten umgegangen wird, zum Thema zu machen. Diese Selbstreflexionsschleifen sind nicht nur subjektiv „entlastend“ (man muss nicht mehr alles mit sich herumtragen und ausmachen oder informell „Mauscheln“), sie schaffen Klarheiten, die selbst wiederum ein identitätsstiftender Faktor sind; man entdeckt in ihnen dann meist noch weitere. In unserer Rückmeldung haben wir einige benannt; welche eher wirklich brauchbar sind, muss vom Dialogforum selbst entschieden werden.

## Identitätsstiftende Faktoren

Wir nannten:

- Würdigung von Teilerfolgen; auch den Ergebnissen des Mediationsverfahrens, die nicht nur einer längst vergangenen Geschichte angehören.
- Integration der „Neuen“; eventuell auch durch die Organisation von Lernprozessen, die auch Informationsdefizite behebbare machen.
- Verstärkung der Außenpräsenz, Öffentlichkeitsarbeit (zumindest Beginn einer Diskussion darüber; es war uns aus den Gesprächen schon klar geworden, dass hier Vorsicht geboten sein kann, weil natürlich auch Gegnerschaft aktiviert wird. Außerdem äußerte man sich von bestimmten Seiten her voll zufrieden mit der Art, wie Herr Hesina die Presse „bedient“).
- Mehrmalige oder Wiederteilnahme des FWAG-Vorstandes aus den bereits geschilderten Gründen.
- Klausuren und ähnliche Veranstaltungen wurden schon genannt; nichts wirkt heute im modernen Sinn identitätsbildender als jenes kollektive „Selbstbewusstsein“ (man weiß, wer man ist und welche Bedeutung man hat), das man über Selbstreflexion und dem Herstellen einer gemeinsamen Sichtweise über sich herstellen kann (hinzu gehören auch Feste, Rituale u. Ä., in denen man dieses Selbstbewusstsein „einübt“ und sich sichtbar macht).
- Die konkrete Arbeit an der Machtasymmetrie in den aufgezeigten „Währungen“, damit das Erreichen gewisser „Balanceverschiebungen“, wäre selbstverständlich identitätsstiftend. Wenn z. B. ein curved-approach tatsächlich Erleichterungen brächte, wäre es sicher ein Erfolg, dieses Thema zu forcieren und Möglichkeiten einer beschleunigten Einführung zu ermitteln.
- Zur Selbstbeobachtung gehören auch gemeinsame Überlegungen über die bestehende Organisationsstruktur (wo kann Komplexität reduziert werden; wo können Diskussionen entlastet, Leerläufe vermieden werden). Dabei geht es nicht bloß um organisatorische Retuschen. Die Erfahrung zeigt, dass oft hinter der ohnehin schon vorhandenen Komplexität „Selbstverkomplizierung“ steckt, die dadurch entsteht, dass wichtige Problemgebiete entweder nicht in Angriff genommen werden, oder nur suboptimal gelöst werden. Interessant, und dadurch interessant für Organisationsforschung, ist die Unterschiedlichkeit der Sozialkonstellationen im Dialogforum und seiner Umgebung; ihre verschiedenen Größen, Vertretungsweisen, etc. (siehe „Systemlandschaft“), ihr Verhältnis zueinander. Das Dialogforum als einzelner Verein steht Organisationen gegenüber, die es selbst angeregt oder geschaffen hat (ARGE, Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Bezirkskonferenzen), wo es auch direkten Einfluss hat und solchen, die „von

sich aus“ existieren (Nachbarschaftsbeirat, Wiener Bezirke, Beamtenschaft, politische Vertretungen), die eine wichtige Rolle in den Materien des Dialogforums spielen, nicht aber seiner „Organisation“ angehören. Wie schafft hier Selbstorganisation eine fruchtbare grenzüberschreitende Vernetzung? Was ist eine „Massenorganisation“ als „Einübung“ in konkrete Demokratie? Es ist sicher nicht angebracht, diese Frage im Detail zu erforschen und zu beantworten. Der Stellenwert einer solchen, exemplifiziert am Dialogforum und seiner Arbeit, sollte in seiner Bedeutung aber als sehr wichtig verstanden und geschätzt werden. Über die wachsende Kraft einer „Zivilgesellschaft“ wird zwar viel diskutiert, vieles bleibt aber Wunschvorstellung. Hier aber träfe konkret eine „klassisch-politische“ Demokratie auf neue Demokratieformen; wir konnten beobachten, welche „Schnittstellenprobleme“ dabei auftauchen, welche Maßnahmen sie implizieren, welche Organisationsformen sie brauchen.

- Ein zentraler Themenbereich, der hier eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt, gruppiert sich am Vertrauen, an Geheimhaltung, Transparenz, Öffentlichkeit. Betrachtet man die Organisationskomplexität und die derzeit nicht gelösten Interessengegensätze, ist gegenseitiges („Vorschuss“)Vertrauen eher unwahrscheinlich. Vertrauen ist weitgehend an direkte Kommunikation gebunden, zumindest an frühere Erlebnisse derselben (was u. E. im gegenwärtigen Fall des Dialogforums immer noch eine tragfähige Basis darstellt). Anonyme, indirekte Kommunikation bedeutet von sich aus schon Erzeugung von Misstrauenspotential. Nicht überall „Dabei-Sein-Können“ bedeutet Kontroll- und Informationsverlust. Informationsmangel wird kompensiert durch die Aktivierung eigener Phantasie; und diese phantasiert selten positiv. Wir ergänzen Teilwirklichkeiten, damit wir uns ein Gesamtbild machen können. Die Ergänzungen können zutreffen oder auch nicht. Jedenfalls ist meist in der Vorstellungswelt mehr unterwegs, als in der Wirklichkeit geschieht. Die Herstellung des Gesamtbildes ist aber nicht nur dem Wunsch geschuldet, uns ein Situationsverständnis zu ermöglichen, indem die Teile zusammenpassen, aufeinander bezogen werden können. Sofern Misstrauen diesen Prozess begleitet, dient es auch dazu, strategische Überlegungen anzustellen. Mit diesen zusammen ist es auch ein Versuch, sich vor Überraschungen zu schützen und adäquate Reaktionsformen vorzubereiten. Vertrauen ist also die eine Sache, strategisches Denken die andere. Ersteres ist deshalb immer auch mit Risiko verbunden, weil es auf Absicherungsstrategien glaubt verzichten zu können. Letzteres ist einerseits immer ein Ausfluss von Misstrauen, andererseits dem Sieger-Verlierermodell verpflichtet. Der Strategiebegriff kommt nun mal aus dem Militärischen und vertrauen kann man nur auf die gleiche Absicht des Gegners, nämlich gewinnen zu wollen.

Es kann gut nachvollzogen werden, dass sich die Arbeit des Dialogforums permanent zwischen diesen beiden Polen Vertrauen - Strategie hin und her bewegen *muss*. Schon,

wie bereits erwähnt, auf Grund der Organisationskomplexität, auch der unterschiedlichen gegenseitigen Abhängigkeit ihrer „Elemente“ (einer Arbeitsgruppe *innerhalb* des Vereins wird man z. B. eher Vertrauen schenken als einer Bezirkskonferenz, die relativ unabhängig agieren kann). Aber auch auf Grund ihrer Materie selbst. Die Interessengegensätze der hier beschriebenen Natur (siehe „Florianiprinzip“) bedingen zunächst notwendige Gegnerschaft. Man will für sich ein Optimum erreichen, wird alles nützen, was diese Absicht unterstützt. Dazu gehören auch Strategien, insbesondere im informellen Bereich, der im Umfeld des Dialogforums nahezu „unendliche“ Möglichkeiten bietet. Hierzu gehört übrigens auch der strategische Einsatz von Öffentlichkeitsarbeit. Die Medien im Allgemeinen, ohnehin eher an Konflikten als an Konsensprozessen interessiert, können hier als dankbare Strategiepartner gelten; ebenso das politische System, das vor allem in Koalitionen zu Konsensbildungen, gemeinsam zu tragenden Entscheidungen, verpflichtet ist, ist hauptsächlich in strategisches Denken eingeübt, das „Wahl“-Sieger-(Wahl-)Verlierermodell bleibt aber Hintergrundmelodie.

Das Dialogforum ist nun in der Nachfolge der Mediation nicht als reines Strategiegremium eingerichtet worden. Konsens, Kompromiss, das Erzielen von gemeinsam getragenen Entscheidungen sind ihm sozusagen in die Wiege gelegt. Es müssen damit einerseits die Interessengegensätze einander von ihrem Recht überzeugen, dabei auch strategische Mittel verwenden, andererseits zugleich in Verhandlungen jenes Vertrauen aufbauen, das gemeinsames Entscheiden ermöglicht. Ein nicht ganz leichter Balanceakt, der ständig auf zwei Ebenen gesteuert werden muss. Es kann u. E. sinnvoll sein, sich diese Situation immer wieder bewusst zu machen, zumal es auch hier „historische Ungleichzeitigkeiten“ gibt: Während die einen noch versuchen, ihr ganzes strategisches Repertoire aufzufahren, bewegen sich die anderen bereits auf einer Vertrauen-Transparenzschiene. Vertrauen ist nun ein labiles Gebilde, nicht zuletzt wegen seiner Risikobetroffenheit; wenn es einen strategischen Umgang mit sich bemerkt, ist es schnell verloren und schwer wiederherzustellen. Die sogenannten „vertrauensbildenden Maßnahmen“ sind daher für das Gelingen eines solchen Balanceaktes von großer Wichtigkeit. Es muss eine Basis da sein, die einerseits vor allem zu Anfang von Prozessen strategische Spiele zulässt, allerdings auf der anderen Seite im Bewusstsein, dass man bei ihnen nicht stehen bleiben kann. Wir leben nun nicht mehr in einer Zeit, in der das Ritual einer „Handschlagqualität“ in den Normstandards sozial abgesichert war, ihre Verletzung daher ebenso soziale Folge hatte. Daher muss sie jeweils erst entwickelt werden; dafür ist einiges an direkter Kommunikation, an kommunikativem Aufwand notwendig. Man muss sich kennenlernen und gegenseitig „berechenbar“, einschätzbar machen. Dafür ist nicht nur die Arbeit an der „Sache“ zuständig; man will sozusagen die „ganze Person“

erfahren. Es ist daher der informelle Bereich sehr wichtig, die Pausen, das gemeinsame Buffet, gut investierter „Luxus“.

In unseren Teamdiskussionen haben wir überlegt, ob das Dialogforum sich nicht eine wohlverdiente Pause gönnen könnte; zumal wenn Stagnation und Resignation derart häufig diagnostiziert werden; ob sich das Dialogforum auf das „Verwalten“ beschränken, und seine Sitzungshäufigkeit damit entscheidend reduzieren könnte. Der obige Befund widerspricht aber einer solchen Empfehlung. Größere Pausen entfernen und entfremden; notwendigerweise wird auch die Vertrauensbasis „dünner“; man muss sie wieder neu aufbauen, zumindest reaktivieren. Zwar gibt es auch Beziehungen, Freundschaften, die gleichsam bruchlos an das „alte“ Vertrauensverhältnis anschließen können, diese sind aber meist nicht solche, die einschneidende Gegensätze mit sich herumtragen müssen. Wenn sich nämlich tatsächlich mit der Entscheidung über die dritte Piste so oder so die Situation gänzlich ändert, die „Karten neu gemischt“ werden müssen, wäre es fatal, wenn man gleichsam „von vorne“ beginnen müsste. Die Beschlüsse der Klausur, so wie sie aus Mitteilungen verstanden haben, dürften aber ohnehin genug Aufgaben vorsehen, die weitere Beschäftigung und kontinuierliches Treffen bedeuten.

- Es ist klar, dass schon wie bisher geschildert, die Arbeit des Dialogforums vielerlei Facetten *emotionaler Befindlichkeit* aktiviert, die ständig begleiten. Unserer Beobachtung nach hat das Forum damit einen guten toleranten Umgang gefunden. Man kennt einander, erträgt „Ausbrüche“ und Marotten und akzeptiert somit die Person, in ihrer individuellen Besonderheit. Das ist schön, aber nur die eine Seite der Medaille. Es geht nämlich auch um „kollektive Emotionalität“, die an bestimmte Prozessphasen gebunden auftreten muss. Im Sieger-Verlierermodell „kämpft“ man mit anderen Gefühlen als im Vertrauensklima wachsender Konsensbereitschaft. Experten ärgern sich über die Uninformiertheit der „Laien“, diese hinwiederum über deren Präpotenz und Intransparenz. Wir haben wenig Übung in einer positiven Arbeit *mit* diesen kollektiven Gefühlslagen. Meist verdrängen wir sie, weisen sie als „unsachlich“ und störend zurück oder wir individualisieren sie, binden sie an Personen, die sich in ihnen oft in den Vordergrund drängen. Beides hilft dem Vorankommen des Prozesses nicht. Man bleibt sozusagen auf seinen Emotionen „sitzen“ und sie melden sich dann immer wieder zur „Unzeit“. Hinzu kommt noch ein Weiteres: Gefühlslagen, die nicht aufgegriffen werden, über deren Vorhandensein und deren Ursachen man sich keine Klarheit verschafft, bleiben „undistanziert“, d. h. sie agieren von sich aus, ergreifen, manipulieren uns. Man verliert Steuerungsfreiheit. Sie sich bewusst zu machen, bedeutet nicht, dass sie damit weg sind, wir gewinnen aber ein anderes Verhältnis zu ihnen. In Verhandlungen über Interessengegensätze unterscheiden wir gern positive von negativen Emotionen. Positive

sind entweder die eigenen, negative die des Gegners (die eigenen sind deshalb positiv, weil sie die Solidarität mit der eigenen Gruppe sichern), positive verbindet man aber auch mit einem gelungenen gemeinsamen Verhandlungsprozess, der eine Entscheidung ermöglicht hat, mit der man sich identifizieren kann. Identifikation ist aber keineswegs bloß vernünftige Einsicht in das Ergebnis. Sie hat die gesamte Lerngeschichte des Prozesses im Rücken. Es ist aber die Unterscheidung zwischen positiven und negativen Gefühlen zwar als Bewertung durchaus verständlich, von ihrer Verursachung her aber nicht weiterführend. Wenn man sich nämlich auf die Ebene der Gerechtigkeit begibt, sind beide Seiten gleich gelagert. Auch negative Gefühle drücken eine realistische Einschätzung einer Situation aus, mögen zwar unangenehm sein, aber gerade darin auffordern, die Situation zu verändern. Mediationen, erstrebte Konsensprozesse müssen in verstärktem Ausmaß die Wichtigkeit dieser Emotionen akzeptieren, ihnen einen adäquaten Ort anbieten; sie nicht als „störend“, sondern als prozesskonstitutiv verstehen. Strategische Vorgehensweisen im Sieger-Verliermodell werden eher versuchen über sie „drüber zu fahren“, wie es so schön heißt.

Noch einmal zur *dritten Piste*: Die Gesamtsituation des Dialogforums würde sich schlagartig ändern, wenn bezüglich der dritten Piste eine Entscheidung fallen würde. Die Zukunft bekäme Konturen. Derzeit scheint unserer Recherche nach niemand der Betroffenen zu wissen, ob überhaupt und wann mit einer solchen Entscheidung zu rechnen ist. Der Vorstand der FWAG plädiert zwar nach wie vor für die Piste, ist aber auf Grund bekannter Ereignisse (Wirtschaftskrise, Verkauf der AUA, Skylink) nicht mehr so sicher, wie er es früher war. Offensichtlich geht es letztlich auch um eine politische Entscheidung, in der die Aktionäre Wien und Niederösterreich ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Nun hat sich einerseits durch die letzten Wahlen in Wien die politische Szene verändert. Bekanntlich waren die Vertreter der Grünen bereits im Mediationsverfahren gegen diese Piste und selbst einer ihrer Vertreter, der bis zum Schluss aktiv dabei war, sich mit dem Verfahren letztlich auch identifizieren konnte, „durfte“ aus Parteiloyalität den Vertrag nicht unterschreiben. Wie also wird sich Wien verhalten? Vermutlich wäre es für das Dialogforum sinnvoll, einerseits in Erfahrung zu bringen, wie die Lage derzeit ist, andererseits eine langjährige Expertise zur Verfügung zu stellen, d. h., die Wiener Politiker dazu veranlassen, diesbezügliche Gelegenheiten zu schaffen. Damit würde etwas zur Situationsklärung getan werden, des Weiteren eine Motivation befördert werden, die dem Forum die Möglichkeit böte, auch öffentlich sein Know-how, seine Sinnhaftigkeit zu verdeutlichen.

Allerdings würde das ein neues Schnittstellenfeld eröffnen, das bisher eher im Hintergrund wirksam war. Für die „offizielle“ Politik war das Mediationsverfahren die

beste Möglichkeit, Kritik dorthin zurückzuweisen; Zeit zu gewinnen, keine übereilten Entscheidungen treffen zu müssen (wir haben in unserem Buch „Das Mediationsverfahren am Flughafen Wien-Schwechat“ diesen beiderseitigen Vorteil ausführlich behandelt). Auch die bisherige Tätigkeit des Dialogforums lief insofern für sie zufriedenstellend, als Konflikte mit Bürgerinitiativen dorthin verwiesen werden konnten; der gute Medienkontakt auch dafür sorgte, dass genügend Informationsaustausch erfolgte, der Sensationsschlagzeilen bestenfalls in Parteizeitungen auftreten ließ. In der Entscheidung über die dritte Piste bekommt voraussichtlich das Verhältnis von Politik und Dialogforum eine neue „Qualität“. Zu sehr verschränkt sich in ihr gemeinsames Interesse. Möglicherweise wird die dritte Piste nun auch „innenpolitisches“ Thema, als Auseinandersetzung innerhalb der Wiener Koalition. Damit kann sie nicht mehr so leicht in ein Dialogforum „abgeschoben“ werden. Die Frage bleibt, welche Rolle in einer derartigen Auseinandersetzung das Forum spielen will bzw. wird. Sehr oft ist es politische Gewohnheit, wenn sie schon so wie in diesem Fall zu Entscheidungen gezwungen wird, diese in einem politischen Gesamtkontext zu treffen. Dessen Einfluss und Reichweite erstreckt sich weit über den Flughafen hinaus. Unter Umständen könnte dann das Dialogforum trotz seiner „fachlichen“ Zuständigkeit nur mehr eine Nebenrolle einnehmen. Offen ist daher die Frage, ob man eher zuwarten und nach einer getroffenen Entscheidung reagieren soll, oder ob man anregen soll, diese mit vorzubereiten. Allerdings riskiert man bei letzterem Vorgehen seine neutrale Stellung, nicht weil man von sich aus nicht neutral bleiben will, sondern weil man, sollten beispielsweise die „Grünen“ bei einer Gegnerschaft bleiben, in eine Patteinstellung hineingedrängt wird.

Was weiters die dritte Piste, die Routenverteilung betrifft, gibt es zweifellos Interessengegensätze zwischen Wien und Niederösterreich. Die gab es zwar auch bisher schon, sie konnten aber halbwegs gelöst, bzw. in den Hintergrund gedrängt werden. Auffallend war hier jedenfalls die Tatsache, dass Wien über seine Beamten hinaus „hochrangig“ politisch vertreten war (was wie bekannt innerhalb des Dialogforums zu Konfliktpotentialen führte, da mediative Verfahren sich nicht immer mit politischen Gewohnheiten und Strategien „decken“), Niederösterreich ausschließlich durch seine Beamtschaft. Dieser Unterschied sagt zwar nichts über die Qualität ihrer Arbeit aus, regt aber Phantasien an. Da Wien auch immer gerne mit der großen Zahl seiner Bezirke argumentierte, dort hohes Wählerpotential geortet werden konnte, vermutete man ob des kleineren Potentials in Niederösterreich ein geringeres politisches Interesse. Dieses wird zwar offiziell in Abrede gestellt; es bleiben aber Reste von Annahmen zurück. Es wäre möglich, dass die Entscheidung über die dritte Piste, die eben die „Karten neu mischt“, auch Niederösterreich aus seiner „politischen Reserve“ locken würde. Vergessen wir nicht - auch die „große Politik“ steht im Grundwiderspruch: Wirtschaftslogik versus

Lebensqualität der Bürger. Mediationsverfahren und Dialogforum haben bisher davor geschützt, eindeutige Positionen zu beziehen. Was aber - reine Spekulation - wenn Wien sich politisch nicht einigt, Niederösterreich aber aus vielen Gründen eine dritte Piste befürworten muss? Der bisher eher „latente“ Konflikt zwischen diesen beiden „Ländern“ würde offensichtlich werden. Auch hier stellt sich für das Dialogforum eine ähnliche Frage wie vorhin: Sollen Entscheidungen abgewartet werden oder versucht man, sich in deren Vorbereitung einzumischen? Können, sollen oder wollen die Vertreter Niederösterreichs in Letztere aktiv eintreten?

Ob wir hier in unseren „Spekulationen“ zu weit gehen oder nicht, klar scheint uns zu sein, dass sich mit der Entscheidung über die dritte Piste möglicherweise ein weiteres Aktionsfeld für das Dialogforum eröffnet. Die diagnostizierte „Stagnation“ würde nicht erst beendet werden, wenn „die Würfel bereits gefallen“ sind; man könnte beim „Fallen“ mithelfen, bzw. Würfel rechtzeitig „auffangen“. Derzeit hat man eher den Eindruck des Zuwartens, bei gleichzeitigem Bedauern über die unsichere Zukunft. Möglicherweise würde ein Engagement in die von uns überlegte Richtung ein neues Identifikationspotential in sich bergen.

Noch ein kleiner Exkurs zum Verhältnis von Politik und Dialogforum: Nicht nur einem Beobachter „von außen“ muss die einschneidende Bedeutung von Wahlen (hier insbesondere Kommunalwahlen) auffallen. Dass mit Bürgermeister, Bezirksvertretern auch parteigebundene Vertreter im Dialogforum sind, spielt für diese Wahlen eine Rolle. Freilich können sie zweifach benützt werden: Einmal im Sinne einer Vorsichtshaltung, zum anderen im Ausdruck einer besonderen Aktivität. Dabei ist klar, welche Haltung wer bevorzugt. Vorsichtig wird eher jene Seite sein, die den status quo aufrechterhalten will und sich dabei mit seiner Wählerschaft einig weiß. Aktiv hingegen jene, die Opposition, Neues, Anderes, Kehrtwendungen verspricht. In Schwierigkeiten kommen immer jene, die, wie es so schön heißt, „unpopuläre Maßnahmen“ gegen ihr Klientel vertreten wollen oder müssen, ihnen droht Abwahl. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich alle diese Haltungen in Vorwahlzeiten gegenseitig blockieren. Daher werden bereits eine gewisse Zeit vor den Wahlen alle sinnvollen Maßnahmen hintangestellt. „Jetzt geht nichts, erst nach den Wahlen vielleicht“, hört man von vielen Seiten. Im Aufeinandertreffen von Politik, Mediation und der Tätigkeit des Dialogforums spielte dieses Geschehen immer wieder eine nicht unwesentliche Rolle. Es führte einerseits zu Verzögerungen, andererseits wiederum zu jenen Phantasien, die nicht ausbleiben, wenn man nicht weiß, was gleichzeitig im informellen Raum „gespielt“ wird.

Obwohl von allen einschlägigen Stellen dementiert wurde, hat sich z. B. das Gerücht hartnäckig gehalten, dass das geplante Fünfjahrsfest nur abgesagt wurde, weil man angesichts der Wiener Wahlen nicht unnötig Staub aufwirbeln wollte. Dass es auch so sinnvoll sein kann, mit einem öffentlichkeitswirksamen Fest vorsichtig zu sein, weil man damit rechnen kann, allen Gegnern eine ebenso öffentliche Angriffsseite zu bieten, wird dann gar nicht mehr diskutiert.

Im Aufeinandertreffen von politisch-demokratischen Usancen und mediativem Arbeiten zeigen sich auf der einen Seite brennglasartig Schwächen der Demokratie, veranlasst durch die ihr immanente „Wahllogik“; auf der anderen eine Problematik, die auch für Mediationen und Dialogforum relevant ist, sofern sie mit Politik in Berührung kommen oder noch stärker, wenn Politiker selbst im Verfahren drinnen sind. Wahlen sind zwar, wie zugegeben werden muss, unverzichtbare Bestandteile der Demokratie, in denen Kontrolle manifest wird, in der die Souveränität des Volkes „repräsentiert“ ist. Wahlen machen Politik aber auch in einer Weise abhängig, die sie hemmt, oder in Populismen verführt. In jedem Fall reproduzieren sie zumindest nach außen das alte Sieger-Verliererschema, das auch in jede Wahlberichterstattung Eingang gefunden hat.

Obwohl jeder bei näherer Prüfung einsehen muss, dass es nicht so eindeutig ist, welche politische Position nun Recht hat, welche nicht, wer richtig, wer falsch liegt, verlangt das Sieger-Verliererschema diese „logische Reduktion“. Wer die Wahl gewinnt, hat Recht bekommen, wer nicht, wandert in die Opposition. Die Wahlergebnisse der letzten Jahrzehnte beschreiben aber eine Entwicklung, die aus sich heraus bereits die Unhaltbarkeit dieses Schemas verdeutlichen. Dass es immer weniger deutliche Mehrheiten gibt, sollte eigentlich beweisen, dass es einmal keine „Eindeutigkeiten“ gibt, dass sich zum anderen Standpunkte einander angenähert haben, dass Unterscheidungen nur mehr mit einer gewissen Gewaltsamkeit vollzogen werden können. In der Realpolitik muss ohnehin nach vollzogener Wahl das Sieger-Verliererschema aufgegeben werden. Demokratie verlangt Zusammenarbeit in den vielfältigsten Facetten, schließlich geht es nicht bloß um die Interessendurchsetzung seiner Gruppe, sondern um den Staat insgesamt; ihm aber gehören alle Gruppierungen an; Letztere würden allerdings auch nach der Wahl ihre Vertreter gern als Sieger sehen. In Mediationsverfahren, auch im Dialogforum wiederholt sich im Kleinen, was in der Demokratie im Großen stattfindet, allerdings mit dem Unterschied, dass die Differenz zwischen dem Sieger-Verliererschema und einer konsensuell orientierten Verhandlungsabsicht ein zu bewältigendes Dauerthema ist. Insofern kann beides als Einübung in Demokratie verstanden werden und ein Bild dafür abgeben, wie trotz dieses immanenten Widerspruchs konkrete Demokratie funktionieren konnte. Gerade an den Schnittstellen zur Politik wird deutlich, wie

hinderlich demokratisches „Fehlverhalten“ sein kann. Es bleibt zu hoffen, dass dieses sich nicht auf die Entscheidung über die dritte Piste auswirkt.

- Ein letztes Identifikationsfeld soll noch angefügt werden. Es geht um eine Außenrepräsentanz, die rückwirkend ein positives Feedback nach innen bringt. Über Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation liegt ein eigenes Kapitel vor. Wir können uns hier daher kurz fassen. Immer wieder wird vom auswärtigen Interesse am Mediationsverfahren berichtet. Flughäfen, Bürgerinitiativen, Politiker kommen auf Besuch und wundern sich sehr oft darüber, was hier geglückt ist. Unseres Erachtens wird diese erfreuliche Tatsache zu wenig für die Selbstbestätigung ausgenützt. Offensichtlich ist man aus Gründen, die wir genannt haben, zu wenig von sich überzeugt. Damit eröffnet sich aber eine Spirale nach unten; sie verwehrt die positive Annahme dieses doch überzeugenden Feedbacks. Man kann sich darüber hinaus sogar die Frage stellen, ob man nicht von sich aus Angebote macht. Themen, die Mediationsverfahren verlangen würden, gibt es zu Dutzenden. (Hätte man z. B. den Bau des neuen Bahnhofs Stuttgarts einem solchen unterzogen, hätte man sich viel ersparen können; schließlich steht der neue „grüne“ Ministerpräsident vor einer kaum lösbaren Aufgabe). Sich hier im internationalen Feld bemerkbar zu machen, könnte Identitätsgewinn bedeuten. Nun kann sicher eingewendet werden, dass das Dialogforum zeitlich ohnehin schon überlastet ist, man sich nicht einmal zutraut, das Kapitel „Emissionen“ anzugehen. Es soll hier auch nicht einer weiteren Überforderung das Wort geredet werden; allerdings auch nicht alle Überlegungen von vornherein ausschalten, die in diese Richtung weisen könnten. Unserer Erinnerung nach war es ursprünglich sogar ein Thema des Flughafenvorstandes, eventuell eine Beratungsfirma für zukünftige, ähnlich gelagerte Unternehmungen einzurichten. Im Kapitel über offene Themen kommen noch weitere Möglichkeiten, sich offensiver nach außen zu richten, zur Sprache.

## Der Widerspruch: Experte - „Laie“

In einem derart komplexen „Dialog“ muss dieser Widerspruch in ständig wechselnder Weise permanent die Diskussionen begleiten. Dieser Widerspruch stellt natürlich ein gesamtgesellschaftliches Problem dar. Noch nie in unserer Geschichte gab es für alles Mögliche so viele „Experten“. Das hängt zusammen mit der Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft, mit kollektiv organisierter Arbeitsteilung und Spezialisierung, vor allem aber auch der wissenschaftlichen Entwicklung und der Vervielfältigung der Disziplinen. Bei genauer Betrachtung stellt sich heraus, dass es kaum Tätigkeiten gibt, wo nicht eine Expertise gefragt ist; auch der sogenannte „einfache Handwerker“ ist hoch spezialisiert; das kann man schon an

seinem „Werkzeugkasten“ erkennen. „Minderwertige“ Hilfsdienste, Hilfsarbeiten werden immer weniger, auch für Gebäudereinigung und Raumpflege gibt es bereits eine „Lehre“.

Dementsprechend ist, auch wenn meistens hintennachhinkend, unser Schul- und Ausbildungssystem organisiert. Der Trend in den Besuch mittlerer und höherer Berufsbildungslehranstalten nimmt stark zu, der in Gymnasien ab. „Experten“ für Allgemeinbildung sind nicht mehr gefragt, haben ihren gesellschaftlichen Ort anscheinend verloren, haben bestenfalls in Quizsendungen, im Millionenrad etc. die Chance, ihr angereichertes Wissen loszuwerden. Dieses nimmt sich dort aber eher als Sammelsurium unzusammenhängender Wissensbrocken aus.

Dieses Verschwinden eines Allgemeinen ist auch in der Politik bemerkbar; nicht bloß als die „sektorale“ Aufgliederung in „Fach“-Ministerien, sondern in ihrer Abhängigkeit und Bezugnahme auf „Experten“, Gutachter aller Art. Im ursprünglichen Sinn wäre Politik für das All-Gemeine (das in einem Staat Allen-Gemeinsame, die Allgemeingüter) zuständig: Dazu gehört auch die Vermittlung der unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse; in einem „Sozialstaat“ auch die Idee der Gerechtigkeit, eines Ausgleichs von meist nicht selbstverschuldeten Ungleichheiten. In diesem Sinn war und ist Politik ein besonderes und eigenständiges Entscheidungsfeld, das immer *über* den speziellen Einzelsystemen angesiedelt ist, die Aufgabe hat, zwischen ihnen zu vermitteln.

Die meisten, jedenfalls die wichtigen politisch relevanten gesellschaftlichen Themen und Probleme sind interdisziplinär, intersektorial und halten sich nicht an die Struktur von Fachministerien; dementsprechend bedürfte ihre Behandlung „intermediärer Organisationsformen“; parlamentarische Kommissionen sind damit weitgehend überfordert. Politiker wären in diesem Sinn „Experten“ des Ganzen, des Allgemeinen, ohne als Individuen darüber alles „wissen“ zu können. Auch sie brauchen Experten und sind von ihnen abhängig.

Es kann auf diese Abhängigkeit in *zwei* Formen reagiert werden. Man „versteckt“ sich hinter den Experten, delegiert de facto Verantwortung, beruft sich bei eigenen Entscheidungen auf ihre Autorität. Dabei sind zwei Facetten beobachtbar: In der ersten wird der Experte benutzt, um eigene „Willkür“ zu tarnen; in der zweiten wird das Eigene überhaupt vergessen, damit auch das Politische - man vollzieht Expertenmeinungen. (Wie problematisch Letzteres ist, hat sich die letzten Jahrzehnte gezeigt, da Politik eher zum „Vollzugsgehilfen“ einer bestimmten ökonomischen Schule wurde - der Chicago-school of economics - deren Einseitigkeit und spezialistische Abstraktheit, unter der wir noch heute leiden, in die wirtschaftspolitische Realität „übersetzt“ wurde). In Krisenzeiten wie der unseren, wird letztere besonders augenfällig. Man darf sich doch darüber wundern, dass in Politik und Medien vor allem jene als

Experten auftreten dürfen, die in Theorie und Praxis als mitverantwortlich für die Krise zu bezeichnen sind. Demokratisch im ursprünglichen Sinn sind beide nicht; sie schaffen und zementieren Autorität, eine „Expertokratie“, die die Politik der Willkür einer spezialistischen Abstraktion ausliefert. Denn, das ist nun einmal der Preis der modernen kollektiven Arbeitsteilung. Spezialistentum ist notwendig einseitig, weil es gezwungen ist, um sein Feld zu „beherrschen“, andere auszuschließen.

Die *zweite* Form des Umgangs mit notwendiger Abhängigkeit ist sie einerseits zu akzeptieren, andererseits ihre Grenzsetzungen und Einseitigkeiten zu „verflüssigen“. Dies kann nur geschehen, indem man um Themen und Probleme herum die verschiedensten Expertisen versammelt (Probleme in ihrem universelleren Ausgriff sind sozusagen die permanente Existenzbedrohung für das Spezialistentum; deshalb werden sie auf „beherrschbare“ Dimensionen zurechtgestutzt), aber auch Laien (Experten für die Wirklichkeit, in der wir leben) und sie miteinander ins Gespräch bringt.

Eine gute Voraussetzung für diese Umgangsform mit Abhängigkeit ist die Tatsache, dass sich Experten, Gutachter selbst widersprechen; dies nicht aus Dummheit, dem Mangel an fachlicher Ausbildung oder der Fähigkeit logischen Denkens, sondern aus der „Natur der Sache“ heraus. (Ein Techniker beurteilt das „Restrisiko“ eines Atommeilers anders als ein Politologe, der es als Ziel eines Terroranschlages phantasiert, ein Energiewirtschaftler anders als ein erdbebenbewandter Geologe; ein Bewohner der Umgebung ist zwar ihnen gegenüber „Laie“, aber jedenfalls Experte für Unsicherheit, Angst, Verdrängung, vielleicht auch einer Technikgläubigkeit zum Selbstschutz).

Eine weitere gute Voraussetzung ist die Einsicht in die Tatsache, dass wir wahrscheinlich mehr „können“ als „dürfen“ und „sollen“. Auch wenn sie noch nicht allgemein verbreitet ist, werden die Grenzen unseres Expertenwissens „in praktischer Absicht“ doch auch immer deutlicher. Die „Manipulation“ von Natur und Mensch ist ein Problem geworden; die Einrichtung von „Ethikkommissionen“, diesbezüglichen Gesetzesvorhaben, internationale politische Debatten, Aktivitäten von NGO's arbeiten zwar auch mit Experten, aber solchen, die andere in Grenzen verweisen. Damit entsteht verbreiteter Diskussionsbedarf. Und um noch eine letzte Voraussetzung zu erwähnen, viele Menschen scheinen ihre Selbständigkeit (Freiheit) wieder zu entdecken und diese ist mit Expertenskepsis verbunden. Waren wir früher noch gegenüber den Wissenschaften, die es mit uns zu tun hatten (Medizin, Humanbiologie, Psychologie etc.) recht expertengläubig, mehren sich kritische Stimmen gegen die spezialistische Medizin (Ganzheitsmedizin und „Paramedizin“ bekommen Aufwind), gegen eine Humangenetik und die Manipulation des Erbmaterials, gegen eine diagnostische Psychologie, die sagt, wer wir sind, ohne uns persönlich zu fragen. Auch im Wissenschaftssystem gewinnen Inter- und

Transdisziplinarität an Raum, medizinische, psychologische Therapien und Beratungen beginnen den Laien viel intensiver miteinzubeziehen. Letztlich, und hier sind wir endlich wieder beim Dialogforum angelangt, sind Bürgerinitiativen auch dadurch stark geworden, dass sie sich gegen die „Allmacht“ von Experten in Verbindung mit politischen Hintergrundinteressen solidarisiert haben.

Warum diese allgemeine Betrachtung? Es geht uns darum, die Expertenstruktur des Dialogforums zu begreifen. Zunächst sieht es nämlich so aus, als gäbe es nur ein Gegensatzpaar von Experten und Laien, zwischen den Technikern, Lärm- und Routenspezialisten und den Laien (Bürgerinitiativen, Bürgermeister, Politiker, etc.) Diese Sichtweise bietet sich auf Grund der Themen und Schwerpunkte des Dialogforums an. Wünsche an Flugroutenkorrekturen oder -umverteilungen treffen auf die Sicherheitstechniker der ACG, die Spezialisten für Flugverkehr (Piloten), auf Experten der Wirtschaftlichkeit bei geforderten Reduktionen (z. B. Nachtflugregelungen). Bereits im Mediationsverfahren wurden allerdings noch weitere Spezialisten als Gutachter angefordert (Umweltmedizin, Systemwissenschaft etc.), vor allem von den Bürgerinitiativen; Letzteres aus einer doppelten Motivation:

*Erstens* vermutet man bei den anwesenden Interessenvertretern parteiische Auslegung ihres Spezialwissens, eine gewisse Unbeweglichkeit, ihr Wissen zur Verteidigung des „status quo“ zu verwenden; d.h., man ist Experten gegenüber misstrauisch, wenn sie veranlasst sind, ihr eigenes System zu vertreten. Man sucht sich daher eine Expertise „außerhalb“, der man aus ihrer Distanz heraus „höhere“ Neutralität zumutet. (Hier wendet man sich übrigens gern an die Wissenschaft, die als eigenes System institutionalisiert, von allen anderen unterscheidbar sein soll, nicht unmittelbar eingemischt in Praxis und Politik. Diese Hoffnung auf Wissenschaft ist zweischneidig: Sie ist richtig, wenn in Anbetracht ihrer Autonomie und Unabhängigkeit „interessenlose Objektivität“ erwartet wird, man unterstellen darf, dass sie nicht „gekauft“ ist, sie ist problematisch, wenn sie als „angewandte“ Wissenschaft eine nähere Verbindung zur Praxis hat, mit Firmen kooperiert, womöglich selbst Unternehmen gründet. Das muss noch gar nicht heißen, dass nun außerwissenschaftliches Interesse dominant wird, angewandte Wissenschaft *muss* bestrebt sein, ihre Theorie in der Praxis zu bewähren, zeigen, dass sie „funktioniert“. Allein die berechnete „Freude“ an diesem Erfolg verführt in Distanzlosigkeit und in eine Haltung, „sein Werk“ eher zu verteidigen, als es in Frage stellen zu lassen. Kernphysiker haben in Mehrheit zunächst einmal die Nutzung der Atomkraft verteidigt und die Sicherheitsproblematik heruntergespielt. Genetiker können sich eine Mahlzeit mit geklontem Fleisch eher vorstellen, als die übrige Menschheit und verteidigen ihre Vorliebe mit einem Bevölkerungswachstum, dessen Ernährung gesichert werden soll).

Zweitens beschreibt aber das Bedürfnis nach zusätzlicher Expertise die komplexe Problemlage; die Eingeschränktheit von Einzelexpertise. Würde man die Gesamtmaterie des Dialogforums spezialistisch aufarbeiten wollen, würde sich wahrscheinlich die Reihe zusätzlicher Gutachter noch viel weiter verlängern; von „internationalem Recht“ über Umweltschutz bis hin zu Raumordnung und Emission. Hier wird der Charakter komplexer Problemlagen deutlich: Zwar scheint es Schwerpunktthemen zu geben, fasst man sie aber genauer ins Auge, „fransen“ sie in alle möglichen Richtungen aus, entfalten gleichsam einen „Bezugskosmos“. Juristen nützen diese Sachlage in Prozessen durch Anträge auf weitere Gutachten; woraus abgeleitet werden kann, dass in Streitfällen, bei Uneinigkeit, förmlich der Ausgriff nach weiterer Expertise „explodieren“ kann, Verfahren verkompliziert und insbesondere zeitlich verlängert werden.

Folgendes Paradoxon wird deutlich: Auf der einen Seite entspricht die Expertenerweiterung durchaus der Komplexität der vorliegenden Thematik, ist gleichsam ein Spiegel ihrer Realität, auf der anderen darf man sich nicht der Illusion hingeben, je das Ende zu erreichen. In einer Akkumulation von Spezialistentum, dem Hereinholen von möglichst zahlreicher Fachexpertise erreicht man niemals den Gesamtumfang, „das Ganze“ eines komplexen Problems. Dies nicht nur weil es viel zu viele Bezüge aufweist, sondern wegen der Rückkoppelung, die bereits in der Expertenlogik liegt. Es ist nämlich gut möglich, dass sie neue Sichtweisen zur Verfügung stellt, die das Ausgangsproblem verändern, was wiederum neue, zusätzliche Experten verlangt.

Wenn bei unserer Rückkoppelung, unserer Erinnerung nach, in einigen Stellungnahmen Themen wie Emission und Raumordnung zurückgewiesen wurden - sie aufzunehmen wäre eine „Überforderung“ und außerdem seien sie nicht unmittelbarer Gegenstand des Forums - zeigt diese Argumentation nicht nur Kapazitätsgrenzen auf. In viel grundlegenderer Weise wird das von uns vorhin Angesprochene sichtbar gemacht: Man muss Systemgrenzen ziehen, d. h. *entscheiden*, was an Problemkomplexität aufgenommen wird, was nicht. Zu dieser Entscheidung können Experten zwar „den Stoff“ liefern, es findet sich aber in ihrem Fachwissen nichts für sie „Zwingendes“. Zwar können sie Grenzen aufzeigen, innerhalb derer sich Entscheidungen zu bewegen haben - wirtschaftliche, technische, rechtliche, etc. - aber selbst sie können immer wieder überschritten, in Bewegung gebracht werden, was im Übrigen auch rückkoppelnd Expertisen auch verändern kann. Entscheidungen sind dazu da, dass sie Probleme, Themen bewerten, Komplexität reduzieren, dadurch, dass sie ein- und ausschließen. Dazu mögen Experten Anregungen geben, Vorschläge machen, Bewertungshierarchien anbieten, sie können aber nicht das jeweilige Problem für sich allein beanspruchen, sozusagen „Problemhoheit“ verlangen. Wie wichtig sie jeweils für sich genommen auch sein mögen, ein Alleinvertretungsanspruch würde das jeweils vorliegende Problem in seiner Komplexität auf eine spezialistische Sichtweise reduzieren, dadurch seine Realität nicht zur Kenntnis nehmen.

Wir sind es nun weder gewöhnt, mit Komplexität adäquat umzugehen, noch haben wir Übung in jenen oben erwähnten Entscheidungsprozessen. Wider bessere Einsicht verlassen wir uns immer noch auf Experten, die wir schon aus ihrem Beruf heraus für Komplexität zuständig halten. In gewisser Weise sind sie es auch, und werden es bleiben, nicht aber für problembezogene Entscheidungen. Wir sind hier nämlich mit zwei unterschiedlichen Entscheidungsformen konfrontiert: Experten entscheiden nach Vorgaben *ihrer* Gegenstände, Methoden, anerkannten Wissensbestände. All dem geht eine spezialistische Grundentscheidung voraus, die vor allem ihre Gegenstandseingrenzung betrifft. Was wird aufgenommen, beobachtet, erforscht, was nicht. Spezialisierung ist somit auch eine methodisch begründete Unzuständigkeitserklärung. Werden allerdings Experten zu Problemen befragt, die umfangreicher sich anbieten, ist psychologisch die Verlockung groß, seine strikte Zuständigkeit zu überschreiten. Diese Tatsache hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass wir als Personen nicht bloß Experten sind, gar nicht sein können. Im Alltag bewegen uns mancherlei Probleme, die uns subjektive Stellungnahmen abverlangen. So kann man einerseits „Lärmexperte“ sein, obere und untere zumutbare Grenzwerte wissen, womöglich physiologisch begründen, auf der anderen Seite subjektives Lärmempfinden durchaus auch verstehen und sich mit Reduktionsmöglichkeiten auseinandersetzen. Was unseren Alltag betrifft, sind wir also meist Experten und Laien zugleich und das wird wahrscheinlich überhaupt erst unsere Kommunikation miteinander ermöglichen. Es ist aber nicht zielführend, sein Lamentum, seinen Dilettantismus durch Expertentum zu kaschieren.

Geschieht dies nämlich, ist es schwierig, sich auf die zweite Ebene von Entscheidung einzulassen. In ihr geht es um ganz andere Parameter, in denen Expertentum nur *ein* Element ist; auch wenn es immer wieder herangezogen werden muss. Aushandlungsprozesse müssen organisiert werden, Experten müssen sich auf Vermittlungs- und Lernprozesse einstellen, Interessengruppen zur Kenntnis nehmen, dass jedes Interesse, wenn es nur will, *seine* Experten findet. Diese Prozesse sind lösungskonstitutiv und sollen weiter unten noch etwas genauer beschrieben werden. Bereits zu Beginn müssen Entscheidungen getroffen werden, welche Aufgabenfelder übernommen werden sollen, sie richten sich meist nach den Interessen der einbezogenen Mitglieder. Sie richten sich aber auch nach der vorhandenen Kapazität von Personen- und Zeitressourcen, sowie der Finanzierung von Steuerung und Begleitung. Um die Entscheidung überall treffen zu können, wird man vergeblich beim Experten Zuflucht suchen können.

Der Witz hier besteht nämlich darin, dass für diesen Prozess und die aus ihm folgenden Entscheidung *alle* Beteiligten in unterschiedlicher Form Experten sind. Steuerung heißt hier diese Tatsache bewusst zu machen, ihr Potential zu aktivieren. Dies nennt man dann Selbstorganisation. Der Mediationsprozess und das Dialogforum beruhen also keineswegs bloß im

Austausch von Expertenmeinungen, sondern in der Organisation, der Architektur von Prozessen, in denen wir alle Laien und zugleich Experten sind. Und um wiederum auf die Vertrauensproblematik zurückzukommen: Je weniger Vertrauen unter den Betroffenen besteht, umso eher wird man sich auf Expertentum zurückziehen und dieses zu erweitern versuchen; es als Partei für sich zu gewinnen anstreben.

Schließlich noch eine Anmerkung zu Mediationen komplexerer Art, zum Dialogforum als einer teilweisen institutionellen Fortsetzung des Verfahrens: Wenn der vorhergehende Befund stimmt, bedürfen derlei Einrichtungen einer Projekt- und Prozessorganisation als bindenden Rahmen für die Selbstorganisation. Letztere kann nicht darin bestehen, dass zu jeder Zeit an jedem Ort vom „Selbst“ extensiv gebraucht werden kann, man also ständig von vorne anfangen muss. Basisdemokratische Initiativen sind sehr oft daran gescheitert, dass sie organisatorische Verbindlichkeiten ad hoc außer Kraft gesetzt haben, und sich damit selbst jene Kontinuität genommen haben, die Erfolg und politische Durchsetzung brauchen. Bereits das Mediationsverfahren hat sich selbst *eine* solche Projektorganisation gegeben, und das Dialogforum hat diese gewissermaßen schon vom Vereinsstatut her verlangt. Wie man aber sieht, reicht diese nicht aus. Selbstorganisation heißt nämlich auch permanente Anpassung und Veränderung; allerdings muss auch für sie paradoxerweise organisatorisch vorgesorgt sein. Insofern ist es auch nur konsequent, dass man sich neben der Leitung kürzlich auch noch für eine Steuergruppe entschieden hat.

Zurück aber noch einmal zur Expertenlandschaft des Dialogforums. Im Vordergrund steht zweifellos das Verhältnis von „Flugfachleuten“ (Fluglinienvertreter, Piloten, Flughafen-Wirtschaftsvertreter, Techniker der Flugsicherung, Juristen) gegenüber „*allen*“ anderen. Schließlich war auch der Anlass für die Mediation der facettenreiche Konflikt zwischen diesen beiden Parteien. Vor der Mediation waren hier die Fronten verhärtet, der alte Vorstand wollte sich mit Informationsveranstaltungen vor Ort begnügen, musste aber erfahren, dass bloße Information kein geeignetes Mittel ist. Eine mit dem Thema Transparenz verbundene Illusion ist es zu meinen, mit „rationaler“ Information und Argumentation Menschen überzeugen zu wollen, die aus einer ganz anderen Ecke kommen (z. B. aus subjektiv-emotioneller Empörung gegenüber den Verursachern ihrer sinkenden Lebensqualität). Diese haben nämlich ohnehin den Verdacht, dass die Informationen geschönt interessenbezogen eingefärbt sind.

Umgekehrt verstehen die Experten auf der anderen Seite nicht, warum die „Gegner“ vernünftigen Argumenten nicht zugänglich sind und beginnen auch, „emotionell“ zu werden. Das schadet zwar der persönlichen Seelenhygiene nicht, wohl aber der Aussicht auf Lösungsmöglichkeiten. Wenn es nun zu keinem (Mediations-)Verfahren kommt, bei dem man erstens seine Emotionen „los“ werden kann, zweitens dennoch aber im Gespräch bleibt, ändert

sich an der Situation nichts. Entscheidungen über die „Patt-Situation“ müssen delegiert, den Betroffenen weggenommen werden. Dafür ist zunächst das Rechtssystem zuständig (z. B. eine UVP); wenn dieses aber nicht herangezogen wird, darf vermutet werden, zu wessen Gunsten der Konflikt ausgeht. Es entscheidet die Politik und auch wenn sie herumzulavieren versucht, ist doch auch ihre Abhängigkeit von der Wirtschaft evident (und hier kann keine „Partei“ ausgenommen werden). Es wird sich daher am Grundwiderspruch und seiner Machtasymmetrie nicht viel ändern; selbst wenn manche Parteien, um Wähler anzusprechen, sich auf die Seite der protestierenden „Schwächeren“ schlagen und sich hier ein populistisches Feld aufbaut.

Die Delegation an unser Rechtssystem ist schon deshalb vielversprechender, weil es politische Willkür ausschließt, zumindest abschwächt. Außerdem ist es letztlich jenes System, das für Entscheidungen dann zuständig ist, wenn sie nicht woanders getroffen werden können. Diese Delegation hat aber zwei Nachteile.

Der *erste* besteht im Zeitaufwand. Juristische Verfahren in komplexer Entscheidungsmaterie *müssen* lange dauern, weil sie viele Aspekte berücksichtigen müssen. Diese Tatsache resultiert nicht bloß aus dem schon an und für sich komplexen Gesetzeswerk, das herangezogen werden muss, es wurde vor allem das hier diskutierte Gebiet ständig erweitert - um die Rechtsstellung von Betroffenen. Wie bekannt, können Parteienstellungen Verfahren in die Länge ziehen, was u. U. Chancen einer Nicht-Verwirklichung bringt, vor allem dann, wenn sich wirtschaftliche und politische Umstände verändern. Der Gesetzgeber hat somit in letzter Zeit einer Gesamtlage Rechnung getragen, die man früher ausblenden konnte; in der Machtasymmetrie sozusagen den Schwächeren mehr Recht eingeräumt. Damit hat der Konflikt ins Rechtssystem Einzug gehalten, und wird dort in aller Ausführlichkeit agiert. Von seiner Systemlogik passt das Rechtssystem nicht zu jener der Wirtschaft. Wenn Verfahren zu lange dauern, kann es sein, dass das angestrebte Unternehmen obsolet geworden ist, etwa durch veränderte Konkurrenzbedingungen oder das „Abspringen“ von Investoren. So ist es auch nicht verwunderlich, dass von der Wirtschaftsseite her die bürokratische Mühseligkeit beklagt wird, die Auflagen, die erteilt werden, etc. Fast könnte man meinen, dass sich in all diesen Phänomenen die Schwächeren an der Dominanz der anderen Seite „rächen“.

Der zweite Nachteil besteht in der „Enteignung“ der Emotionalität. Delegation heißt Vertretung; in Emotionen kann man nicht vertreten werden, selbst wenn Anwälte ihre Rolle in schauspielerischer Perfektion wahrnehmen. Es bleibt immer ein „Rest“ zurück, der dafür sorgt, dass man Urteile und Bescheide, egal, auf welcher Seite, als „ungerecht“ empfindet. Emotionell sind die anfänglichen Positionen nicht aufgelöst. Ein gewisses Paradoxon lässt sich auch in der Tatsache feststellen, dass jeder zu wissen scheint, dass er persönlich eine bessere Entscheidung

getroffen hätte, ohne je in Erwägung gezogen zu haben, dass man nicht unbedingt ans Rechtssystem hätte delegieren müssen.

Dass - um zum „Flughafen“ zurückzukehren - hier ein anderer Weg eingeschlagen wurde, ist bekannt. Interessanterweise stellte sich dabei auch heraus, dass im Anlassgegensatz (Flughafen - Gemeinde, Bürgerinitiativen) beide Seiten mit ihrem Verdacht, bzw. ihrem Unverständnis füreinander „Recht“ hatten; allerdings ohne zu wissen, warum. Darüber „belehrte“ sie erst der gemeinsame Lernprozess. In ihm stellte sich nämlich heraus, dass auch ein Expertenwissen „beweglich“ sein, sogar „kreativ“ neue Lösungen entwickeln kann. Umgekehrt mussten die „Laien“ sich ein gewisses Expertenwissen aneignen, was wiederum zu eigener Emotionalität Distanz schaffte. Auf der anderen Seite wurde aber gerade neue Lösungskreativität dadurch angeregt, dass man die subjektiv-emotionelle Seite (die mit dem Lärmthema *immer* anklingt), zu verstehen begann. Dieser Vorgang erzeugt gewissermaßen eine „gegenläufige“ Bewegung. Die „Laien“ werden zu „Experten“ des Fluggeschehens, die Experten zu solchen von Didaktik und Sozialkompetenz. Diese Entwicklung und gegenseitige Annäherung bedeuten freilich nicht, dass die Differenz völlig aufgehoben werden kann. Ein Wissensvorsprung bleibt immer und nicht alle Experten können sich unbefangen auf Lernprozesse einstellen. Das Gelingen eines Mediationsverfahrens dieser Art und der Arbeit eines Dialogforums besteht aber darin, in der Annäherung das rechte *Maß* zu finden: Die „Laien“ müssen wenigstens so viel wissen, dass sie Expertenmeinungen, vor allem dann, wenn sie mit ihnen nicht einverstanden sind, befragen, fundierten Zweifel anmelden können. Umgekehrt müssen „Experten“ bereit sein, Zweifel entgegenzunehmen und immer wieder „geduldig“ Wissen erweitern. Das oben erwähnte „Maß“ steht nicht fest, es ist immer wieder herzustellen. Insbesondere dann, wenn „Neue“ ins Dialogforum eintreten. Wie gelingt es ihm, Wissen und Informationen weiterzugeben, aber auch eine Haltung zu vermitteln, die für das Erreichen des „Wissensstandes“ maßgebend war.

Wenn wir aber über diese Polarisierung hinaus die Expertenlandschaft noch weiter differenzieren, bekommen wir ein Bild, das den Variantenreichtum aller dieser Lernprozesse im Dialogforum unterstreicht und die Bipolarität des Anstoßgegensatzes auflösen muss. Ebenso bemerken wir das Ineinanderfließen der einzelnen Elemente. Der Flughafen ist ein Wirtschaftsunternehmen, ebenso sind es die Fluglinien (die sich aus für uns nicht durchschaubaren Gründen durch die AUA, also einen Konkurrenten vertreten lassen). Zwischen beiden besteht ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Der Flughafen muss eine Gebührenpolitik „fahren“, die das wirtschaftliche „Überleben“ der angeschlagenen „home-carrier“ sichert. Andererseits ist er seinen Aktionären verpflichtet. Dieser Widerspruch innerwirtschaftlicher Logik scheint zwar im Dialogforum eine untergeordnete Rolle zu spielen, kann aber, wenn es um Frequenzen und Nachtflugregelungen geht, durchaus relevant werden. Beide profitieren vom Wachstum, der Flughafen kann aber wahrscheinlich den Bürgerinitiativen

und Gemeinden entgegenkommender sein, als ein wirtschaftlich unter Druck geratenes Unternehmen, wohl auch ein Grund für die finanzielle Unterstützung des Forums. Jedenfalls können wir bereits hier, wo von außen Einigkeit vermutet werden kann, eine unterschiedliche Expertise entdecken. Ein Flughafen ist etwas anderes als Fluglinien. Die ACG, die ebenso dem Verband der „Aviation-group“ zugerechnet wird, ist „Behörde“, ein Unternehmen im „Staatseigentum“ und ein solches der Gewährleistung der Flugsicherung. Hier laufen einige sehr unterschiedliche Expertisen zusammen: Juristische, technische, wirtschaftliche. Auch diese „gehören“ eigenen Logiken und es darf vermutet werden, dass diese schon innerhalb des Unternehmens zu Systemwidersprüchen führen müssen. Auch nach „außen“ hin treten diese Expertisen wechselnd je nach Thema auf. Manchmal muss auf den Behördenstatus und die Gesetze rekurriert werden, manchmal auf die Sicherheitstechnik, die einer Flugsicherung bestimmte Rahmenbedingungen vorschreibt; schließlich sind Entscheidungen des Dialogforums, die Veränderungen betreffen, ein zusätzlicher Arbeitsaufwand, der sich ökonomisch niederschlägt.

Bürgermeister und Nachbarschaftsbeirat bringen kommunalpolitische Expertisen ein, sind also Experten für das „All-Gemeine“. Was ist politisch möglich, den Bürgern zumutbar, wo gibt es Grenzen der Durchsetzbarkeit, die Gefahr, bei den nächsten Wahlen nicht mehr gewählt zu werden? Die politische Expertise bringt zum Unterschied von den anderen einen wesentlichen Charakter mit sich: Sie vertritt keine „eindeutige“ Systemlogik, wie etwa die Technik. Sie ist ständig mit der Regelung von Widersprüchen befasst; dem Managen von Interessenwidersprüchen. Wie lässt sich z. B. in einer Gemeinde jene „Identität“ erreichen, in der eine halbwegs tragfähig Zufriedenheit ihrer Bürger besteht? Was können dazu die Entscheidungen des Dialogforums beitragen? Gerade weil diese Mitglieder des Dialogforums den Umgang mit Widersprüchen sozusagen „eingeübt“ haben, stellen sie damit eine wichtige Expertise zur Verfügung. Bürgermeister wissen auch, zum Unterschied von größeren politischen Einheiten recht gut, was es heißt, mit knappen Mehrheiten über die Minderheit „drüberzufahren“ und was dies für die Stimmung in einer Gemeinde bedeutet.

Die Bürgerinitiativen wurden in eine ARGE zusammengefasst. Über die „besondere“ Konstruktion haben wir bereits gesprochen. Neben dem Nachbarschaftsbeirat sind sie gezwungen, alle möglichen Widersprüche in sich zu „verwalten“. Ihre eigentliche Zuständigkeit wäre, sich für eine Lebensqualität, die Verminderung des Fluglärms einzusetzen. Klar geworden ist längst, dass sich diese Position nicht „rein“ (fundamentalistisch) beziehen lässt, ohne den Flughafen zuzusperren. Beobachtbar ist weiters, dass sich die Mitglieder der ARGE jedenfalls zum Teil viel an „Expertenwissen“ über all die mit dem Fliegen zusammenhängenden Angelegenheiten (technisch, juristisch, wirtschaftlich etc.) angeeignet haben. Genau dieses Expertenwissen lässt

fundamentalistische Positionen nicht mehr zu, lässt von Ursprungspositionen abrücken. Auf der anderen Seite werden sie damit aber zu akzeptierten Gesprächspartnern der „Aviation-group“.

Außerhalb wird dieser Vorgang natürlich mit Skepsis beobachtet. Man kommt immer in den Verdacht, „zu viel zu verstehen“ und daher zu viel nachzugeben; oder in blinder Anerkennung des Expertenwissens sich „über den Tisch ziehen zu lassen“. Der letztere Verdacht hat natürlich auch Projektionscharakter. Weil man selbst wenig von der Materie versteht, vermutet man Gleiches von seinen Vertretern. Rückbindungen an sein „Klientel“ sind daher immer eine schwierige Gratwanderung und unterliegen derselben Ausgangssituation, die wir vorhin bei der Delegation ans Rechtssystem beschrieben haben. Stellvertretung in Emotionen ist ganz schwierig und es nützt sehr wenig, wenn man nun mit dem neu erworbenen „Expertenwissen“ zu überzeugen versucht. Die in Gesprächen abgewickelten Lernprozesse können kaum nachgeholt werden. Letztlich bleibt auch hier das Vertrauen übrig, das Überzeugung nach außen ermöglicht.

Wir bemerken hier übrigens die Zweiseitigkeit von Expertenwissen. Von denjenigen, die es nicht „haben“, wird man schnell verdächtigt, und schnell jenen als zugehörig zugerechnet, von denen dieses Wissen stammt. Wissen ist eben in diesen Zusammenhängen nichts „Neutrales“, „Wissen ist Macht“ und wer Anteil daran hat, befindet sich bereits in ihrem „Dunstkreis“. Die Mitglieder der ARGE sind aber daher auch „Experten“ für Rückbindung, was die Gesamtorganisation betrifft, denn sie haben zweifellos den schwierigsten Part, insofern sie im besprochenen Machtgefälle des Grundwiderspruches keine Machtumkehr zustandebringen können. Sicherlich ging „die andere Seite“ in der Nachtflugregelung auch an ihre Grenzen. Sie hat aber immer den Vorteil für sich, dass sie eben auf Grenzen zurückgreifen kann (no go), die, ohne die Unternehmen zu gefährden, nicht überschritten werden dürfen. Diesen Vorteil haben die BI's nicht, es ist schwer berechenbar, ab welchem Lärmpegel gesundheitliche Schäden abzusehen sind, zumal Lärmempfinden etwas recht Subjektives ist. Es ist uns nicht bekannt, wie in der ARGE die Erfahrungen über Rückbindungen ausgetauscht werden. Vermutlich würde es sich lohnen, gemeinsam darüber zu sprechen.

In der ARGE selbst muss aber ein weiterer zentraler Widerspruch verwaltet werden, der mit den besprochenem „Floriani Prinzip“ zusammenhängt. Raum, Zeit und Qualität sind die hier zentralen Kategorien. Die räumliche Lage der Betroffenen spielt insofern eine wichtige Rolle, als sie eine „horizontale Berücksichtigung“ einfordert: Die durch die Nähe zum Flughafen Betroffenen können von sich aus eher „Umverteilungen“ bzw. Reduktionen verlangen, als die weiter entfernten. Sie haben sozusagen „die Moral“ auf ihrer Seite. Gemeinden, die auf Grund ihrer Lage überhaupt „chancenlos“ sind, haben dafür mehr Recht an Anspruch in Kompensationen (technischer Lärmschutz). Was weiters die zeitliche Komponente betrifft, hat bekanntlich eine Umverteilung im Mediationsvertrag beschlossen, „plötzlich“ neue Bezirke belastet, die bisher

vom Lärm verschont waren. Auch wenn die Belastung vergleichsweise gering gewesen ist, von Null auf sieben Prozent wird als weit gravierender wahrgenommen, als von 30 auf 40%.

Schließlich wird, „wie schon ausgeführt“, Quantität ins Treffen geführt. Um wieviele handelt es sich wo? Wenngleich letzteres Argument zunächst plausibel erscheint (vor allem im Zusammenhang mit Wählerstimmen), verletzt es die Qualitätsseite, demokratisch argumentiert den „Minderheitenschutz“. Natürlich wird hier auch gesellschaftliche Solidarität eingefordert: Die Mehrheit sollte ein Weniges dazu beitragen, die Minderheit zu entlasten. Wenn es aber um den Verlust von Lebensqualität, vielleicht auch um die Entwertung seiner Immobilien geht, scheint Solidarität an Grenzen zu kommen. Solidarisch kann man umso leichter sein, je weniger man dabei verliert. (Im übrigen tangieren wir hier ein zentrales Thema unserer westlichen Gesellschaft, die zwar weiß und es bereits erfahren muss, dass aus vielen Gründen - Umwelt, Ressourcen, Reichtumsgefälle, etc. - „Verzicht“ notwendig werden wird, so lange wie möglich aber am „status quo“ festhalten will, wenn man schon nicht weiter „wachsen“ kann. Daraus ist auch das an sich paradoxe Phänomen erklärbar, dass sich gerade jene Neu-Betroffenen am lautesten „beschweren“, die sicher mehr fliegen, als die Bauern in der Umgebung des Flughafens). Es kann nicht übertrieben sein, wenn man von der Außensicht her die ARGE als eine Einrichtung bezeichnet, die gleichsam ständig auf einem „Pulverfass von Konfliktpotentialen“ sitzt.

Es war u. E. daher eine „weise“ Maßnahme, der ARGE eine Mediatorin zu Seite zu stellen. Womit wir bei der letzten „Expertengruppe“ angekommen sind; jener, die für Konfliktregelung, Prozess, Organisation und die rechtliche Basis des Gesamtverfahrens verantwortlich ist, sowie für die Wahrnehmung des Vereinszweckes. Auch wenn derzeit auf Grund der ausstehenden Entscheidung über die dritte Piste die Gestaltungsspielräume des Dialogforums eingeschränkt sind, sind doch jedenfalls immer wieder Konflikte aufzugreifen und zu bewältigen; man muss sich auch für kommende Situationsveränderungen „in Schuss“ halten. Jede neue oder veränderte Situation hat zur Folge, dass man wiederum auf die ursprünglichen Ausgangspositionen „zurückfällt“. Das mag als bedauerlich angesehen werden, ist aber notwendig. Man kann Neues nicht einfach übernehmen, akzeptieren, man muss sich mit *seinem* Interesse erst dort zurechtfinden. Dieses Geschehen macht bereits überwunden geglaubte Positionen wieder aktuell, Gegenschaften deutlich. Es nützt hier wenig an bereits Erreichtes zu erinnern, es wird dieses relativiert. Es bringt auch wenig, zu früh zu harmonisieren, weil Positionen ihr Recht verlangen und nicht vorzeitig beschwichtigt werden wollen.

Allerdings handelt es sich bei diesen „Rückfällen“ um kritische Situationen, die den Keim von Trennung und Auseinanderfallen in sich tragen. Daher wird hier Steuerungs- und Konfliktkompetenz besonders wichtig. Das war schon im Mediationsverfahren klar, als alles, ohne

bereits Erreichtes gehörig zu würdigen, auf die Spitze zutrieb (Nachtflugregelung) und einige bereits vom Scheitern sprachen. Scheitern, im Sinne der Unvereinbarkeit von Positionen, ist immer möglich und das Risiko aller dieser Verfahren. Damals, nach den Scheiternsmöglichkeiten befragt, erinnern wir uns, von der Begleitforschung, diese für unwahrscheinlich gehalten zu haben. Zwar wussten auch wir nicht, wie eine Lösung aussehen könnte, es war aber das Vertrauen in den von uns beobachteten Prozess groß genug, um optimistisch sein zu können. Nach den Berichten aus der Jännerklausur hat sich dieses „gute Gefühl“ wieder bestätigt und erneuert. Es macht also wenig, wenn Rückfälle stattfinden, wenn gleichzeitig das Vertrauen in den Prozess erhalten bleibt. Im Gegenteil, man darf es sich gegenseitig gestatten, wieder kontroverse Positionen zu beziehen, ohne dass man gleich „das Schlimmste“ fürchten muss.

Das eine sind also die Inhalte, die Positionen, die Interessen, das andere der Prozess. Auch wenn hauptsächlich in den Inhalten verhandelt wird, das Wie, die Form, die organisatorische Fassung laufen zwar oft nebenher, sind aber von nicht zu unterschätzender Bedeutung (und seien es auch nur die „gut gepflegten“ Pausen). Daher bedürfen sie einer gewissen Aufmerksamkeit, einer dafür nötigen Expertise, die nicht spezifisch interessengebunden sein darf. In der neu eingesetzten Steuergruppe sind vier Experten dafür eingesetzt, mit unterschiedlichen Schwerpunkten (wobei die Mediatorin der ARGE einen ständigen Rollenkonflikt wird zu bewältigen haben: Sie ist einerseits zuständig für Konsensbildung in der ARGE, wird sich daher mit ihren Beschlüssen identifizieren müssen, so gewissermaßen selbst zur Interessenvertreterin werden, andererseits in der Steuergruppe in der Gesamtverantwortung für das Dialogforum). Alle sind ausgebildete MediatorInnen und wissen um die Prozesse, die ein Verfahren am Leben erhalten und zu jenem Effekt führen, den wir vorhin erwähnt haben. Sie können unter sich auch eine sinnvolle Arbeitsteilung vereinbaren, in der die einen mehr auf die Inhalte, die anderen auf den Prozess und seine Organisation schauen. Aufgefallen ist uns in diesen Zusammenhängen aber jedenfalls, dass Mediation auf Grund der erfahrenen Prozesse für alle eine positive Lernerfahrung war, eine, die sich auch wesentlich auf den Prozess bezog, sogar eine Ausbildung zum Mediator schien erstrebenswert. In gewisser Weise hat der Prozess aber viele „angesteckt“; auch die Nichtmediatoren haben ihren Status als Laien längst verlassen. Selbst neu Hinzugekommene berichten von Erfahrungen, die bereits auf eine „Infektion“ schließen lassen. Für die beruflich eingesetzten Mediatoren existiert also ein bereitwilliges Fundament für ihre Arbeit. Dennoch ist es für das Dialogforum und vor allem auch für seine Zukunft wichtig, Mitglieder zu haben, die „ausschließlich“ als Experten für Konfliktregelung und Prozess vorhanden sind.

Betrachtet man die in unserem Bericht beigefügte Komplexität der Systemlandschaft, ließen sich ihr gemäß die Expertenlandschaften noch weiter ausdifferenzieren. Vermutlich sind aber auch alle weiteren „Elemente“ in den Widerspruchsnetzen verstrickt (interessant z. B. die Rolle der

Umweltbeauftragten zwischen Politik, Amt und besonderer Aufgabe, die Stellung der „Stadtkonferenz Wien“ und ihre Stellung gegenüber dem Dialogforum zum Unterschied von den Bezirkskonferenzen, die wiederum „gegeneinander“ auch das Florianiphänomen zu bewältigen haben, die spezielle Stellung der AUA als Vertretung aller anderen Fluglinien - Thema Fly-Niki - die Ländervertreter als Beamte, als Politiker usw.). Eine interessante „Fleißaufgabe“ wäre es nun, für alle Gruppierungen und Personen die in ihnen vorhandenen Widersprüche zu orten und zu benennen. Unserer Ansicht nach sind alle mehr oder weniger von ihnen betroffen. Sich diese klar zu machen, kann weiterhelfen und stellt in Konfliktregelungen eine große Chance dar. Ohne dass man die Position des anderen als Widerspruch in sich hat, wird man für sie wenig Verständnis aufbringen und in den Verhandlungen nicht weiterkommen. Auch wenn man zunächst aus guten Gründen diese Seite in einem selbst abwehrt, nicht zur Geltung kommen lassen will - sie schwächt die Sicherheit der eigenen Position - sie muss sich in einem Prozess einfach schon deshalb „durchsetzen“, weil die Positionen voneinander abhängig sind, die eine ohne die andere nicht existieren kann, auch wenn Machtasymmetrien vorliegen.

## Kapitel 4: Kommunikation im Dialogforum

Der Text befasst sich mit der Frage, welche Kommunikationsstrukturen und -prozesse im „Verein Dialogforum Flughafen Wien“ eingerichtet wurden, welche kommunikativen Herausforderungen sich aus der Perspektive der Leitung sowie der Mitglieder ergeben und wie es um die Zufriedenheit mit den gebotenen Inhalten und der erlebten Kommunikationskultur bestellt ist. An manchen Stellen werden Redundanzen zu anderen Texten im Forschungsbericht sichtbar, diese wurden aber zugunsten einer besseren inneren Konsistenz der Einzeltexte in Kauf genommen.

### Das Dialogforum Flughafen Wien

Der Name des Dialogforums ist Programm, der Zweck des Vereins verweist bereits auf seine kommunikativen Aufgaben. Das Dialogforum, das gleichsam als permanentes Konfliktmanagement agieren sollte, kann zum einen als „Hüter der Mediationsvereinbarungen“ betrachtet werden, es evaluiert die Einhaltung der Beschlüsse und kümmert sich um das aktuelle Fluggeschehen, wie auch um die Ausbaupläne des Flughafens, zum anderen dient es einer partizipativen Dialogführung zwischen unterschiedlichen Stakeholdern des Flughafens Wien und begreift sich als „Kommunikationsplattform“<sup>5</sup>.

In seinen Statuten ist als „Zweck des Vereins“ festgehalten: „Die Behandlung und Diskussion von Themen und Konflikten, die im Zusammenhang mit dem Fluggeschehen auf [dem] und rund um den Flughafen Wien sowie der Umsetzung der in der Abschlussvereinbarung des Mediationsverfahrens [viemediation.at](http://www.viemediation.at) festgehaltenen Vereinbarungen entstehen.“ Und als Mittel zur Erreichung des Zwecks ist festgehalten: „Der Verein hat nach Abschluss des Mediationsverfahrens [viemediation.at](http://www.viemediation.at) die Aufgabe übernommen, bei Themen und Konflikten aufgrund der Abschlussvereinbarung dieses Mediationsverfahrens und/oder bei Themen und Konflikten, die mit dem Fluggeschehen auf und rund um den Flughafen Wien zu tun haben, für *geeignete Kommunikationsprozesse* zu sorgen, damit auf partizipative, transparente, kooperative und faire Weise unter Berücksichtigung aller Interessen auf freiwilliger Basis Lösungen gefunden werden. Auf der Website des Dialogforums heißt es noch weiter erläuternd: „Das Dialogforum ist *Diskussions- und Kommunikationsplattform* für rund 130 Gemeinden, die Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Ferner sind im Dialogforum derzeit 13

---

<sup>5</sup> Vgl. [http://www.Dialogforum.at/jart/prj3/dialog\\_forum/dialog\\_forum.jart?rel=de&content-id=1161950414279&-reserve-mode=active](http://www.Dialogforum.at/jart/prj3/dialog_forum/dialog_forum.jart?rel=de&content-id=1161950414279&-reserve-mode=active)

Bürgerinitiativen und Siedlervereine in einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) tätig, in der sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger engagieren. Schlussendlich arbeiten neben der Politik u.a. auch Umweltschutzvereine, Interessenvertretungen, Wirtschaftsunternehmen wie die Austro Control oder die AUA daran, die regionalen Belastungen, die durch die Flugverkehrsentwicklung entstehen, so gering wie möglich zu halten.“<sup>6</sup>

## In den Fußstapfen des Mediationsverfahrens zu historischen Ungleichzeitigkeiten

Als das Mediationsverfahren am Flughafen Wien Schwechat mit der Unterzeichnung der Verträge durch die meisten seiner Mitwirkenden am 22. Juni 2005 ein Ende nahm, wurde damit eine gewachsene und teilweise auch „eingeschworene“ Kommunikationsgemeinschaft verabschiedet. Man hatte gelernt, miteinander so zu kommunizieren, dass die divergenten Positionen sichtbar und auch durchaus kontrovers bis unvereinbar blieben, der Kommunikationsstil hingegen von Respekt und vielfach, auch über die unterschiedlichen Positionen hinweg, von Wohlwollen getragen war. Man hatte einander kennen und zum Teil auch schätzen gelernt. Man hatte zu einer gemeinsamen Sprache gefunden, vielfach geprägt von erworbener Expertise in der Entscheidungsmaterie, zugleich durchzogen von Fremdworten und Fachtermini aller Art. Diesen Kommunikationsstil wollte man in das Dialogforum mitnehmen, es ihm gleichsam von Beginn an mit auf den Weg geben, und ihm die mühsamen Prozesse und verbalen Konflikte, die dieser Sprachbildung vorangegangen waren, möglichst ersparen. Das ist in weiten Teilen auch gelungen. Weniger bedacht wurde dabei zunächst aber die Frage, wie sich neu Hinzukommende in dieses Kommunikationsgefüge einfinden können und welcher Begleitmaßnahmen es dafür bedarf.

Das Dialogforum hat historische Ungleichzeitigkeiten vielfacher Art zu bewältigen. Seit Beginn des Dialogforums bestand eine Aufgabe darin, neue Mitglieder willkommen zu heißen - sei es, weil diese VorgängerInnen nachgefolgt sind, die Ihre Funktionen niedergelegt haben oder aus Ämtern ausgeschieden sind, sei es, weil sie Gremien vertreten, die überhaupt neu aufgenommen wurden. Solche historische Ungleichzeitigkeiten führen zu Synchronisierungsbedarf auf mehreren Ebenen:

- auf der Ebene der Inhalte (bestehendes Fachwissen muss geteilt, weitergegeben und aufgeholt werden): „Und das ist an und für sich einer der mühsamsten Prozesse gerade beim Dialogforum, dass es eben so unterschiedliche Informationsstände gibt“<sup>7</sup>.

---

<sup>6</sup> [http://www.Dialogforum.at/jart/prj3/dialog\\_forum/dialog\\_forum.jart?rel=de&content-id=1161950414279&reserve-mode=active](http://www.Dialogforum.at/jart/prj3/dialog_forum/dialog_forum.jart?rel=de&content-id=1161950414279&reserve-mode=active)

<sup>7</sup> IV 18, S. 3.

- in Bezug auf bereits diskutierte Materie (für „Neue“ kann Diskussionsbedarf in Fragen bestehen, die „Alte“ bereits für hinreichend diskutiert und längst abgeschlossen halten)
- in Hinblick auf die Kommunikationskultur und den Umgang miteinander.

Während die ersten beiden Ebenen sich in aller Regel über die Weitergabe von Wissen und Informationen in den Griff bekommen lassen, gilt das für die dritte Ebene nicht in gleicher Form. Kultur ist etwas, das sich im Zusammenleben von Menschen oder auch in Kooperationsprozessen entwickelt, was gelebt wird, was aber in aller Regel auf der Sachebene nicht hinreichend kommuniziert wird (oder auch werden kann), sondern nur durch Beobachtung und Aneignung erworben wird. Ein Teilnehmer erinnert sich noch an seinen eigenen (verspäteten) Einstieg in das Mediationsverfahren und an die beiden notwendigen Ebenen des Lernens: *„wobei das Einlesen nicht das eigentliche Thema ist - das erfasst man (...) irgendwann einmal intellektuell, um was es geht. Sondern: Wie läuft der Hase? Wer sind die Keyplayer? Was sagt man, was sagt man nicht? Es gibt da ein ‚Benimm-Ruleset‘. Was tut man, was tut man nicht?“*<sup>8</sup> Ähnlich sieht das ein anderer Gesprächspartner, der darauf verweist, dass auch die „Alten“ einmal „neu“ gewesen seien: *„Das war gar nicht so einfach am Anfang, dass man da dazu kommt (...) Die ersten paar Sitzungen waren ziemlich schwierig (...) das war für mich ein Sprung ins kalte Wasser. Ja, man hat viel dazugelernt mit der Zeit“*.<sup>9</sup> Ähnlich die Stimme eines anderen: *„Den neu Hinzugekommenen, denen fehlt natürlich sehr, sehr viel Erfahrung aus den Anfängen, wo halt wir alle Lernende waren und versuchen mussten, (...) einmal [ein] gleiches Verständnis zu erarbeiten darüber, was da abläuft und wie wir das gestalten können. Und die, die quer einsteigen, die tun sich schon sehr schwer, weil sie diese Vorgeschichte nicht haben und nicht kennen. Wenn das in nicht zu großer Zahl passiert, diese Neu-Hinzukömmlinge sozusagen noch aufgenommen werden können und sozialisiert werden können von den Altspatzen, dann ist das gut und richtig.“*<sup>10</sup> Fünf Jahre nach Beginn des Dialogforums scheint dieser Übergang weitgehend gelungen zu sein, eine Neueinsteigerin berichtet: *„Also man ist sofort eingebunden auch in der Diskussion“*.<sup>11</sup>

Teil der Sprachkultur ist auch ein umfassendes Bekenntnis zur Rede- und Meinungsfreiheit - ihre Kehrseite ist mitunter allerdings, dass Sitzungen sehr viel Zeit beanspruchen können.<sup>12</sup>

---

<sup>8</sup> IV 15, S. 2.

<sup>9</sup> IV 16, S. 2 f.

<sup>10</sup> IV 25, S. 14 f.

<sup>11</sup> IV 11, S. 3.

<sup>12</sup> Vgl. IV 22, S. 27.

## Sprachbildung als Gemeinschaftswerk

In partizipativen Konfliktregelungsverfahren treffen Expertinnen und Experten aus sehr verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufeinander, was in weiterer Folge dazu führt, dass auch sehr **verschiedene Sprachgruppen**<sup>13</sup> aufeinanderprallen: Wirtschaftsbosse sprechen anders als VertreterInnen von Bürgerinitiativen; TechnikerInnen anders Mediziner, GutachterInnen anders als von Lärm betroffenen Anrainer, etc. Die Fachsprachen der Beteiligten müssen erst gegenseitig verstanden werden, ehe sie sinnvoll aufeinander bezogen werden können. Ein Interviewpartner beschreibt die Herausforderungen dieser interprofessionellen Kommunikation folgendermaßen: *„Schwieriger geworden ist es insofern, als es für [uns] neu war, Dinge (...) plötzlich (...) erklären zu müssen und mit einem Partner, der die Materie nicht voll inhaltlich erfasst, trotzdem über diese Dinge (...) diskutieren [zu müssen] und sie so zu artikulieren, dass die das auch verstehen. Was nicht herablassend gemeint ist, aber wenn ich heute mit einem Chemiker rede, der kann mir erklären was er will, ich verstehe es nicht. Keine Frage - das ist einfach ein Spezialwissen. Das ist jetzt weder höherwertig noch wichtiger noch sonst irgendwas, [es] ist einfach Spezialwissen. Und das ist für uns sehr schwierig geworden: Dinge, die für uns selbstverständlich sind, jemandem nachvollziehbar näherzubringen (...). Insbesondere deswegen, weil das ja nicht Bestandteil unserer Ausbildung ist (...) Kommunikation zu Fluglärm, Betroffenen, Umgang mit Politikern, Umgang mit den Medien etc., etc. Das ist nicht Bestandteil der Ausbildung, also wir können das nicht. Und jetzt sitzt man da und hat 20, 30, 40 Leute, die aus unterschiedlichsten Motivationen (...) Fragen stellen und Dinge hinterfragen, und das ist einfach neu. Also das ist ein irrsinniger Lernprozess und die Lernkurve musste sehr schnell sein. (...) Was es schwierig macht ist, dass man Jahre braucht, um eine Tätigkeit, die man (...) mit gesetzlichem Auftrag durchführt, auf einmal erklären muss, (...) den Leuten erklären muss, dass man kein Lump ist, sondern dass man einfach die Aufgabe Flugsicherung durchzuführen hat und jetzt da nicht irgendjemand sitzt und sagt: ‚und [heute] geben wir es den Liesingern‘ oder ‚Morgen zeigen wir es den Groß Enzersdorfern‘, (...) jetzt lassen wir [die Flugzeuge] besonders dort fliegen“.*<sup>14</sup>

Neben einer gemeinsamen Sprachbildung auf inhaltlicher Ebene geht es um eine bereits angesprochene **Kommunikationskultur**, die in Konfliktregelungsverfahren angestrebt wird. Dabei gilt es etwa weg vom „Vorwurf-Verteidigungs-Schema“, hin zu einer Sprache der Neutralität zu gelangen.<sup>15</sup> Dies hat im Mediationsverfahren viel Zeit eingenommen, im Dialogforum war dafür

---

<sup>13</sup> Der Begriff der Sprachgruppen mag in diesem Kontext verwundern, ist er doch eher für Angehörige verschiedener Volksgruppen gebräuchlich. Nachdem eine Selbstbeschreibung der Mitglieder des Dialogforums aber gerade die Möglichkeit der gemeinsamen Sprachfähigkeit von „Mitgliedern unterschiedlichster Herkunft und Funktion“ gelobt und das Gesamtsystem mit dem Terminus „Multikulti-Verein“ umschrieben haben, erscheint er auch in diesem Kontext legitim.

<sup>14</sup> IV 21, S. 3.

<sup>15</sup> Vgl. Krainer, 2006b.

hingegen bereits eine gute Basis gelegt, wiewohl sich das für neu Hinzukommende erst mit der Zeit erschlossen habe.<sup>16</sup> Zwischen den beiden Ebenen bestehen allerdings enge Zusammenhänge. So habe das „gemeinsame Erarbeiten von Wissen und von Entscheidungsgrundlagen (...) das Zusammenwachsen sehr (...) gefördert“, wie auch „das gegenseitige Verständnis“<sup>17</sup>.

Die Gesprächsbasis unter den Mitgliedern im Dialogforum wird mehrheitlich gelobt, die interne Kommunikation „vom Klimatischen her“<sup>18</sup> für gut befunden. Viele GesprächspartnerInnen betonen den guten Umgangston und die gelungene Differenzierung zwischen Aufgaben, Funktionen, Rollen und Personen. So sei es durchaus möglich, in der Sache hart zu argumentieren, sich zugleich aber zu mögen oder zumindest zu achten (ein Bier nach der Sitzung miteinander zu heben und dabei zu scherzen). Vor allem aber verstehe man einander inzwischen, versinnbildlicht etwa darin, dass ein Kontrahent einem Flughafenvertreter zuruft: „ich verstehe dich eh. An deiner Stelle würde ich genauso argumentieren, ich würde auch genauso handeln. Aber du musst mich auch verstehen“ (was dieser in der Regel auch tue)<sup>19</sup>. Ein Interviewpartner spricht von einer freundschaftlichen Atmosphäre<sup>20</sup>, ein anderer erzählt von „Bekanntschaften, Freundschaften und Seilschaften“<sup>21</sup>, die sich über die Zeit entwickelt hätten.

Neben der guten Gesprächsbasis werden auch die vielen Informationen sowie das „persönliche Zusammentreffen und Zusammenkommen“<sup>22</sup> geschätzt. Miteinander zu reden sei immer gut<sup>23</sup>, schon dass überhaupt miteinander gesprochen wird, finden einige erfreulich<sup>24</sup>, denn: „das war früher nicht so“, wie sich ein Interviewpartner erinnert<sup>25</sup> und ein anderer sagt, es sei jetzt ein „komplett anderes Reden mit den Leuten“<sup>26</sup>, ein weiterer formuliert: „für mich gibt es keine Alternative zum Gespräch“<sup>27</sup>. Ein Grund dafür wird in der erworbenen Expertise der TeilnehmerInnen gesehen - hinter die man ab einem gewissen Moment nicht mehr zurück könne. Dann könne man auch nicht mehr Dinge behaupten, von denen man weiß, dass sie nicht stimmen.<sup>28</sup>

**Gegenseitiges Vertrauen** gilt in partizipativen Entscheidungsprozessen als wichtige Prämisse. Dieses stellt sich aber nicht von selbst oder gar von vornherein ein, sondern muss im Zuge der Verfahren erst entstehen bzw. wachsen und ist permanenten Rückschlägen ausgesetzt. Anhand

---

<sup>16</sup> Vgl. IV 30, S. 16.

<sup>17</sup> IV 22, S. 3.

<sup>18</sup> IV 18, S. 4.

<sup>19</sup> IV 30, S. 11.

<sup>20</sup> Vgl. IV 6, S. 19.

<sup>21</sup> Vgl. IV 22, S. 4.

<sup>22</sup> IV 2, S. 15.

<sup>23</sup> IV 2, S. 24.

<sup>24</sup> Vgl. IV 4, S. 11; IV 5, S. 3.

<sup>25</sup> IV 23, S. 12.

<sup>26</sup> IV 12, S. 7.

<sup>27</sup> IV 10, S. 2.

<sup>28</sup> Vgl. IV 30, S. 11.

der bestehenden Kommunikationsmuster lässt sich allerdings das vorhandene Vertrauen ein Stück weit ablesen. Erst wenn man sich einigermaßen vertraut, beginnt man sachlich miteinander zu kommunizieren - bis dahin versuchen alle Parteien auch verbal ihre Stärke zu zeigen. Ein anderer Indikator sind z. B. Debatten rund um Protokolle. Im Mediationsverfahren hat es mitunter Wochen gedauert und vieler Korrekturschleifen bedurft, bis sich alle mit wichtigen Protokollen einverstanden erklärt haben. Im Dialogforum besteht offenkundig bereits ein großes Vertrauen, dass Protokolle nicht benutzt werden, um nachträglich Themen auf die Agenda zu setzen, die so nicht besprochen oder vereinbart wurden, das Protokollwesen wird weitgehend geschätzt. Dennoch bestehe nach wie vor ein gewisses Misstrauen, wenn es sich auch deutlich verbessert habe: *„Es war am Anfang sehr schwer, es war ziemlich viel Misstrauen untereinander, zwischen den Bürgerinitiativen, was heute auch noch zeitweise vorkommt. Aber es ist besser geworden“*<sup>29</sup>. Insgesamt gelangen die Mitglieder des Forums aber zu einer positiven Gesamteinschätzung, die dem Bericht zur gemeinsamen Klausur zu entnehmen ist: *„Herausgestrichen wurde auch die hohe Vertrauensbasis, der respektvolle Umgang der Mitglieder miteinander und die Möglichkeit, im Dialogforum ‚auf Augenhöhe‘ mit vielen Mitgliedern unterschiedlichster Herkunft und Funktion zu arbeiten.“*<sup>30</sup>

## Kommunikationsstrukturen und -instrumente

In Verfahren, in denen die Beteiligten selbst über die Einrichtung der inneren Verfahrensstruktur entscheiden (partielle Selbstorganisation), werden auch alle Entscheidungen über die Organisation von Kommunikation innerhalb und über das Verfahren hinaus, der Entscheidungsfreiheit ihrer Mitglieder anheimgestellt, was durchaus wiederum zu Konflikten im Verfahren führen kann, wie wir im Mediationsverfahren beobachten konnten.<sup>31</sup> Im Dialogforum ist zum einen der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit für alle PR-Agenden verantwortlich, zum anderen besteht aber auch eine weitgehende Handlungsfreiheit des Geschäftsführers (z. B. in dringenden Presseangelegenheiten selbständig zu agieren), was auf ein großes Vertrauen ihm gegenüber hinweist und auch mit einer diesem entsprechenden Sorgfalt wahrgenommen zu werden scheint.

Um die Fülle an Informationen zu bewältigen und zugleich den Kommunikationsfluss aufrechtzuerhalten, werden im Dialogforum sehr verschiedene Kommunikationsmaßnahmen und -instrumente ergriffen bzw. eingesetzt.

---

<sup>29</sup> IV 16, S. 8.

<sup>30</sup> Dialog aktuell 01/2011, S. 4.

<sup>31</sup> Vgl. Falk/Krainer 2006, S. 278.

Die Internetseite des Dialogforums dient als interne wie externe Wissensplattform. Sie bietet die folgenden Inhalte, die regelmäßig gewartet werden, an<sup>32</sup>:

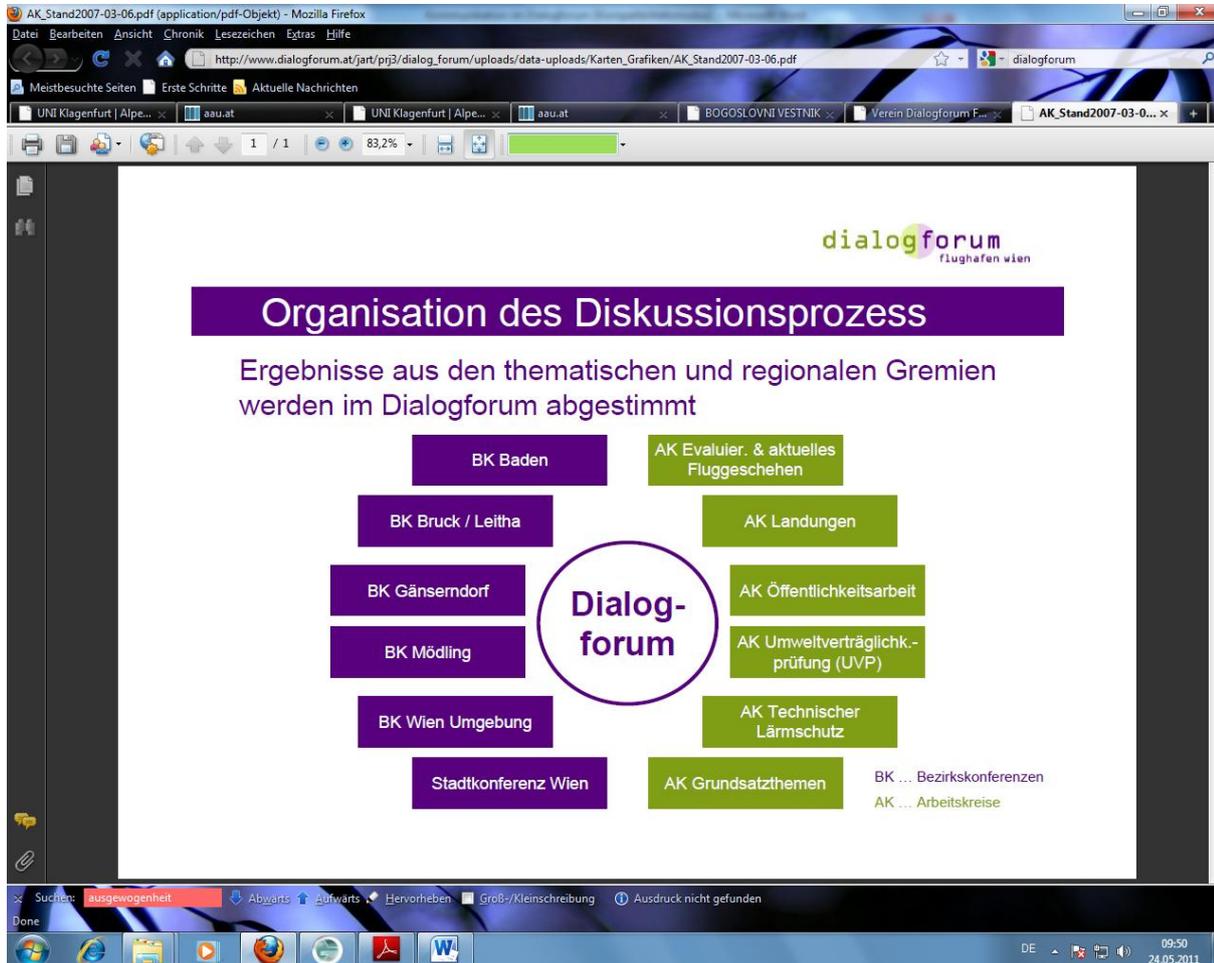
- Informationen „**Über das Dialogforum**“ („Struktur, Ziele und Aufgaben“, „Der Verein“, „Gründungsmitglieder“, „Organe“, „Vorstand“, „Erweiterter Vorstand“, „Sitz des Dialogforums“, „Statuten und Kooperationsvertrag“, „Bezirkskonferenzen und Arbeitskreise“)
- Unter der Rubrik „**Aktuelles**“ finden sich „Termine“, ein „Rückblick“ über abgehaltene Sitzungen sowie die Ausgaben von „Dialog aktuell“, dem „Informationsbrief der Geschäftsführung des Dialogforums, der seit Oktober 2006 zehn Mal im Jahr erscheint und sich (...) an alle Parteien des Vereins sowie die Gemeinden, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen, die an den Bezirkskonferenzen teilnehmen“, richtet.
- Die Sparte „**Themen**“ umfasst Informationen über den „Teilvertrag & Änderungen“, „Aktuelles Fluggeschehen“, „Aktuelle Diskussionspunkte“, den „Umweltfonds“, das „Lärmschutzprogramm“, die „Umweltverträglichkeitserklärung“ sowie das „Besucherzentrum Office-Park“ (ein Informationszentrum, das 2007 am Flughafen Wien-Schwechat im Office Park, Bauteil 2 eingerichtet wurde und in dem „auf einer Fläche von 240 m<sup>2</sup> Hintergrundinformationen zum Thema ‚Flugverkehr‘ geboten werden“. Ein Link führt zu einem Glossar, das relevante Fachtermini umfasst. Von „Arrival Transition“ über „FANOMOS“ bis hin zum „Waypoint“ eröffnen sich Interessierten hier Fachwelten des Flugverkehrs.
- Für die „**Presse**“ wurde ein eigener Bereich eingerichtet, in dem sämtliche „Presseaussendungen“, ein „Pressespiegel“, ein zugehöriges „Pressespiegel Archiv“ zu finden sind sowie ein Bereich „Service“, der derzeit allerdings keine weiterführenden Angebote beinhaltet.
- Ferner werden verschiedene „**Publikationen**“ angeboten und zum Herunterladen bereitgestellt wie etwa der „Newsletter“, „Evaluierungsberichte“, „Dialog konkret“ (ein Informationsinstrument, das ad hoc Information der Geschäftsführung des Vereins Dialogforum Flughafen Wien beinhaltet), die abgeschlossenen „Mediationsverträge“ sowie die Ergebnisse des Mediationsverfahrens am Flughafen Wien-Schwechat („sonstige Publikationen“).
- Der Bereich „**Mediation 2001-2005**“ informiert über das Mediationsverfahren am Flughafen Wien-Schwechat und bietet die Möglichkeit, die Website des Verfahrens aufzurufen ([www.viemediation.at](http://www.viemediation.at)), auf der alle relevanten Informationen des Verfahrens (inkl. aller Sitzungsprotokolle) bis heute abrufbar sind.
- Schließlich werden noch „**100 Fragen und Antworten**“ gestellt bzw. gegeben - offenkundig ein Versuch, gerade jene Fragen, die immer wieder gestellt werden und bereits umfassend diskutiert wurden, abzudecken.

---

<sup>32</sup> Die folgenden Informationen sind alle der Website des Dialogforums entnommen, auf eine Zitation der Unterseiten wurde dabei verzichtet. Vgl. [www.dialogforum.at](http://www.dialogforum.at), 5. Mai 2011.

- Im Übrigen bietet die Website die üblichen Standardinhalte wie Kontakt, Impressum etc. und einige Links mit weiterführenden Informationen.

Zusätzlich wird der Kommunikationsprozess selbst beschrieben und auch visualisiert<sup>33</sup>:



Die Website des Dialogforums bietet eine enorme Informationsvielfalt und wie so viele Fachseiten, auch eine enorme Informationstiefe, die es gelegentlich schwierig macht, sich nicht in Details zu verlieren. Ihr Aufbau folgt dennoch einer klaren Logik, prägnante und knappe Informationen bieten einen raschen Überblick und das Navigationssystem eine gute Orientierung, die jederzeit wieder auf die Hauptseiten zurückfinden lässt. Weniger leicht erschließt sich einem externen Publikum der Stellenwert der verschiedenen Publikationsorgane (Newsletter, Dialog aktuell und Dialog konkret), als bedauerlich kann empfunden werden, dass nur wenig Hinweise auf Fachliteratur angeboten werden. Eine kleine Verwirrung entsteht durch die doppelte Verwendung des Begriffs „Themen“, der einmal eine Hauptkategorie bezeichnet, dann wieder als Link zum Glossar führt.

<sup>33</sup> Vgl. [http://www.dialogforum.at/jart/prj3/dialog\\_forum/uploads/data-uploads/Karten\\_Grafiken/AK\\_Stand2007-03-06.pdf](http://www.dialogforum.at/jart/prj3/dialog_forum/uploads/data-uploads/Karten_Grafiken/AK_Stand2007-03-06.pdf)

Innerhalb des Dialogforums werden einige offene Themen in Hinblick auf die Website benannt:

- Eine gewisse Unzufriedenheit betrifft ihre Textlastigkeit begleitet von dem Wunsch, mehr Bilder, Grafiken oder auch Tabellen vorzufinden.
- Noch ist unklar, ob eine eigene Member-Area eingerichtet werden soll (mit Zugangscode ausschließlich für Mitglieder), in der alle derzeit internen Dokumente abgerufen werden können (das betrifft in erster Linie Protokolle). Dem stehen Bedenken in Bezug auf Datenschutz und -sicherheit entgegen. Das Potential, das in einem solchen Bereich gesehen wird, liegt neben der Zugriffsmöglichkeit auf ein gemeinsames Datenarchiv aber auch in dem Gedanken, Mitgliedern Vorteile zu bieten, nach dem Motto: „*Wir sind im Dialogforum und haben Informationsvorsprung*“.<sup>34</sup>

Für die *interne Kommunikation* verfasst der Geschäftsführer persönlich zehn Mal jährlich den „**Dialog aktuell**“, einen „monatlichen Rundbrief des Vereins Dialogforum Flughafen Wien“, der zumeist in den ersten beiden Wochen des Monats als Rückblick erscheint und zugleich als Terminavisos dient. Das Schreiben bietet einen äußerst prägnanten und klaren Überblick über zentrale Sitzungsinhalte und aktuelle Vorhaben. Demgegenüber ist „Dialog konkret“ bislang nur zwei Mal zu spezifischen Rechtsfragen erschienen.

Als besonders wichtiges Kommunikationsmittel gilt ferner die **direkte Kommunikation**, ob per Telefon oder auch in persönlichen Gesprächen mit Mitgliedern, zum Beispiel bei gemeinsamen Mittagessen. Der Geschäftsführer trifft sich regelmäßig mit einzelnen Mitgliedern des Dialogforums (insbesondere aber mit Key-Playern) zum informellen Austausch und versucht dabei die jeweilige Stimmung der Betroffenen und in ihrem Umfeld zu erheben. Zugleich dienen die Gespräche natürlich dem Interesse, selbst am Laufenden zu bleiben und andere zur weiteren und regelmäßigen Teilnahme an relevanten Sitzungen zu motivieren (insbesondere aber die höchsten Repräsentanten der Flughafen Wien Aktien Gesellschaft [FWAG]<sup>35</sup>, die ihre mangelnde Präsenz im Dialogforum selbst problematisieren, zugleich aber auf das Verständnis der Mitglieder vertrauen, die wüssten, in welcher Situation sie während der Skylink-Debatten gewesen seien<sup>36</sup>).

Von manchen Mitgliedern des Dialogforums wird die informelle Kommunikation allerdings auch kritisch gesehen und weniger informelle Kommunikation gewünscht<sup>37</sup>, weil darin Außenabsprachen vermutet werden<sup>38</sup>. Insgesamt ist beim Forschungsteam jedenfalls der Eindruck entstanden, dass der Einfluss des Informellen bei Weitem nicht mehr den Stellenwert

---

<sup>34</sup> IV 30, S. 21.

<sup>35</sup> IV 30, S. 29.

<sup>36</sup> Vgl. IV 25, S. 5.

<sup>37</sup> IV 23, S. 21.

<sup>38</sup> IV 23, S. 29.

besitzt, den er noch im Mediationsverfahren besessen hat, wie ein Interviewpartner findet.<sup>39</sup> Dort war noch ein „Methodenstreit“ zu beobachten, der sich um die Frage rankte, ob die Verantwortlichen in der Steuerung von Mediationsverfahren eher einen formellen bzw. offiziellen Weg der Kommunikation wählen sollten oder ob sie sich auch informeller Kanäle bedienen sollten. Deutlich wurde dabei, dass das, was aus der Perspektive der Öffentlichkeitsarbeit als strategisch äußerst sinnvolle Maßnahme betrachtet werden kann, zugleich aus Sicht der Mediation eine sehr problematische Seite haben kann (wenn es etwa gilt, zu allen TeilnehmerInnen eine Äquidistanz aufrechtzuerhalten und möglichst transparent allen gegenüber zu kommunizieren).<sup>40</sup>

Ein weiteres wichtiges internes Informationsinstrument sind die **Sitzungsprotokolle**, von denen es jeweils vorläufige und in weiterer Folge beschlossene Varianten gibt. In sie fließt ein vergleichsweise hoher personeller Einsatz: Neben dem Geschäftsführer wurde dafür eine ausgebildete Mediatorin engagiert.

In der *externen Kommunikation* spielen **Presseaussendungen** eine wichtige Rolle. Sie werden in der Regel vom Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit (AK ÖA) verfasst, der Geschäftsführer des Dialogforums verfügt aber wie bereits erwähnt über eine Vollmacht, bei eiligen Dingen selbstständig an die Presse zu gehen um rasch reagieren zu können. Regelmäßige Informationen über das Dialogforum werden darüber hinaus über die folgenden Medien des Flughafens Wien-Schwechat verbreitet: Blog-Zeit (MitarbeiterInnenzeitung des Flughafens) und Vis a Vis. Als besonders wichtige Medienpartner werden Lokal- und Regionalmedien gesehen, wie etwa die Niederösterreichischen Nachrichten (NÖN) oder Bezirkszeitungen. Zur Pressearbeit gehört natürlich auch die Pressebeobachtung. Über die Medienarbeit sowie die Berichterstattung über das Dialogforum wird intern regelmäßig diskutiert<sup>41</sup>, wobei insbesondere Falschmeldungen für regelmäßigen Ärger sorgen.<sup>42</sup>

Ein anderes typisches Instrument der externen Kommunikation ist hingegen inzwischen mehr oder minder eingeschlafen: Ein **Newsletter**, der über mehrere Jahre hinweg viermal jährlich erschienen ist und speziell an anrainende BürgerInnen adressiert war, wird inzwischen nur noch auf konkreten Wunsch der Mitglieder des Dialogforums und auf Basis deren Zuarbeit erstellt - und ist seitdem nicht mehr erschienen.

---

<sup>39</sup> Vgl. Auswertung IV 7, S. 1.

<sup>40</sup> Vgl. Krainer 2006, S. 185; Dialog aktuell 07-08-09/2010, S. 2.

<sup>41</sup> Vgl. Dialog aktuell 03/2010, S. 2.

<sup>42</sup> Vgl. Dialog aktuell 01/2010, S. 3.

Im „VISITAIR Center“ dem Besucherzentrum des Flughafens<sup>43</sup> erhalten Interessierte die Möglichkeit, etwas über die Geschichte des Flughafens und seine internen Abläufe zu erfahren, eine Rundfahrt am Terminal zu erleben und sich mit Souvenirs einzudecken. Dort werden sie auch über das Dialogforum informiert. Für die zukünftige Darstellung der Konfliktmaterie, die das Dialogforum behandelt, bestehen kreative Überlegungen, die sich allerdings noch nicht in der Umsetzung befinden. So fände es ein Gesprächspartner interessant, in einem „Sound Pavillon“ auf einem Touchscreen eine beliebige Ortschaft auswählen zu können und den Lärm, der dort herrscht, akustisch eingespielt zu bekommen, um Lärmbelastung unmittelbar erlebbar zu machen. Das könnte, so die damit verbundene Hoffnung, dazu führen, dass weniger vom Lärm Betroffene zufriedener wären, wenn sie hören können, wie laut es bei anderen ist.<sup>44</sup> Wie es jenen dabei ergeht, die hören, wie vergleichsweise ruhig es bei Ersteren ist, bleibt allerdings offen. Ein Bürgermeister wünscht sich, die Sichtbarkeit des Besuchszentrums insgesamt zu verbessern und zugleich die Verständlichkeit der gebotenen Inhalte zu heben.<sup>45</sup>

Mitunter werden für eine interessierte Öffentlichkeit auch themenspezifische Informationsabende (z. B. zu Fragen rund um das Lärmschutzprogramm) veranstaltet, zu denen breit eingeladen wird.<sup>46</sup> Ferner wird mit dem Flughafen Wien in der Bearbeitung von Anrufen beim Beschwerdetelefon kooperiert und so permanenter Kontakt zu einer kritischen Öffentlichkeit gehalten. Die Beschwerden betreffen in aller Regel Lärmbelästigungen, mitunter ergeben sich beim Abhören bzw. Protokollieren der Anrufe aber auch sehr erheiternde Sequenzen, wie einzelne der nachfolgenden Fallbeispiele aus den Aufzeichnungen vom 30. August 2010 zeigen, die uns als „Best of“ übermittelt wurden und jeweils nach Bezirken vermerkt sind:

- Anruf 1 aus 1230 Wien: *„Lärm wegen den Bauarbeiten in Liesing ist unerträglich! Man hört hier nie die Flugzeuge drüberfliegen, weil eh schon so großer Hintergrundlärm herrscht.“*
- Anruf 2 aus 1230 Wien: *„Die Anruferin beschwert sich über den Lärm, der durch vorbeifahrende Busse verursacht wird.“*
- Anruf 3 aus 1120 Wien: *„Heast sag amal gehts no, jetzt ist es Mitten in der Nacht, bitte, es wechts uns alle auf, sats es wahnsinnig heast, es kriegst ja net zahlt dafür daß die Menschen kaputt machts, mitten in der Nacht fliagts da drüber nur daß der Häupl sein Gin kriagt. Verschwind es Hund es dreckigen hearst, es Gfraster es, der ganze 11. und 12. Bezirk wird belästigt von euch, in der Nacht, da san a ganze Partie Leut wach hearst. Verschwind es dreckigen Hund heast!“*
- Anruf 4 aus 1230 Wien: *„Jeden Montag wird direkt vor unserem Fenster die Biotonne entleert.“*

---

<sup>43</sup> <http://www.viennaairport.com/jart/prj3/va/main.jart?rel=de&content-id=1260752527968&reserve-mode=active>.

<sup>44</sup> IV 30, S. 22.

<sup>45</sup> IV 14, S. 2.

<sup>46</sup> DF aktuell 07-08-09/2010, S. 2.

- Anruf 5 aus 1230 Wien: „*Ich beschwere mich über den unzumutbaren Fluglärm startender Flugzeuge im Minutentakt zwischen 6.50 und 8.00 Früh heute Montag 30.8.2010!*“
- Anruf 6, ohne Ortsangabe: „*Ich fordere die sofortige Rücknahme der Abflugstrecke, welche im Herbst 2009 über Wien Mauer eingesetzt wurde!*“
- Anruf 7 aus 1070 Wien: „*Es ist ohnehin sinnlos anzurufen, ich möchte mich über die Überflüge im 7. Bezirk beim Westbahnhof beschweren, immer bei Schönwetter über Wien West. Es ist schrecklich, wie kommen wir dazu?*“ Die dazu notierte Anmerkung seitens des Flughafens lautet: „*Zum Meldezeitpunkt war Westwindregelung und starker Landregen in Wien!*“
- Anruf 8 aus 1120 Wien: „*Es wird einen Marsch oder ähnliches geben, weil so geht es nicht mehr weiter.*“
- Anruf 9 aus Andlersdorf: „*Lärm! Lärm! Lärm! Und wer sind die Schuldigen? Der Flughafen Wien-Schwechat!*“
- Anruf 10 aus Gramatneusiedl: „*11:16 und zwar nicht unter Einhaltung des Sicherheitsabstandes! Sind die wieder besoffen? Denken sie sich nichts, wenn sie konstant Flieger über eine Ortschaft schicken!! Das ist immens heftig! Die Idioten im Tower!*“

Trotz gelegentlicher Verwunderung, die die Anrufe auslösen können, würden sie sorgfältig verfolgt und sei man bemüht, auch entsprechende Auskunft erteilen zu können. Gelegentlich erhält der Flughafen aber auch positive Rückmeldungen, wie etwa aus dem folgenden E-Mail vom 30. 8. 2010 protokolliert: „*Bl Liesing hat uns einen Folder in den Postkasten geworfen, dabei stört mich der Flughafen überhaupt nicht, da ist der Verkehrslärm viel schlimmer. Da gibt es eine Veranstaltung am 8. Sept um 19 Uhr, Volkshochschule Liesing. Mit Skizzen und Lärmpegel. Ich sehe oft tagelang kein Flugzeug. Dauerlärmbeschallung vom Straßenverkehr ist viel schlimmer. Ich finde es einen Wahnsinn, wie die Bl sich aufführen wegen dem Fluglärm. Ich bin froh, dass es diesen Flughafen gibt, und das wollte ich ihnen mitteilen! Sollte es von Ihrer Seite Rückfragen geben, dann können sie mich ab Mo, den 6.8. erreichen, und ich stehe gerne zur Verfügung. (Davor fliege(!) ich nach Hamburg, und bin froh, dass der Flughafen so nahe ist!)*“.

Ein Kernstück der Arbeit des Dialogforums bildet sich in einem **Evaluierungsbericht** ab, der einen umfassenden Überblick über die Einhaltung des Mediationsvertrages bzw. Abweichungen von demselben bietet. Dennoch besteht auch an diesem Werk interne Kritik - er werde relativ aufwendig erstellt, folge allerdings immer dem gleichen Muster und gebe keine Auskunft darüber, was mit den Ergebnissen eigentlich gemacht wird bzw. welche Konsequenzen daraus gezogen würden, z. B. wenn etwas kontinuierlich schief läuft. Hier wird Änderungsbedarf gesehen.<sup>47</sup>

---

<sup>47</sup> IV 30, S. 23.

Auch nach außen hin ist der Geschäftsführer bestrebt, **direkte Kommunikation** zu pflegen mit Gruppierungen, die derzeit (noch) nicht im Dialogforum mit Sitz und Stimme vertreten sind, ins Gespräch zu kommen und selbst mit jenen, die inzwischen den Klageweg beschritten haben, den sogenannten „Klagsparteien“ Kontakt zu halten.<sup>48</sup> Mit einer externen Bürgerinitiative besteht sogar ein informelles gegenseitiges Informationsabkommen, sodass er von geplanten Aktivitäten der Gruppierung (z. B. Presseaussendung) bereits vorab informiert wird und sich so besser darauf vorbereiten kann, was teilweise auch umgekehrt funktioniert.

Die **Teilnahme bei Fachtagungen und Kongressen** sowie das Interesse von VertreterInnen anderer Flughäfen mehr über die Konfliktregelungsprozesse rund um den Wiener Flughafen zu erfahren, deuten auf ein großes internationales Interesse an der Expertise, die im Mediationsverfahren und dem Dialogforum angesammelt wurde, hin. In verschiedenen Dokumenten sind etwa die folgenden Meilensteine festgehalten:

- „28. Feber 2009: VertreterInnen des Flughafens Berlin-Brandenburg besuchen Wien, um sich über das Dialogforum und das Mediationsverfahren zu informieren“;
- „16. Juni 2009: Dialogforum nimmt am Halbjahresmeeting der Airport Region Conference in Warschau teil“;
- „Präsentation des Dialogforums auf der Lärmkonferenz in Dresden und bei der Airport Region Conference in Brüssel“;
- „Teilnahme an der Airport Region Jahreskonferenz in Amsterdam“.<sup>49</sup>
- „Teilnahme an der internationalen Nachtflugtagung Berlin (2010)“.<sup>50</sup>

Der hohen internationalen Anerkennung steht eine weniger große Wahrnehmung auf nationaler Ebene gegenüber, so die Selbsteinschätzung der TeilnehmerInnen: *„Das Dialogforum wird regional und vor allem international gut wahrgenommen, auf der nationalen Ebene ist das Dialogforum aber kaum sichtbar“*, heißt es etwa im Protokoll zur gemeinsamen Jahresklausur 2011.<sup>51</sup>

Die Expertise einzelner Mitglieder findet inzwischen auch in wissenschaftlichen Publikationen ihren Niederschlag, wenngleich sich diesen sehr divergente Perspektiven entnehmen lassen, je nachdem, ob es sich um AutorInnen handelt, die heute noch im Dialogforum aktiv sind oder solchen, die im Konflikt ausgeschieden sind.<sup>52</sup>

---

<sup>48</sup> Vgl. IV 6, S. 8.

<sup>49</sup> Evaluierungsbericht 2009 (Kurzfassung), S. 6 f.; Die VertreterInnen des Flughafens Berlin-Brandenburg haben den Flughafen 2010 ein weiteres Mal besucht (vgl. Dialog aktuell 11/2010, S. 2).

<sup>50</sup> Dialog aktuell 05/2010, S. 4.

<sup>51</sup> Vgl. Dialog aktuell 01/2011, S. 4.

<sup>52</sup> Vgl. Jöchlinger, 2011; Waldert/Aschenbrenner-Faltl/Meyer/Witt-Döring 2011.

## Spezielle Kommunikationsinstrumente von BürgermeisterInnen

Aus Niederösterreich wird berichtet, dass die GemeindevertreterInnen sich über Parteigrenzen hinweg geeinigt hätten und daher auch gemeinsam nach außen kommunizieren würden<sup>53</sup>. Die BürgermeisterInnen, versammelt im Nachbarschaftsbeirat, würden sich jeweils vor den Sitzungen des Dialogforums treffen um danach ihre Anliegen mit „einer Stimme“ vertreten zu können.<sup>54</sup> Von der Gruppe selbst wurden keine weiteren speziellen Kommunikationsinstrumente oder -kanäle benannt, die einer Vernetzung dienen könnten, interessant ist aber immerhin, dass von ihnen vermutet wird, dass unter ihnen ständig Informationen laufen würden.<sup>55</sup>

Ansonsten pflegen BürgermeisterInnen individuell unterschiedliche Kommunikationsformen vor Ort. Der Bürgermeister einer kleinen Gemeinde hat zum Beispiel alle neu hinzugezogenen Personen persönlich empfangen und über die Lärmsituation informiert, auch mit den Alteingesessenen führt er regelmäßig sogenannte „Grätzelgespräche“ (Siedlungsgespräche). *„Da wird eben diskutiert über gewisse Sachen. Das machen wir auch teilweise jetzt noch, weil ich will ja immer wieder die Zufriedenheit hören, ob es sie gibt oder auch nicht gibt. (...) Na ja, da werden einem natürlich auch die Nachteile gesagt und die Vorteile gesagt, weil es ist ja nicht so, dass wir nur Nachteile haben, wir haben ja auch Vorteile. (...) Ich habe zum Beispiel da einen Zuzug gehabt (...) die halt massiv jetzt von dem Zweipistensystem betroffen ist (...) da habe ich mit dem gesprochen und ihm die Situation (...) erklärt, und er hat gesagt: ‚Herr Bürgermeister, ich bin zufrieden. Erzählen Sie mir nicht so viel, ich [habe] früher am Praterstern gewohnt. Das ist eh ein Paradies da‘“.*<sup>56</sup>

## Spezielle Kommunikationsinstrumente der Bürgerinitiativen

Davon, mit einer Stimme sprechen zu können, sei die ARGE, der Dachverband der Bürgerinitiativen, weit entfernt: *„Während es die Bürgermeister unabhängig der politischen Herkunft geschafft haben, aus einem Munde zu sprechen, ist das bei der ARGE - nach meinem Dafürhalten - nicht gelungen“*<sup>57</sup>, sagt ein Interviewpartner, der selbst in ihr vertreten ist und ferner findet: *„In der Zwischenzeit hat die ARGE kein gutes Image mehr da draußen“*.<sup>58</sup> Ein Gesprächspartner vermutet, dass das vor allem damit in Zusammenhang stehen könnte, dass die Bürgerinitiativen derzeit keine aktuellen Erfolge vorzuweisen hätten.<sup>59</sup> Innerhalb der ARGE trifft

---

<sup>53</sup> Vgl. IV 14, S. 5.

<sup>54</sup> Vgl. IV 14, S. 5.

<sup>55</sup> Vgl. IV 2, S. 22.

<sup>56</sup> Vgl. IV 5, S. 30 f.

<sup>57</sup> Vgl. IV 12, S. 2.

<sup>58</sup> IV 12, S. 19.

<sup>59</sup> Vgl. IV 13, S. 7.

man sich regelmäßig und ringt um gemeinsame Positionen über große Divergenzen hinweg. Um dies leichter zu bewerkstelligen, wird der Dachorganisation die Begleitung durch eine Mediatorin finanziert<sup>60</sup>.

Innerhalb der eigenen Reihen greifen Bürgerinitiativen traditionell zu kostengünstigen Kommunikationsinstrumenten, mit denen sie dennoch gewisse Wirksamkeit erzeugen können. Ein solches Instrument stellen **Unterschriftenlisten** dar, die ein wichtiges identitätsstiftendes Merkmal von Bürgerinitiativen zu sein scheinen<sup>61</sup>, verleiht es ihnen doch eine gewisse Macht. Wer viele Unterschriften von UnterstützerInnen der Initiative und ihrer Ideen vorzuweisen hat, kann besser mit der „Stimme des Volkes“ sprechen, so der Eindruck. Und letztlich würden Unterschriften auch darüber entscheiden, für wie relevant eine Bürgerinitiative gehalten wird, wie einer ihrer Vertreter ein Gespräch mit einem Mitglied der Steuergruppe schildert: *„Zu zweit sind wir hin und nach zirka drei Stunden haben wir ihn dann so weit weichgeklopft gehabt, dass er gesagt hat: OK, ihr seid eine größere Gruppe“*.<sup>62</sup>

Weniger häufig berichten VertreterInnen der Bürgerinitiativen von Informationen, die nur für einen internen Kreis bestimmt sind<sup>63</sup>, wohl aber vernetzen sich Bürgerinitiativen nicht nur innerhalb des gemeinsamen Dachgremiums sondern auch darüber hinaus und tauschen Informationen untereinander aus (z. B. über diverse Newsletter).<sup>64</sup> Dabei werden fallweise auch jene Bürgerinitiativen eingebunden, die derzeit nicht im Verfahren sind: *„das sind alles kommunizierende Gefäße“*.<sup>65</sup>

Ein offenes Thema im Bereich der Bürgerinitiativen scheint die Frage der Übergabe von Funktionen und insgesamt des Nachwuchses zu sein. Diese sei aber auch immer eine Frage der internen Weitergabe von Informationen, was nicht immer zufriedenstellend gelungen sei.<sup>66</sup>

In Hinblick auf **neue Kommunikationstechnologien** zeigt sich in den Reihen der Bürgerinitiativen eine grundlegende Ambivalenz. Zum einen erschiene es naheliegend, das Internet und elektronische Medien als (vergleichsweise) kostengünstige Kommunikationsinstrumente zu nutzen, zugleich ist das aber nicht immer möglich, weil bei Weitem nicht alle UnterstützerInnen über den Zugang zu den Medien verfügen. Es scheint sehr technikaffine zu geben (InternetexpertInnen, die sich auch viele Infos aus dem Netz beschaffen) und solche, die das Internet kaum nutzen, weil die Mitglieder keinen Zugang zu den Medien

---

<sup>60</sup> Vgl. IV 13, S. 13.

<sup>61</sup> Vgl. IV 3, S. 3; IV 2, S. 4.

<sup>62</sup> IV 2, S. 8.

<sup>63</sup> Vgl. IV 2, S. 5.

<sup>64</sup> Vgl. IV 2, S. 4.

<sup>65</sup> Vgl. IV 9, S. 13.

<sup>66</sup> Vgl. IV 27, S. 2.

haben, wie etwa der Gründer einer Bürgerinitiative berichtet, die über 10.000 Unterschriften sammeln konnte, wofür *„das Internet (...) nicht so viel Rolle gespielt [hat], weil da in dem Bezirk relativ viele alte Leute sind“*, die das Internet nicht nutzen würden.<sup>67</sup> Das weist auf eine informationelle Spaltung oder auch eine digitale Kluft („digital divide“<sup>68</sup>) als intergeneratives Thema hin. Für andere stellt sich das Problem, dass ihre InteressentInnen zwar bereit sind, Unterschriften auf Unterstützungslisten zu leisten, demgegenüber aber ihre privaten E-Mail-Adressen nicht bekannt geben wollen (z. B. wegen Spambefürchtungen) oder, falls sie diese bekannt geben, sich die E-Mail-Adressen häufig ändern. Daher könne man vielfach nur darauf hoffen, dass sich die UnterstützerInnen gelegentlich auf den Webseiten der Bürgerinitiativen nach neuen Informationen umsehen.<sup>69</sup> Demgegenüber bestehen aber auch Bürgerinitiativen, die sich inzwischen im Internet gut positioniert haben und auch häufig „gegoogelt“ würden.<sup>70</sup>

## Dialoggruppen im und rund ums Dialogforum

Wer sind nun die aktuellen Stakeholder des Dialogforums, welche internen wie externen Gruppen sind im Dialog zu berücksichtigen? Kurz: Wer sind die Dialoggruppen des Dialogforums?

Zunächst lassen sich die **internen Dialoggruppen** rasch identifizieren: Dazu zählen alle Mitglieder des Dialogforums.

Bei den **externen Dialoggruppen** lohnt sich eine differenziertere Sichtweise. Innerhalb einer sehr breit gedachten allgemeinen Öffentlichkeit nimmt jedenfalls die betroffene Öffentlichkeit (insbesondere am Flughafen arbeitende und von Fluglärm betroffene AnrainerInnen) eine besondere Stellung ein, der eine weniger vom Lärm betroffene Öffentlichkeit gegenübersteht. Innerhalb dieser Gruppe lässt sich wiederum eine sogenannte „latente Öffentlichkeit“ identifizieren, Personen, die noch nicht, vermutlich aber in Zukunft in irgendeiner Form betroffen sein werden und für die in der gängigen PR-Literatur vorgeschlagen wird, eine eigene Kommunikationsschiene vorzusehen. Eine besondere Gruppe stellen ferner Personen dar, die im Mediationsverfahren mitgewirkt haben und jetzt nicht mehr im Dialogforum sind (hier gilt es wiederum zu differenzieren zwischen jenen, die das Mediationsforum unter Protest verlassen haben und denen, die bis zum Ende dabei waren, in weiterer Folge aber ihre Funktion übergeben oder verloren haben).

---

<sup>67</sup> Vgl. IV 3, S. 3.

<sup>68</sup> Vgl. Debatin 2002, S. 220 f.

<sup>69</sup> IV 2, S. 5.

<sup>70</sup> Vgl. IV 8, S. 25.

Schließlich gehören zu den relevanten externen Öffentlichkeiten natürlich auch Medien und deren RepräsentantInnen. Hier gibt es solche, zu denen sehr gute Kontakte bestehen, namentlich genannt werden drei oder vier JournalistInnen und solche, bei denen das nicht der Fall ist, was vor allem auf einzelne Wiener Blätter zutrefte, in Niederösterreich sei das nicht der Fall: „(...) also so wie es in Wien ist, dass es da ein paar spezialisierte Journalisten gibt, die offensichtlich die negativen Schlagzeilen immer für so wichtig finden, dass man gleich einen Artikel daraus macht, so was gibt es bei uns eigentlich nicht. Weil es andere Probleme gibt: der Flughafen ist ein kleiner Ausschnitt der räumlichen Probleme, die wir haben, und daher hat er dementsprechend auch einen kleinen Anteil in der Berichterstattung“<sup>71</sup>. Als eher „schwierige“ Medien werden insbesondere die Neue Kronenzeitung gesehen, ihre Berichterstattung sei nur sehr schwer kalkulierbar und ein Journalist offenkundig gegen das Verfahren eingestellt, wie auch Kontakte zum ORF nur spärlich vorhanden seien.<sup>72</sup>

Insgesamt wird die Gefahr gesehen, dass die verhandelten Themen sich dazu eignen, in Medien polarisiert zu werden.<sup>73</sup> Eine Einzelstimme findet, der Geschäftsführer des Dialogforums habe zu wenig mediale Erfahrung.<sup>74</sup> Ein anderer Interviewpartner meint hingegen, dass das mediale Echo durchaus zufriedenstellend sei und lobt die Medienarbeit des Geschäftsführers explizit: „Ich glaube, dass die Gunst der Journalisten immer noch eher der Mediation und dem Dialogforum gehört, weil man denen abnimmt: da wird auch was gearbeitet. Da wird nicht nur geschimpft und kritisiert, unsachlich, sondern dort wird sachlich gearbeitet. (...) Weil in Wahrheit schreiben drei bis maximal fünf Journalisten über den Fluglärm. Und ich glaube, dass sie sehr, sehr gut betreut werden. Das ist nicht das Marktschreierische: ‚Ich sage dir was, aber dafür muss ich vorkommen‘, sondern das ist ein sehr starke, intensive Hintergrundarbeit, wo man Positionen beschreibt, aufklärt, und das sehr ehrlich und überzeugend. Ich glaube, [sie wissen] dass das, was (...) vom Geschäftsführer [kommt], ehrlich ist“.<sup>75</sup> Ähnlich sieht dies ein weiterer Gesprächspartner, der Fluglärm derzeit für kein journalistisches Thema hält und es auch gut findet, dass der Geschäftsführer des Dialogforums es nicht „künstlich strapaziert“<sup>76</sup>.

---

<sup>71</sup> IV 19, S. 8.

<sup>72</sup> IV 30, S. 14.

<sup>73</sup> Vgl. IV 18, S. 6.

<sup>74</sup> Vgl. IV 7, S. 18 f.

<sup>75</sup> IV 25, S. 15.

<sup>76</sup> IV 29, S. 11.

## Herausforderungen für die Kommunikation im Dialogforum und darüber hinaus

Innerhalb des Dialogforums werden durchaus kommunikative Herausforderungen gesehen und bewegen etwa die folgenden Fragen:

- **Wie kann das Dialogforum noch stärker an eigenständigem Profil gewinnen, sich abheben und abgrenzen, wobei das insbesondere gegenüber der der FWAG zum Thema wird.** Die gewünschte Abgrenzung betrifft dabei etwa die Frage der Informationspolitik und der dafür aufbereiteten Materialien. Eine Strategie des Dialogforums ist es dabei, sich als neutrale Instanz (überparteilich, allparteilich) auch in seinen Informationen zu positionieren und dadurch Vertrauen in der Öffentlichkeit zu gewinnen. Daher wird es für erforderlich erachtet, auch andere Materialien als die FWAG zur Verfügung zu stellen, wobei noch unklar ist, um welche es sich dabei handeln könnte. Zu solchen Überlegungen veranlassen nicht zuletzt Negativschlagzeilen, die die FWAG etwa aufgrund des Skylink-Baus erfährt (neuer Flughafen-Terminal, für den anstatt der veranschlagten 560 Millionen € mehr als 830 Millionen € ausgegeben wurden).<sup>77</sup>
- **Wie kann mit dem Personalwechsel auf der Vorstandsebene des Flughafens umgegangen werden?** Der Bauskandal hat aber noch zu einem weiteren Problem geführt - zwei Vorstände wurden ausgewechselt, was für das Dialogforum insofern ein Problem darstellt, als einer von ihnen im Mediationsverfahren eine zentrale Verhandlungsposition eingenommen hatte und insofern ein sehr gut informierter Wegbegleiter und Kommunikationspartner verloren gegangen ist. Aktuellsten Meldungen zufolge soll nun auch der zweite Vorstand sich nicht mehr für eine weitere Periode beworben haben.<sup>78</sup>
- **Welche Kommunikationsstrategie soll in Bezug auf Medien und den Umgang mit externen Bürgerinitiativen zukünftig gewählt werden?** Letztere würden teilweise durch Printmedien unterstützt und verfügten demnach gelegentlich über öffentliche Präsenz. Die Pressestelle der FWAG reagiere in der Regel auf die jeweiligen Pressemeldungen, das Dialogforum verfolge hingegen eine andere Strategie und versuche sich aus dem Ping-Pong-Spiel herauszuhalten. Diesbezüglich besteht aber Unsicherheit, denn die externen Bürgerinitiativen seien zwar nur in kleiner Zahl vorhanden, dafür aber „*laut*“, selbst wenn ihr Mitgliederkreis auf insgesamt maximal 14 Personen geschätzt wird.<sup>79</sup> Eine

---

<sup>77</sup> Vgl. IV 30, S. 22.

<sup>78</sup> Vgl. <http://derstandard.at/1304553785664/In-den-Niederungen-der-heimischen-Politik>, 7. 6. 2011

<sup>79</sup> Vgl. IV 30, S. 3.

Kommunikationsstrategie, die unpolitisch und neutral bleiben und Konflikte nicht künstlich aufbauschen will, hat es gegenüber eher konfliktorientierten Kommunikationsmustern (Emotionalisierung etc.) nicht leicht: Letzere bedienen die Logik der Medien weit besser, sind allerdings nicht immer sehr vertrauenswürdig. Umgekehrt sei jenen, die am Dialogforum teilnehmen bewusst, dass man nicht emotionalisierend an die Presse gehen könne, wenn man auf einen Konsens aus ist. Dazu sagt ein Interviewpartner: *„Möchte ich Emotionen schüren, möchte ich permanent in Zeitungen sein mit (...) Halbwahrheiten, aber eben emotional hineingehen, dann kann ich nicht ins Dialogforum gehen, weil das passt nicht zusammen“*.<sup>80</sup>

- **Wie kann anhaltendes mediales Interesse erzeugt werden?** Bereits in der Begleitforschung zum Mediationsverfahren hat sich gezeigt, dass Zivilgesellschaftsprozesse, die so lange dauern, für Medien nur von partiellem Interesse sind. Wenn, dann interessieren relevante Entscheidungen (die in aller Regel aber erst sehr spät getroffen werden können) oder es interessieren Konflikte innerhalb der Verfahrensparteien, was zu einer Eskalation derselben führen kann. Gerade das ist zivilgesellschaftlichen Verfahren allerdings nicht zuträglich, jeder Bruch der Verschwiegenheitsvereinbarung wurde im Mediationsverfahren dementsprechend als Vertrauensbruch rezipiert (und auch geahndet). Vor eine ähnliche Herausforderung sehen sich die LeiterInnen des Dialogforums gestellt: Mediales Interesse zu erzeugen fällt schwer. Dennoch ist es gelungen, sich selbst als relevanten, vertrauenswürdigen (und ersten) Ansprechpartner und Expertenstimme für JournalistInnen zu etablieren, für alle Fragen rund um Fluglärm und dergleichen mehr. Dass es gelungen sei, sich einen glaubwürdigen und seriösen Status bei Medien zu erarbeiten zeige auch das Faktum, dass JournalistInnen - mit den wenigen bereits genannten Ausnahmen - in aller Regel beim Dialogforum anrufen, ehe sie negative Berichte verfassen und die Möglichkeit zur Darstellung der eigenen Position bieten.
- **Wie ist in Wahlzeiten zu verfahren?** Eine weitere Herausforderung hat sich im Zuge der Wiener Landtagswahlen (Oktober 2010) gezeigt: Für jene Mitglieder des Dialogforums, die VertreterInnen politischer (und wahlwerbender Parteien) waren, war es besonders wichtig, möglichst alle Themen rund um Fluglärm, Flugbelastung und den Bau der dritten Piste aus dem Wahlkampf und der öffentlichen Berichterstattung herauszuhalten, was wiederum in die Paradoxie führte, dass es im Interesse einiger Mitglieder des Dialogforums lag, die Inhalte der eigenen Arbeit nicht öffentlich zu machen. An diesen exemplarischen Beispielen deuten sich bereits grundlegend verschiedene (bzw. widersprüchliche) Logiken von zivilgesellschaftlichen Entscheidungsverfahren und dem Umgang der Politik mit Medien.

---

<sup>80</sup> IV 3, S. 6.

- Eine weitere Frage lautet: **Wie lassen sich öffentliche Unterstellungen parieren?** Eine solche Unterstellung betrifft den Vorwurf, dass der Geschäftsführer des Dialogforums (wie auch alle anderen VertragsnehmerInnen, die für das Dialogforum arbeiten) von der FWAG bezahlt wird und daher auch von dieser „gekauft“ sei. Auch wenn sich diese Unterstellung insofern relativieren lässt, als dem Geschäftsführer im Dialogforum 29 Parteien mit Stimmrecht gegenüberstehen, von denen „der Zahler“ lediglich zwei Stimmen besitzt, wird befürchtet, dass sich Gerüchte dieser Art doch dazu eignen könnten, die Neutralität des Dialogforums in Frage zu stellen.<sup>81</sup>
- Eine ganz andere Frage stellt sich, wenn es darum geht, zu überlegen, wie das Dialogforum öffentlich beschrieben, erklärt werden kann und soll. Neben dem Ansinnen, seine Funktionsweise oder auch den Zugang zu ihm außenstehenden Bürgerinitiativen transparent(er) zu machen, ließe sich das Dialogforum auch als Beispiel für einen gelingenden zivilgesellschaftlichen Prozess darstellen, was aber bislang noch kaum geschehen sei.<sup>82</sup> Gewünscht wird jedenfalls ein Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit zugunsten von mehr Medienarbeit und dem Versuch, mehr Verständnis für das Dialogforum selbst zu erzeugen<sup>83</sup>: *„man muss wirklich nach außen gehen, die Leistungen und Ergebnisse auch präsentieren und (...) aktiv nach außen transportieren, um der ganzen Sache nicht den Sinn zu nehmen“*<sup>84</sup>. Ein anderer Gesprächspartner wünscht sich, dass die Öffentlichkeitsarbeit auch auf das Image der Vertragsparteien achten möge. Ziel wäre es aus seiner Sicht: *„dass wirklich ein in der Öffentlichkeit gut dargestellter (...) Konsens besteht, und man wirklich breit das Gefühl hat, dass der Flughafen trotz seiner Probleme in Lärmemission etc. etc. ein akzeptierter Partner (...) ist, weil (...) klar ist, dass er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten bemüht, den Dialog positiv zu führen“*<sup>85</sup>
- **Wie soll mit Social Media umgegangen werden?** Ferner wird der Umgang mit Neuen Medien thematisiert, insbesondere den sogenannten Social Media: Soll man auf Facebook setzen, regelmäßig bloggen, Wikipedia genau beobachten? Für diese Medien sprechen deren hohe Beliebtheit und ihre Popularität in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen.<sup>86</sup> Gegen sie spricht der hohe Aufwand, der dafür betrieben werden muss und die Frage, ob jene, die im Dialogforum bereits mitwirken, überhaupt Zeit für und Interesse an solchen Medienformaten besitzen.

---

<sup>81</sup> Vgl. IV 30, S. 5, Zitat ebenda.

<sup>82</sup> Vgl. IV 30a, S. 11.

<sup>83</sup> Vgl. IV 10, S. 16; IV 18, S. 12.

<sup>84</sup> IV 21, S. 33.

<sup>85</sup> IV 24, S. 5.

<sup>86</sup> IV 30, S. 30.

- **Welche Kommunikationsstrategien sind zukünftig sinnvoll?** Schließlich geht es auch darum, die künftige Kommunikationsstrategie vorzubereiten: So könnte sich etwa am Fallbeispiel einer zu erwartenden gesetzlichen Lärmschutzrichtlinie zeigen, dass die im Mediationsverfahren vereinbarten Richtwerte deutlich geringere Belastungen vorsehen, woran sich auch zeigen ließe, dass zivilrechtliche Vereinbarungen durchaus besser sein können als rechtliche Vorgaben. Wie offensiv hier vorgegangen werden soll, erscheint allerdings noch weitgehend offen.<sup>87</sup>
- **Wie kann das Wissen über den Mediationsvertrag gesichert werden?** Neben Fragen, die die externe Kommunikationsstrategie betreffen werden aber auch interne Herausforderungen formuliert. Etwa, wenn es um die Frage der Erinnerung an den Mediationsvertrag geht oder darum, wie bestimmte Vereinbarungen auszulegen seien. Derzeit habe es sich eingebürgert, dass vor allem jene befragt werden, die den Vertrag noch persönlich unterzeichnet haben (von denen allerdings nur noch wenige da sind). Die Fragen können aber bei diesen durchaus zur Verunsicherung beitragen, die Erinnerung daran, was vor mehr als fünf Jahren im Detail wie gemeint war, beginne zu schwinden<sup>88</sup> oder werde gar als Möglichkeit erkannt, nach so langer Zeit sich selbst von Beschlüssen zu distanzieren: *„Es gibt einen Vertrag, ja. Aber plötzlich hat irgendwer ein Protokoll nicht gelesen und dem nie zugestimmt. Das ist eine Gangart, die jetzt plötzlich schlagend wird. Uns das ist gefährlich, wirklich gefährlich. Weil die ist ja auch für den Flughafen gefährlich.“*<sup>89</sup> Nach fünf Jahren Mediationsverfahren und weiteren fünf Jahren Dialogforum drohe ein Gebilde an Vereinbarungen einzustürzen.<sup>90</sup> Insofern stelle sich die Frage, ob eine Art „Einführung in den Mediationsvertrag“ für alle veranstaltet werden solle.

## Informationsfluss und Wissenstransfer im Dialogforum

Die Frage, ob die im Dialogforum gebotenen Informationen hinreichend sind, der Informationsfluss auch alle erreicht oder einzelne doch überfordert, lässt sich - wie in solchen Verfahren fast immer - nicht eindeutig beantworten. Für einige ist es so, wie es ist, gerade recht, sie finden, das Dialogforum biete eine gute Informationsbasis für alle Mitglieder<sup>91</sup>, die Ergebnisse würden gut und klar protokolliert, man wisse ferner immer, wen man fragen kann, wenn etwas unklar sei<sup>92</sup> und bezeichnen die Informationen als gut und übersichtlich (auch im

---

<sup>87</sup> IV 30, S. 3.

<sup>88</sup> IV 30, S. 16 f.

<sup>89</sup> IV 4, S. 26.

<sup>90</sup> Vgl. IV 4, S. 26.

<sup>91</sup> Vgl. IV 26, S. 14.

<sup>92</sup> Vgl. IV 26, S. 16.

Internet) aufbereitet<sup>93</sup>. Eine Stimme sagt, dass es „*durch die zunehmende Information (...) teilweise zu mehr Verständnis kommt*“<sup>94</sup> und meint damit die internen Prozesse, ein weiterer Interviewpartner bezieht dies aber auch auf externe GesprächspartnerInnen, wenn er findet, dass Menschen, wenn sie wüssten, warum Lärm entsteht (z. B. besondere Belastung durch Flüge) diesen eher akzeptieren könnten.<sup>95</sup> Insofern wird die Hoffnung artikuliert, das Dialogforum möge als Informations-Jourfix beibehalten werden.<sup>96</sup>

Für manche sind es aber auch zu viele Informationen, für andere zu wenig, für dritte kommen sie zu spät oder zu langsam<sup>97</sup>. Eine Gesprächspartnerin schildert die Herausforderung im Umgang mit den Informationen so: „*Das Schwierige ist, dass ich mich jeden Tag ins Internet begeben und schauen muss, was es Neues gibt. (...) Die Zeit hat man aber nicht dazu.*“<sup>98</sup> Ein anderer Gesprächspartner ist hingegen gerne bereit, zehn bis 20 Arbeitsstunden im Monat für das Lesen aller Unterlagen und Zusatzrecherchen zu investieren, was aber auch damit zusammenhängt, dass der Betroffene bereits in Pension ist.<sup>99</sup> Als das beste Hilfsmittel für NeueinsteigerInnen werden Zusammenfassungen empfohlen, die rasche Orientierung bieten.<sup>100</sup>

Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Informationsflusses liegt primär beim Geschäftsführer des Dialogforums, der die Vor- und Nachbereitung sämtlicher Sitzungen und Arbeitsgruppen übernimmt (eine Ausnahme stellt die Stadtkonferenz dar, bei der die Gemeinde Wien als Gastgeberin fungiert), den persönlichen Kontakt hält, via Newsletter allgemeine Informationen verbreitet und den Vorstand der FWAG zwei bis drei Mal jährlich ausführlich informiert.<sup>101</sup> Für diese Leistungen erhält der Geschäftsführer auch Lob, vor allem, weil die Planung der Sitzungen inzwischen so getaktet wurde, dass für die Bürgerinitiativen genügend Zeit für Rückbindungen bleibe: „*Das Dialogforum steht und fällt damit, dass das, was im Dialogforum geschieht, gut vorbereitet wird im Vorfeld von den jeweiligen Gruppen und diskutiert wird, und das Ergebnis dann wieder verarbeitet wird.*“<sup>102</sup>

Für neue Mitglieder im Dialogforum stellt sich die Frage, wie sie in das Dialogforum und die Materie eingeführt werden können und wie sich der hohe Leseaufwand bestmöglich bewältigen lässt.<sup>103</sup> Für eine Vertreterin einer Bürgerinitiative geht es darum, den Einstieg möglichst sanft zu gestalten, die Menschen in ihre Funktionen hineinwachsen zu lassen: „*Wir haben festgestellt,*

---

<sup>93</sup> Vgl. IV 23, S. 22.

<sup>94</sup> IV 18, S. 4.

<sup>95</sup> IV 14, Postscript.

<sup>96</sup> Vgl. IV 10, S. 16.

<sup>97</sup> Vgl. IV 2, S. 14.; IV 23, S. 29.

<sup>98</sup> IV 11, S. 7.

<sup>99</sup> Vgl. IV 17, S. 7.

<sup>100</sup> Vgl. IV 11, S. 18.

<sup>101</sup> Vgl. IV 5, S. 31.

<sup>102</sup> IV 9, S. 25.

<sup>103</sup> Vgl. IV 5, S. 10.

*es ist besser, die Leute einmal in die Sitzungen mitzunehmen und das miterleben zu lassen. Wir haben jetzt nach den Gemeinderatswahlen in Niederösterreich einige neue Bürgermeister, und die sind jetzt einmal dagesessen und haben eigentlich nicht viel gesagt und nur ein bisschen gefragt. Und das muss man quasi on the job mitwachsen lassen.“<sup>104</sup> Aus der Perspektive einer Neueinsteigerin stellt sich die Sache allerdings weniger einfach dar: „Es ist sehr schwierig, das Ganze nachzuvollziehen. Also wenn man neu hineinkommt in diesen laufenden Prozess (...) wenn man mitten drinnen einsteigt, [ist das] sehr, sehr schwierig. (...) Diese Informationen, das kannst du nicht nachholen, das kann man nicht. Und das Gesamte dann (...) zu sehen und Entscheidungen zu treffen - das ist schwierig. (...) Nein, man kann Informationen von acht Jahren nie nachholen, das kann man nicht. (...) Da muss man Tag und Nacht sitzen und nur für den Flughafen leben, das geht aber nicht. Wir haben andere Aufgaben auch. Also meine Informationen habe ich mir hauptsächlich von meinen Kollegen (...) geholt. (...) das war für mich sehr, sehr wichtig.“<sup>105</sup>*

Ein Informationsdefizit stelle sich mitunter aber bereits dann ein, wenn eine Sitzung versäumt wurde und der Wissensvorsprung der anderen durch einen erhöhten Kommunikationsaufwand (durch das Nachfragen-Müssen) wieder wettgemacht werden müsse.<sup>106</sup> Ein anderer Gesprächspartner zieht daher in Zweifel, ob die vielen langen Sitzungen der Kommunikation noch zuträglich seien<sup>107</sup>. Für jene, die nur fallweise Zeit finden, an den Sitzungen teilzunehmen, wird es immer schwieriger, sich wieder in das Dialogforum „hinein zu synchronisieren: (...) Nicht einmal mehr alle handelnden Personen kenne ich und schon gar nicht deren Motivation, deren Interessenlagen, deren Methodik in der Argumentation, deren Verhaltensweisen und so weiter. Also ich muss mich da praktisch frisch wieder synchronisieren, und das geht in der Kürze nicht. Und umgekehrt geht es den anderen mit mir so - die kennen mich auch nicht mehr.“<sup>108</sup>

Wer die Nachfolge anderer Personen antritt, ist also mit der Frage konfrontiert, wie sich das alles nachholen lässt. Das Internet sei zwar eine Fundgrube dafür, aber auch ein schwarzes Loch. Ein Neueinsteiger berichtet dazu: „Wir haben ja keine Ahnung gehabt von dem, wie haben ja das alles erst lernen müssen. Wir haben dann die Teilverträge studiert und so weiter, alles, was wir gefunden haben im Internet, und haben uns eben weitergebildet.“ Der Betroffene spricht von einem Lernprozess, der sich sowohl auf das Wissen, aber auch den Umgang miteinander bezieht.<sup>109</sup>

---

<sup>104</sup> IV 8, S. 23.

<sup>105</sup> IV 11, S. 2.

<sup>106</sup> Vgl. IV 5, S. 10 f.

<sup>107</sup> Vgl. IV 26, S. 28.

<sup>108</sup> IV 25, S. 5.

<sup>109</sup> Vgl. IV 20, S. 40, Zitat ebenda.

Nachvollziehbar wird insofern aber auch, warum **Informations- und Wissensmanagement** einen so wichtigen Stellenwert erhält: *„Insgesamt sind somit die Themen ‚Informationsbereitstellung‘ und ‚Wissenstransfer‘ deshalb neben Fairness, Offenheit, wechselseitiger Wertschätzung und Vertrauen von so großer Bedeutung für die Konfliktbewältigung, weil nur ein gleich hoher Informationsstand und ein solides Wissen über die Auswirkungen von Maßnahmen die Entscheidungssicherheit positiv zu beeinflussen vermögen. Abschließend bleibt noch anzumerken, dass die Hebung und Angleichung der Wissensbasis einen Schlüsselfaktor für den Start einer möglichen Drei-Pisten-Diskussion darstellt“.*<sup>110</sup>

Auch in Hinblick auf die **Anrainerkommunikation** stellt sich in zunehmendem Ausmaß die Frage, wie zentrale Inhalte kommuniziert werden können.

- Zum einen betrifft das komplexe Sachverhalte, die verständlich gemacht werden sollen und zwar so, dass nicht alle ein Lexikon brauchen, um die Begriffe zu verstehen.<sup>111</sup> Hier zeigt sich einmal mehr, dass das Dialogforum zu einer Expertenorganisation geworden ist - ein notwendiges Geschehen, das aber auch seine Schattenseiten zeigt, wenn es darum geht das viele, detailreiche und vernetzte Wissen in einfachen Worten zu kommunizieren.<sup>112</sup> Vorgeschlagen wird hier etwa, *„zwei, drei Personen von der Straße“* zu bitten, die verfassten Briefe und Informationen kritisch gegenzulesen. Denn: Die Erfolge des Dialogforums müssten erst kommunikativ bei Bürgern ankommen. Dies erläutert ein Interviewpartner etwa in Bezug auf Fachtermini folgendermaßen: *„Das sind so Wörter, da muss man schon einmal in diesem Prozess mitgearbeitet haben, um das auch zu verstehen. Wichtig ist es ja heute, Werbung und dergleichen verständlich in Mitteilung zu bringen. Und da denke ich, müssen wir daran arbeiten. Wir sind schon (...) einen Schritt in diese Richtung gegangen. (...) Was jetzt natürlich die Leute brennend interessiert: Lärmschutzprogramm, Fensterförderung. Das ist ja auch so eine Sache: Lärmschutzprogramm, 54 bis 57 dB (...) und was kriegst du da? Ein Gutachten. Das sind irrsinnig komplizierte Dinge für Menschen, die mit Gutachten nichts am Hut haben. Die wollen wissen: Was kriege ich? Oder was für ein Anrecht habe ich überhaupt? Kriege ich überhaupt etwas? Wie schaut es aus? Also einfachst erklärt (...) oder einfachst (...) geschrieben: pass auf, das könntest du haben, wenn du ....“*<sup>113</sup>
- Während für komplexe Sachverhalte immerhin die Hoffnung besteht, sie einfacher in die Öffentlichkeit tragen zu können, so stellt sich das Problem noch verschärft, wenn es darum gehen soll, Punkte zu kommunizieren, die auch im Dialogforum noch nicht gelöst sind. Eine Gesprächspartnerin bringt diese Ambivalenz auf den Punkt, wenn sie formuliert: *„Ich kann jetzt nicht wirklich zu einem Bürger hingehen [und sagen] ‚es ist noch alles vakant, es ist*

---

<sup>110</sup> Dialog aktuell 11/2010, S. 4.

<sup>111</sup> Vgl. IV 14, S. 3.

<sup>112</sup> Vgl. IV 22, S. 14.

<sup>113</sup> IV 14, S. 4.

*alles noch offen*<sup>114</sup>, auch ein Vertreter einer Bürgerinitiative berichtet von Argumentationsschwierigkeiten in der Öffentlichkeit: *„Ich meine, der Unmut in meiner Bevölkerung wächst natürlich. (...) Jetzt sind wir fünf Jahre dabei - und? Wofür? Da habe ich ein Argumentationsproblem“*.<sup>115</sup>

**Wahlen** stellen sich als ein besonders problematischer Kontext von Zivilgesellschaftsprozessen dar. Das hat das Wahljahr 2010, mit Wahlen in Niederösterreich (März 2010) und Wien (Oktober 2010) deutlich gezeigt. Zum einen treten neue politische Funktionsträger mit neuen Ideen auf den Plan. So wurde etwa im rot-grünen Koalitionsabkommen Wiens festgehalten, dass eine Prüfung der Flugrouten über Wien durchgeführt werden soll, wobei unklar ist, wie sich dieses Vorhaben zur Arbeit des Dialogforums verhält. Zum anderen können PolitikerInnen insbesondere in Wahlkampfzeiten in schwierige Situationen geraten und sich von bestimmten Medien verfolgt fühlen.<sup>116</sup> PolitikerInnen wird insofern vorgeworfen, sich (gerade in Wahlzeiten) vor jedem Artikel in der Neuen Kronen Zeitung zu fürchten<sup>117</sup> und ein kommunikatives Muster zu verfolgen das sich etwa so skizzieren ließe: *„Also anfänglich hat es hie und da noch Meldungen oder gegebenenfalls kritische Meldungen gegeben, aber seit ein paar Jahren sitzen die nur dort und sagen (...) gar nichts, viele kommen auch gar nicht mehr“*.<sup>118</sup> Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Partizipation von PolitikerInnen in Wahlkampfzeiten im Dialogforum deutlich abnimmt und daher *„auch allfällige konsensuale Beschlüsse wegen des Fehlens von Mitgliedern nicht gefasst werden können“* - ein Umstand, auf den die Prozesssteuerung durch eine Reduktion der Sitzungen reagiert hat.<sup>119</sup>

Eine letzte Herausforderung liegt in der **Entstehung von Gegenöffentlichkeiten** durch Gruppierungen, die ehemals Teil des Mediationsverfahrens waren, später dieses im Konflikt verlassen haben und sich nun kritisch über das Mediationsverfahren äußern und dies auch in Publikationen tun.<sup>120</sup> So stellen etwa vier AutorInnen, von denen einige partiell am Mediationsverfahren teilgenommen haben, in einem Artikel in einem wissenschaftlichen Sammelband in Frage, ob es sich bei der Mediation nicht nur um eine „geschickte PR-Aktion“ gehandelt habe<sup>121</sup> bzw. bezweifeln, dass ein „tatsächlicher Interessenausgleich“ stattgefunden habe<sup>122</sup> und stellen einen „möglichen Rechtsbruch“<sup>123</sup> in den Raum. Dass der Artikel ansonsten völlig ohne Würdigung vorhandener wissenschaftlicher Literatur auskommt, verwundert im Kontext des Gesamtwerkes allerdings einigermaßen.

---

<sup>114</sup> IV 23, S. 13

<sup>115</sup> IV 4, S. 19.

<sup>116</sup> Vgl. Protokoll der Teilnehmenden Beobachtung der 19. Sitzung des Dialogforums vom 20. 10. 2010.

<sup>117</sup> Vgl. IV 19, S. 8.

<sup>118</sup> IV 2, S. 21.

<sup>119</sup> Vgl. Dialog aktuell 01/2010, S. 4.

<sup>120</sup> vgl. etwa: Waldert/Aschenbrenner-Faltl/Meyer/Witt-Döring 2011.

<sup>121</sup> a. a. O., S. 599.

<sup>122</sup> A. a. O., S. 600.

<sup>123</sup> A. a. O., S. 601.

## Informationsflüsse über das Dialogforum hinaus

In mehreren Interviews wurden spezifische Anmerkungen zu Informationsflüssen gemacht, die über das Dialogforum hinausgehen, die an dieser Stelle nur taxativ aufgelistet werden sollen:

- Der Informationsfluss von Bezirksvorstehern zu BI wird als mangelhaft beschrieben<sup>124</sup>, die Kommunikationsbasis zwischen ihnen als schlecht.<sup>125</sup>
- Ein Bürgermeister hält manche Bürgerinitiativen, die außerhalb des Verfahrens sind, für schlecht informiert und sieht die Informationsverantwortung dafür bei den BürgermeisterInnen der jeweiligen Gemeinde.<sup>126</sup>
- BürgermeisterInnen werden aufgefordert, die vielen E-Mails der Bürger, z. B. betreffend Lärmschutz zu beantworten.<sup>127</sup>
- Weitgehend offen ist die Frage, wie relevante neue Teilöffentlichkeiten zukünftig eingebunden werden können und sollen, genannt wird etwa Niki Laudas Fluglinie „Fly Niki“.
- An die FWAG werden die folgenden Wünsche adressiert:
  - VertreterInnen des Flughafens und des Dialogforums mögen vermehrt in die Gemeinden kommen und Informationen vor Ort betreiben.<sup>128</sup>
  - In Bezug auf die Skylink-Affäre findet ein Gesprächspartner, dass der Flughafen ein „*massives Imageproblem*“ hätte, wenn es das Dialogforum nicht gäbe.<sup>129</sup>
  - Ein Interviewpartner wünscht sich frühere Informationen von Seiten der FWAG, wobei allerdings dem Betroffenen selbst unklar ist, was aus datenschutzrechtlicher Sicht überhaupt möglich ist<sup>130</sup>, ein anderer Gesprächspartner bezieht dies vor allem auf das UVP-Verfahren.<sup>131</sup>
  - Das Interesse genauere Informationen über weitere Bauvorhaben und Kosten der FWAG zu bekommen wird artikuliert.<sup>132</sup>
  - Insgesamt wird eine verbesserte Informationspolitik der FWAG gewünscht.<sup>133</sup>

---

<sup>124</sup> Vgl. IV 3, S. 3.

<sup>125</sup> Vgl. IV 3, S. 10.

<sup>126</sup> Vgl. IV 5, S. 28.

<sup>127</sup> Vgl. IV 4, S. 5.

<sup>128</sup> IV 23, S. 26

<sup>129</sup> Vgl. IV 4, S. 21, Zitat ebenda.

<sup>130</sup> Vgl. IV 2, S. 14.

<sup>131</sup> Vgl. IV 6, S. 40.

<sup>132</sup> Vgl. IV 2, S. 25.

<sup>133</sup> Vgl. IV 6, S. 40.

## Resümee

Als Vision für 2015 wurde im Rahmen einer Klausur im Jänner 2011 die folgende Kommunikationsperspektive entwickelt: „Im Jahr 2010 ist das Dialogforum eine Diskussions- und Verhandlungsplattform zum Thema Flugverkehr und den damit in Zusammenhang stehenden Themen. Das Dialogforum ist mit einem gemeinsamen Wissensstand ausgestattet, gestaltet und entscheidet. Das Dialogforum ist in der Öffentlichkeit, wie bei Gemeinden, Bürgerinitiativen und Politik anerkannt und wird als Institution gesehen, die Verantwortung trägt und hohe Problemlösungskompetenz hat, wenn es darum geht, den Interessenausgleich von Flugverkehrswirtschaft, Anrainergemeinden und Bevölkerung voranzutreiben. Das Dialogforum steht im Jahr 2015 dafür, dass alle Themen, Forderungen und Konflikte, die für den Interessenausgleich relevant sind, fair und offen behandelt werden. Die Konfliktbearbeitung im Dialogforum erfolgt in einem Klima von Vertrauen, hohem gegenseitigen Respekt, Offenheit und Transparenz.“<sup>134</sup>

Mit Blick auf die Hinweise, die wir gewonnen haben, erscheint dies zwar als ein ehrgeiziges, aber potenziell erreichbares Ziel.

## Literatur

Debatin, Bernhard (2002): „Digital Divide“ und „Digital Content“: Grundlagen der Internetethik. In: Karmasin, Matthias (Hg.): Medien und Ethik. reclam, S. 220-237.

Falk, Gerhard/Krainer, Larissa (2006): Wissenschaftliche Begleitforschung zum Mediationsverfahren am Flughafen Wien Schwechat. In: Falk, Gerhard / Heintel, Peter / Krainer, Larissa (Hg.): Das Mediationsverfahren am Flughafen Wien-Schwechat. DUV, S. 263-290.

Jöchlinger, Franz (2011): Mediativer Dialog zur Auflösung der natürlichen Widersprüche im Flughafenumfeld. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2011, S. 81-88.

Krainer, Larissa (2005): Sprache und Mediation. In: Falk, Gerhard / Heintel, Peter / Krainz, Ewald (Hg.): Handbuch Mediation und Konfliktmanagement. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 301-310.

---

<sup>134</sup> Dialog aktuell 01/2011, S. 3.

Krainer, Larissa (2006): Mediation und Öffentlichkeitsarbeit. In: Falk, Gerhard / Heintel, Peter / Krainer, Larissa (Hg.): Das Mediationsverfahren am Flughafen Wien-Schwechat. DUV 2006, S. 165-189.

Waldert/Aschenbrenner-Faltl/Meyer/Witt-Döring (2011): Mediation. In: Berger, Roland / Ehrendorfer, Friedrich: Ökosystem Wien. Böhlau, S. 596-681.

## Kapitel 5: Themenbereich Raumentwicklung / offene Fragestellungen

Die Entwicklung des Flughafens Wien wurde im Dialogforum entlang bestimmter Themen mit der Entwicklung der umliegenden Region verknüpft, wobei die Themen jeweils mit den Rollen und Funktionen beteiligter Gruppen korrespondieren. Angesprochen wurden in den beobachteten Sitzungen und in Interviews dabei selbstverständlich Fragen der Lärmbelastung und der sich daraus ergebenden Einschränkungen der Lebensqualität für die Bevölkerung der angrenzenden Gemeinden. Es wurden aber darüber hinaus auch Folgen einer Erweiterung der Flughafenkapazitäten für die Raumentwicklung erörtert. Fragen der Raumordnung waren darin ebenso enthalten wie Fragen der Verkehrsplanung und der Standortentwicklung für die Wirtschaft.

### Der Flughafen und sein regionales Umfeld

Der Flughafen Wien gilt als der größte Arbeitgeber der Region. Ausbauvorhaben werden auch direkt mit den zu erwartenden Arbeitsplatzeffekten argumentiert: Die dritte Piste würde bis 2020 ein Plus von 14.000 Beschäftigten bringen, ohne eine dritte Piste wäre das Beschäftigungswachstum um 10.000 Arbeitsplätze geringer (3. Piste, www, 3.5.11). Doch es scheint die Diskussion um eine mögliche dritte Piste und anderer Wachstumsstrategien kaum in den Kontext einer damit verbundenen Raumentwicklungsstrategie gestellt zu werden - so die Ausgangsthese der folgenden Ausführungen.

In den durchgeführten Interviews spielte das Thema Raumentwicklung eine eher marginale Rolle und wurde wenn, hauptsächlich von Bürgermeister\*innen angesprochen, die in ihrer behördlichen Funktion direkt mit Raumordnungsfragen konfrontiert sind. In der Rückkoppelung und Abschlussdiskussion im November 2010 in Schwechat wurden von der Begleitforschung einige Themenfelder der Raumentwicklung als offene Fragen angemerkt. Zum Teil hat dies Irritationen bei einigen Anwesenden hervorgerufen. So waren Vertreter von Bürgerinitiativen der Meinung, dass Themen der Raumentwicklung nicht durch das Dialogforum zu behandeln wären, während von Seiten der Bürgermeister\*innen Raumordnung und Raumentwicklung sehr wohl als Themen im Dialogforum reklamiert wurden. In der Diskussion wurden die einzelnen Themenfelder der Raumentwicklung zum einen als „Überfrachtung“ des Dialogforums betrachtet, nach dem Motto „mit diesen Dingen können wir uns nicht auch noch beschäftigen“, zum anderen erfolgte auch

spontane Zustimmung zu Raumentwicklungsthemen v.a. im Kontext von notwendigen Verkehrslösungen.

Für die Begleitforschung stellt sich das Themenfeld Raumentwicklung, das zum Abschluss der Rückkoppelung diskutiert wurde, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit einem möglichen Neuanfang für das Dialogforum dar. Der mögliche Bau einer dritten Piste impliziert mehr als nur die unmittelbare Flächenwidmung und die Neuverteilung von Slots und Lärmbelastungen, es geht dabei sehr wohl auch um die Mitberücksichtigung und Integration von Systemumwelten, die raumrelevante Inhalte in irgendeiner Form mitverantworten. Raum als gesellschaftliche Ressource bedarf einer vieldimensionalen flächigen Betrachtung, die über die Kernanliegen einer Flughafen Wien AG etc. hinausgehen - so eine weitere These.

Raumentwicklung wird in diesem Kontext als dynamischer Prozess verstanden, dem der Anspruch zugrunde liegt, Raum perspektivisch und leitbildgebend, vor allem jedoch sektorenübergreifend zu gestalten. Raumentwicklung unterscheidet sich hier von Raumordnung, der soweit Genüge getan wird, indem die rechtsverbindlichen Verfahren (UVP etc.) entsprechend abgehandelt werden. Doch auch hier werden die Auswirkungen des Vorhabens auf die Bevölkerung anhand der Umweltfaktoren Lärm und Schadstoffbelastung behandelt und kaum in der nötigen Differenziertheit auf indirekte Folgewirkungen Bezug genommen.

Steigende Kapazitäten und generell angestrebtes Wachstum, so beides nicht limitiert werden soll, bedürfen neben der Diskussion um eine dritte Piste weiterer Antworten in Bereichen der Flächenwidmung, auch in überregionaler Planung, Verkehrsinfrastruktur und anderer Systemumwelten (z.B. Politik, Verwaltung, etc.). In weiterer Folge sollen einige ausgewählte Fragestellungen herausgegriffen werden, die unserer Einschätzung nach von hoher Relevanz für die Entwicklung der Region um den Flughafen Wien und damit auch für den Flughafen selbst sind. Wir beziehen uns dabei sowohl auf die Interviews, auf die thematische Beobachtung von Sitzungen des Dialogforums und auf uns zur Verfügung gestellte Unterlagen, als auch auf darüber hinausgehende Informationen.

## Überregionales bzw. transnationales Verkehrskonzept

Die Notwendigkeit eines überregionalen Verkehrskonzepts scheint bereits jetzt mit wieder stark steigenden Kennzahlen argumentierbar: 2010 ist das Passagieraufkommen um 8,7% auf beinahe 20 Millionen gestiegen, die Frachtleistung um 16,5%. Bis 2020 wurde bereits vor Jahren eine Prognose auf 30 Millionen Passagiere veröffentlicht (DF, 17. Sitzung, Protokoll). Mit den bestehenden Verkehrsanbindungen wird diesen Kapazitäten nicht entsprochen.

Schiene: Ist die Anbindung an den neuen in Bau befindlichen Zentralbahnhof „Wien - Europa - Mitte“ entsprechend gesichert (Takt, kostengünstigere Tickets für effiziente Anbindung etc.)? U-Bahn Anbindung (U3)?

Inwieweit sind in einem Gesamtverkehrskonzept die südlich des Flughafens liegenden Bahnverbindungen entsprechend integriert (Fracht etc.)?

Wie kann eine effiziente Verbindung nach Bratislava und zum Flughafen Bratislava aufgebaut werden?

Wasser: Wie gestaltet sich die Kooperation des Flughafens mit dem Donauhafen?

Straße: Wie kann es gelingen, die Straße mit Hilfe der Aufwertung des öffentlichen Verkehrs stärker zu entlasten? In Interviews wird dieses Thema einige Male angeschnitten, einhellig in Richtung Verbesserung des öffentlichen Verkehrs (IV 5, S. 25).

## Regionale Aspekte der Flächennutzung bzw. -widmung

Die im Mediationsvertrag festgelegte Lärmzonenberechnung hat Auswirkungen sowohl auf das Lärmschutzprogramm und die Verteilung von Mitteln des Umweltfonds zur Reduzierung der Lärmbelastung als auch auf Baulandwidmungen bzw. Umwidmungen. Von Relevanz sind auch die im Mediationsverfahren, etwa im Arbeitskreis „Ökologie“ vorgelegten Gutachten zu Landnutzungsänderungen, in denen empfohlen wird, Rodungen in den Waldgebieten um den Flughafen zu vermeiden (Fischa-Auen, Schwadorfer Wald, etc.) (Falk u.a., 2006, 33). So wird der Umweltfonds in seinen Satzungen „Fonds zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Region rund um den Flughafen Wien“ genannt und er hat durch Unterstützungen und Förderungen der lärmbelasteten Gemeinden nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Regionalentwicklung. Die Lärmzonen-Einteilung hat neben der Vergabe von Förderungen auch direkte Auswirkungen auf Baulandwidmungen: so sind in der Zone 4 sogar Absiedlungen vorgesehen. Umwidmungen von Baugebieten in Grünland sind Reaktionen auf die Lärmbelastungen, verfolgen in einigen Fällen gleichzeitig auch ökologische Absichten, etwa für Wild-Korridore zu sorgen, oder Landschaftsschutzgebiete (etwa: Fischa-Auen), etwa einen „Grünen Ring“ um die Gemeinden Kleinneusiedl und Enzesfeld a.d. Fischa zu ermöglichen (IV 5, S. 17, 31, 32). Die Gemeinde Kleinneusiedl hat in Zusammenhang mit der Lärmbelastung ein durch den Flughafen finanziertes lokales Raumordnungsprogramm als Grundlage des aktuellen Flächenwidmungsplans ausarbeiten lassen (Örtliches Raumordnungsprogramm für Kleinneusiedl: IV 5, S. 32).

Hier werden bereits zukünftige Neuverteilungen der Lärmbelastungen durch die dritte Piste angesprochen, wobei etwa Kleinneusiedl davon Vorteile hätte. Ein Verzicht auf die dritte Piste brächte explizit Nachteile für die Entwicklung dieser Gemeinde. Die Umverteilung der

Lärmbelastungen wird durchaus ein heißes Thema für das Dialogforum sein, sobald eine definitive Entscheidung für die dritte Piste getroffen ist.

Die Frage, wie Anrainergemeinden in Fragen der Regelungen für die Flächennutzung und Flächenwidmung kooperieren ist aber schon jetzt zu stellen. Aus der Begleitforschung heraus war nicht festzustellen, ob und wie in dieser heiklen Angelegenheit eine Abstimmung zwischen den Bürgermeistern erfolgt.

Was bedeutet nun insgesamt - unabhängig von der Frage um die dritte Piste - kontinuierliches Wachstum des Flughafens auf Flächen im Umfeld? Hier sind Wirkungen auf die Landschaft, ökologische Wirkungen ebenso zu antizipieren, wie die Folgewirkungen verschiedener Verkehrsausbauvarianten, die bereits angeschnitten wurde.

Nehmen die Beschäftigungen im und um den Flughafen zu, so ist auch die Frage der geplanten Wirtschaftszonen und ihrer Verkehrserschließung von enormer Relevanz: Wie gestalten sich Umwidmungen von Flächen für betriebliche Nutzungen? Welche Flächen werden erschlossen? Welchen Druck erzeugen Investoren auf die Fläche?

Gerade die Standortentwicklung für Unternehmen kann u.E. nur in Zusammenhang mit den überregionalen Entwicklungen, etwa verstärkter Kooperationen innerhalb der Großregion Wien - Bratislava - Győr, unter nachhaltigen Gesichtspunkten betrieben werden.

## Grenzüberschreitende Entwicklung

Wie gestaltet sich die zukünftige grenzüberschreitende Kooperation zwischen dem Flughafen Wien und Bratislava, und wie soll sie sich gestalten? Gibt es aktuelle Vorhaben einer engeren Kooperation bzw. Abstimmung mit dem Flughafen Bratislava? Welche Rolle spielt CENTROPE<sup>135</sup> bei der Frage grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit unmittelbareren Auswirkungen auf den Standort Flughafen Wien? Gibt es seitens der an Ost-Österreich angrenzenden Regionen, wie der West-Slowakei und West-Ungarns entsprechende Bedarfslagen? Wie wird sich die regionsübergreifende Drehscheiben-Funktion des Flughafens entwickeln; auch: in welchen Konkurrenz-Konstellationen?

Auch wenn sich frühere Visionen wie beispielsweise eines „Dreiländerflughafens“ für Österreich, Ungarn und die Slowakei mit entsprechender Bahnvernetzung überholt haben, bleibt der Grenzraum als grenzüberschreitender Entwicklungsraum von Relevanz - so eine weitere These.

---

<sup>135</sup> <http://www.centrope.com/de> (30.05.2011)

## Regionalentwicklungs-Leitbild

Leitbilder spielen in der Raumentwicklung eine traditionell wichtige Rolle, sind jedoch in der Regel nicht rechtsverbindlich (z.B. Österreichisches Raumentwicklungskonzept). Das Niederösterreichische Landesentwicklungskonzept greift den Flughafen Wien zwar auf, ohne jedoch die Folgeentwicklungen entsprechend zu implizieren: „Der Flughafenstandort Wien-Schwechat ist unter Berücksichtigung der Raum- und Umweltverträglichkeit weiterzuentwickeln und als Standort hochrangiger verkehrsaffiner Betriebe zu stärken. Die Verkehrssystem-übergreifende Anbindung sowie die rasche überregionale Erreichbarkeit sind dafür wichtige Voraussetzungen.“ (Amt der NÖ Landesregierung [Hrsg.], 2004, Landesentwicklungskonzept. St. Pölten, S. 106)

Von diesem Beispiel ausgehend stellt sich auch die Frage inwieweit der Flughafen in umliegenden regionalen bzw. lokalen Entwicklungsleitbildern berücksichtigt oder nicht berücksichtigt ist - welche Chancen bzw. Gefahren von einem etwaigen zukünftigen Wachstum zu erwarten sind. Übergeordnet stellt sich daher auch die Frage, welche Rolle der Flughafen Wien im Wiener Stadtentwicklungsplan STEP 2015 spielt und wie die Entwicklungsachse Wien Zentrum - Donaukanal - Schwechat - Flughafen Wien Berücksichtigung findet? Auch die Rolle der Planungsgemeinschaft-Ost (PGO) wäre aus der Position als relevante Systemumwelt heraus mit zu überlegen.

## Sonderaspekte mit Raumbezug

Abschließend soll noch auf einige offene Fragen eingegangen werden, die sich nicht unmittelbar unter dem Thema Raumentwicklung haben clustern lassen. Diese Fragestellungen passen aber insofern zu diesem Kapitel, als sie ebenso nur marginal in den Interviews angesprochen wurden bzw. im Rahmen der Teamsitzungen immer wieder als für uns offen aufgetaucht sind und uns neugierig gemacht haben. Die nun formulierten Fragestellungen reflektieren auch weniger den „Ist-Stand“ des Dialogforums, sondern sind - ebenso wie die Themenbereiche der Raumentwicklung - mehr perspektivisch zu sehen.

## Curved Approach

Unklar blieb, welche Voraussetzungen für die Umsetzung zu beachten sind? Wer entscheidet, wer selektiert, wie geflogen werden soll (Flughafen, Politik, AC)? Was bedeutet ein Curved Approach für Wien als Drehscheibe in den Osten (technische Voraussetzungen der Flugzeuge)?

Was bedeutet ein Curved Approach für die Flugrouten (Verhältnis Wien - NÖ)? Ab wann könnte ein Curved Approach umgesetzt werden? Welche Auswirkungen hätte eine Einführung des Curved Approach auf die Entscheidung für oder gegen eine dritte Piste?

## Dritte Piste

Die dritte Piste ist bereits im Mediationsverfahren ein wichtiges Thema gewesen und scheint im Dialogforum vor allem deshalb an den Rand gerückt zu sein, weil die Ergebnisse der UVP abzuwarten waren. Vor allem in der Zeit der rasch steigenden Passagierzahlen bis 2008 waren die Kapazitätsgrenzen des Flughafens und die daraus entwickelten Ausbauprojekte wichtige Themen. Nicht nur die Kapazitätserhöhung des Flughafens Wien Schwechat war Thema, sondern auch Kooperationen mit benachbarten Flughäfen, wie Bratislava (dieses Vorhaben ist zunächst gescheitert, indem eine Übernahme durch die Slowakische Regierung verhindert worden war, insgesamt jedoch immer wieder eine diskutierte Variante von Kooperation), Graz und Linz. Auch ein gänzlich neuer Flughafen im Großraum Wien stand zur Diskussion, jedoch ohne große Realisierungschancen.

Kommt die dritte Piste, oder kommt sie nicht? Bei diesem Themenfeld ist allseits sehr viel Unsicherheit zu orten. Relevant erscheint jedoch, wie die weitere Vorgehensweise des Dialogforums gestaltet werden kann. Geht es ausschließlich um die Verwaltung des Mediationsvertrages oder auch um antizipatives Verhalten hinsichtlich etwaiger neuer Entwicklungen? Soll schon jetzt, unter Annahme eines positiven Entscheids für die dritte Piste, eine Verfahrensdiskussion gestartet werden?

Der Unterschied liegt zwischen einem Szenario des abwartenden Verhaltens nach dem Motto „wir warten ab was passiert und wie lange es auch immer dauert, wie viele Einsprüche es auch immer geben wird“ oder eine antizipative Haltung, in der das Dialogforum einen Weg der „aktiven Vorbereitung“ auf ein mögliches Szenario „Dritte Piste“ bzw. ein mögliches Szenario „Auskommen ohne der dritten Piste“ beschreitet.

Was passiert wenn der Flughafen Wien eine dritte Piste bekommt? Diese Frage bezieht sich jetzt nicht auf Themenbereiche wie Frequenzen, Slots, Auslastung, Kapazitäten - diese Themen sind nicht zuletzt hinsichtlich Pro und Contras dritter Piste gut abgehandelt. Hier - in Zusammenhang mit der Entwicklung der Region - geht es um weitreichende Konsequenzen. Es sind dies nicht nur Umweltfaktoren, wie Lärmbelastung und deren neue Verteilung (auch durch Zubringerverkehr etc.) oder z.B. Schadstoffemissionsentwicklung (Luftqualität), sondern die Region als Wirtschaftsstandort, als dynamischer gesellschaftlicher Raum. Die Region, demographisch durch

den Niedergang der Industrie in Niederösterreich-Süd durch Bevölkerungsverluste und -stagnation geprägt, hat durch den Flughafen aufgeholt und könnte mit Kapazitätserweiterungen den Entwicklungsrückstand wettmachen, was einige der Gemeinden auch mit der dritten Piste positiv verbinden.

Laut Interviews wird das Thema dritte Piste jedoch sehr unterschiedlich interpretiert. Einige sehen darin die neue treibende Kraft und neue Inhalte im Dialogforum, andere ausschließlich ein Behördenverfahren, dessen Ausgang abzuwarten ist. Insgesamt werden jedoch dieser Frage - und das als abschließende These - durchaus entscheidende Momente sowohl für die Entwicklung des Flughafens als auch der umliegenden Region zugeordnet.

## Verhältnis Wien - Niederösterreich - Burgenland

Zu Irritationen im Team hat immer wieder die in den Interviews skizzierte Kommunikation zwischen den betroffenen Bundesländern geführt. Während das Burgenland sich eher „bescheiden“ im Hintergrund hält, ist die Kommunikation zwischen Wien und Niederösterreich schwierig und nicht immer nachvollziehbar.

Nicht nur das Verhältnis von Verwaltung und Politik (im jeweiligen Bundesland sowie zwischen den Bundesländern) bleibt intransparent, auch die Information über laufende Verfahren und Bescheide scheint am Großteil der Öffentlichkeit vorbeizugehen. Hier scheint es Informationsdefizite zu geben, deren Ursachen uns unklar sind. Wer mit wem (informell) kommuniziert, wer wem was „zuspielt“ und welche Rolle die Landeshauptmänner spielen (immer wieder wird der Flughafen als „Chefsache“ bezeichnet) blieb uns in der Auswertung der Interviews ebenso unklar.

Auch die Auswirkungen etwaiger zukünftiger Entwicklungen wie Curved Approach und dritte Piste auf Wien und Niederösterreich bzw. das Verhältnis zueinander nach Abänderungen von Flugrouten scheint Spielball der Landespolitiken zu sein, wenngleich uns auch hier viele Fragen offen blieben.

## Entwicklungsperspektive AUA

Die zukünftige Entwicklung der AUA als Home Carrier ist für den Flughafen Wien zweifelsfrei von Bedeutung und gleichzeitig schwer absehbar. Wie wird der Ostverkehr in Zukunft bedient werden, welche Auswirkungen hat das auf Langstrecken und Drehkreuzfunktionen? Welche

Auswirkungen haben diesbezügliche Konzernentscheidungen auf Slots und Frequenz? Wie ist das potenzielle Verhältnis der AUA zur dritten Piste (lange Rollzeiten etc.)?

## Anhang

### Themen und Fragenkatalog für das Dialogforum

#### Vorbemerkung

Der nachfolgende Katalog bezieht sich auf folgende Quellen:

- 31 Interviews
- acht teilnehmende Beobachtungen
- fünf Sitzungen des Forschungsteams, seine Zusammenfassungen und Hypothesenbildungen
- die Rückmeldung und die dort identifizierten Fragen, Probleme und Themenkreise
- Protokolle des Dialogforums der letzten Zeit
- einen gemeinsamen Rückblick im Rahmen unseres Forschungskolloquiums im Dezember.

Dieses umfangreiche Material zu sichten, zu selektieren und zusammenzufassen stellt eine besondere Herausforderung dar, insbesondere dann, wenn wie hier geboten, das unserer Meinung nach Wichtigste und Zentralste fokussiert werden soll. Problemverkürzungen sind unvermeidlich, Schwerpunktsetzungen müssen versucht werden. Dies macht es unmöglich, allen vorliegenden Sichtweisen in ihrer unterschiedlichen Bedeutung gerecht zu werden, beschreibt allerdings auch den Zustand des Dialogforums. Die vorhandenen unterschiedlichen Interessen, die einzelnen Positionen in den Widerspruchsfeldern, *müssen* in der Einschätzung von Themen und Problemen verschiedene Bedeutungen und Schwerpunkte setzen. Allerdings ist die Herstellung einer gemeinsamen Sichtweise, das Fassen gemeinsamer Beschlüsse über dringend und längerfristig zu Lösendes immer wieder notwendig, damit die vorhandenen Unterschiede nicht unversöhnlich und starr nebeneinander bestehen bleiben, ständig ungelöstes Konfliktpotential weitertransportieren. Wir vermuten, dass die kommende Klausur einer derartigen Standortbestimmung dienen soll und halten sie aus unserer Situationsanalyse heraus für wichtig und notwendig. Letztere Aussage ist eine bewertende Hypothese unseres Teams. Im Weiteren werden wir uns bemühen, zwischen Rechercheergebnissen, unseren Einschätzungen und Hypothesen sowie Vorschlägen und Empfehlungen zu unterscheiden, sie kenntlich zu machen. Dieses Vorgehen soll es auch den Mitgliedern des Dialogforums erleichtern, sich kritisch mit unseren Stellungnahmen auseinandersetzen zu können.

## Themen, Fragen, Probleme

### *Grundwiderspruch des Dialogforums*

Das Dialogforum wird einerseits als „alternativlos“ bezeichnet, man spart auch nicht mit Ausdrücken gegenseitiger Anerkennung, betont erlebte Lernprozesse, einen weitgehend auf gegenseitigem Vertrauen basierenden „familialen“ Umgang miteinander, ist mit der Leitung und Steuerung zufrieden, andererseits aber mit der Gesamtsituation unzufrieden, beklagt Stagnation, den Zeit- und Organisationsaufwand, dass der „Dialog festgefahren“ ist, die Rahmenbedingungen sich erheblich geändert hätten, Motivationen abbröckeln, Teilnehmer beginnen, sich mental zu verabschieden, die Existenzplausibilität schwindet, die Öffentlichkeitsarbeit absichtlich (durchaus auch verstehbar) zurückhaltend verfolgt wird, was Rückbindungen an ihr jeweiliges Klientel nicht erleichtert usw. Um diesen Grundwiderspruch besser in den Griff zu bekommen, wird sogar von einem „Neustart“ gesprochen, auch mit der Absicht verbunden, „ein neues Feuer zu entfachen“. Es entspricht auch der Situation, dass man einerseits an der „Unberührbarkeit“ der „vereinbarten Vertragsinhalte“ festhalten will, andererseits überprüfen will, welchen „Charakter“ und welchen „Wert“ sie haben.

### Hypothese

Die innere Widersprüchlichkeit des Dialogforums verlangt eine gemeinsame Thematisierung der Gesamtsituation, für die sich nur eine Klausur eignet. Unserem Eindruck nach wurde bisher viel Zeit und Mühe in inhaltliche Detailarbeit gesteckt, die Reflexion der Gesamtsituation kam demgegenüber zu kurz; damit wurde die Unzufriedenheit prolongiert. Vermutet darf auch werden, dass es eine große Energie und einen Aufwand (vor allem in der Leitung) bedeutet, die negative Stimmungslage aufzufangen und zu beruhigen. Eine indirekte Folge dieses ungelösten Zustandes könnte auch sein, dass man Erfolge und Erreichtes abwertet, deren Bedeutung zu wenig wahrnimmt.

### Empfehlung

Empfehlung für die Klausur: Thematisieren und Besprechen der Ursachen und Facetten des Grundwiderspruches, Herstellen einer gemeinsamen Sichtweise der Situation, Entscheidung über die wichtigsten Handlungsoptionen für die Zukunft, Sicherung bisheriger Erfolge. Dabei wird es wahrscheinlich unumgänglich, Struktur, Organisationsform, Arbeitsweise des Dialogforums auf den Prüfstand zu stellen, zumindest zu überlegen, wie ein „Neustart“ aussehen könnte, der auch immer wieder im Stande ist, über die Lösung von Einzelproblemen hinaus die Funktionsweise des Forums zu thematisieren.

### Kurze Funktionsbeschreibung

Wir haben in der Rückmeldung von drei Aufgabenstellungen des Dialogforums gesprochen:

- Verwalten
- Optimieren
- Gestalten.

Das Dialogforum ist eine in dem Mediationsvertrag vorgesehene „postmediative“ Maßnahme (unserer Meinung nach eine „weise“ Präventionsmaßnahme, die in großen Mediationen oft vergessen wird).

Sie dient folgenden Zwecken:

- Sicherung und Evaluation der vereinbarten vertraglich fixierten Ergebnisse (Verwalten).
- Entwicklung von Lösungen, die die Vertragsvereinbarungen jeweils angepasst an spezifische Situationen konkretisieren, detaillieren und gegenüber der UVP beobachten (Optimieren).
- Kreative Maßnahmen zu entwickeln, wenn neue Rahmenbedingungen, Probleme, Aufgabenstellungen auftauchen (Gestalten).

Die Existenz des Dialogforums garantiert also einen Ort und Zeiten, in denen obige Funktionen wahrgenommen werden können. Man muss also nicht immer wieder von vorne anfangen, es gibt eingesetzte Zuständigkeiten (einen vorhandenen „Sozialkörper“, der sich auf Kommunikations-, Verhaltensformen, Normen und Regeln verständigt hat, also im allgemeinen daher handlungs- und entscheidungsfähig ist). Die innere Identität, das Selbstverständnis des Dialogforums hängt davon ab, wie die Mitglieder ihre Schwerpunkte in den jeweiligen Funktionen sehen, und welchen Stellenwert Letztere haben; was genießt Priorität, steht bei wem im Vordergrund, ist jener Ort, an dem sich am besten die eigenen Interessen artikulieren lassen? Dementsprechend hat sich auch die Prozesssteuerung zu differenzieren. Die oben genannten Aufgaben (Funktionen) verlangen unterschiedliche Leitungsformen.

**Hypothese:** Die Entwicklung des Dialogforums in den letzten fünf Jahren macht eine innere Identität auf Grund der vorhandenen Widersprüche schwierig. Es ist für Außenstehende verwunderlich, dass es dennoch so etwas gibt wie eine soziale, emotionelle Verbundenheit, obwohl deutliche Differenzen nebeneinander unvermittelt bestehen bleiben. Allerdings muss es eine offene Frage sein, wie lange der „soziale Kitt“ noch hält, der im Wesentlichen dem Mediationsverfahren und den Erfahrungen mit ihm zu verdanken ist. (Vergangenheitsbeschwörungen sind auf Dauer nur bei jenen tragfähig, die in dieser Vergangenheit „dabei“ waren.)

**Empfehlung:** Es scheint uns daher für die Klausur wichtig, sich mit den identitätsgefährdenden Differenzen zu befassen. Einige seien hier aus unserer Perspektive genannt:

- *Das „Alte“ und das „Neue“*

- Die Teilnehmer am Mediationsverfahren und die später Hinzugekommenen. Es ist nachvollziehbar, dass alle jene, die erst *nach* der Abfassung des Mediationsvertrages ins Dialogforum eingetreten sind - diese auch als eigene Benachteiligung erfuhren, sie hatten nicht mitentschieden - zum Vertrag ein anderes Verhältnis mitbringen, als jene, die ihn mitentschieden haben.
- Die einen wurden in einem konsensorientierten Verfahren sozialisiert, im Dialogforum besteht zwar auch eine grundsätzliche Konsensausrichtung, sie wird aber nicht immer durchgehalten (Problem: Konsens, Kompromiss, Mehrheitsentscheidung).
- Die einen blicken mit Recht „nostalgisch“ auf den erfolgreichen Mediationsprozess zurück, versuchen vergangenes Erleben und Lernprozesse zu vermitteln; es gelingt anscheinend auch teilweise, es ist aber kaum möglich, Erlebtes jenen plausibel und nacherlebbar zu machen, die nicht dabei waren; noch dazu mit den getroffenen Vereinbarungen nicht einverstanden sind.
- Einige haben sich gleichsam zu „ExpertenInnen“ entwickelt, anderen fehlt deren Wissen. Auch wenn gesagt wird, dass man sich als „Neue“ und „Neuer“ gut informieren kann, und die „Alten“ auch ihr Wissen bereitwillig zur Verfügung stellen, bleiben Abhängigkeiten, die nicht immer überwindbar sind.
- Durch die Gemeinderatswahlen in Niederösterreich kam es zu Personenwechsel, auch einige Pensionierungen waren ausschlaggebend; Fluktuationen von Schlüsselpersonen sind immer ein Thema innerer Identität und Kontinuität.
- Zuletzt haben die Wahlen in Wien die frühere Ausgangsszenarie verändert. Die „Grünen“ haben den Mediationsvertrag (zum Bedauern von Herrn Fasan) nicht unterzeichnet; was bedeutet es für die Arbeit des Dialogforums, wenn sie jetzt in Wien Koalitionspartner sind?

- Es gibt eine Diskrepanz zwischen früherer Vorstandspräsenz im Mediationsverfahren und der Absenz im Dialogforum. Auch wenn dafür Verständnis geäußert wird (aktuelle Ereignisse), bedauert man es zugleich und fordert wieder mehr Präsenz. Auch wenn man sagt, dass der Flughafen gut vertreten ist, gibt es dennoch immer wieder Zweifel, ob sich die Leitung noch mit dem Dialogforum wirklich identifiziert. Diese Situation könnte sich durch die letzten Maßnahmen des Aufsichtsrates noch verschärft haben. (Wie steht der neugebildete Vorstand zum Dialogforum? Was geschieht in einem Jahr?)
- Auch wenn die Gesamtorganisation des Mediationsverfahrens komplex genug war, scheint sie dennoch nicht als so mühsam wie die des Dialogforums wahrgenommen zu werden. Zwar berichtete man von der Zeitintensität (vor allem derer, die nicht berufsmäßig mit dem Verfahren verbunden waren, wie z. B. die „ehrenamtlichen“ Bürgerinitiativen), eine Reduktion des Aufwandes wurde aber nicht in Erwägung gezogen. Es gab zum Unterschied von „jetzt“ ausreichende Motivation, die „Mühsal“ auf sich zu nehmen, sich mit dem Verfahren zu identifizieren. Einige Stützen der früheren Identifikation scheinen heute zu fehlen:
  - Das Verfahren war klar als Mediation definiert, d. h. bestimmten Regeln, auf die man sich geeinigt hatte, unterworfen, begleitet von Konfliktsteuerungs- und Prozesssteuerungsexperten (das Dialogforum ist anders definiert, auch wenn man sich bemüht, Mediationselemente beizubehalten).
  - Das Ziel war konsensuell festgelegt: Man wollte ab einer gewissen Zeit der Verhandlung und Auseinandersetzung eine Einigung, einen Vertrag, der möglichst *allen* kontroversiellen Interessen entsprechen konnte. Auch wenn Scheitern immer wieder drohte (siehe Nachtflugdiskussion) und einige Zweifler das Deck verließen, war der *gemeinsame Wille* doch sehr stark und ein ständig Verbindendes. Das Ziel wurde erreicht.

Gibt es für das Dialogforum eine ähnlich motivierende Zielsetzung, die einen gemeinsamen Willen begründet? Verwalten und die Bewältigung der „Mühen der Ebene“ scheinen dafür nicht ausreichend. Hinzu kommt, dass neue Interessen aufgetreten sind, und auch durch die steigenden Passagierzahlen und Flugbewegungen, sowie den Aufschub des Baus der dritten Piste sich Rahmenbedingungen geändert haben und nach neuen

Entscheidungen rufen. Teile des Mediationsvertrages waren im Hinblick auf die dritte Piste verhandelt und beschlossen worden; wie gelingt es diese an ein Zwei-Pisten-System zu adaptieren, mit dem man noch einige Zeit wird rechnen müssen?

Die veränderten Rahmenbedingungen definieren auch die alten Positionen und Interessen neu. Damit tauchten ebenso neue Konfliktfelder am Horizont auf (siehe z. B. Brief Watzak - Helmer, Mail vom 22.11.2010). Langt für deren Bewältigung die alte Vereinbarung, an der „nicht gerüttelt“ werden soll? Oder bleiben die Konflikte ungelöst und begleiten mehr oder weniger immer wieder aufflammend das Dialogforum? Wenn Letzteres der Fall ist, so eine unserer *Hypothesen*, kann es schwerlich zu einem „gemeinsamen Willen“ kommen; ihm gegenüber stehen Stagnation, Festhalten am Vertrag und Ausschluss möglichst aller Themen, die er nicht bewältigen kann, versus eine ständige Unruhe, die durch ungelöste und unlösbare Konflikte ausgelöst einen „Neustart“ verlangt. Unserer Vermutung nach wird das Dialogforum in absehbarer Zukunft nicht umhin kommen, sich die „Gretchenfrage“ zu stellen: Was an neuen Problemen, Themen, Rahmenbedingungen lässt sich durch den Mediationsvertrag noch „einfangen“, was nicht und wie verfährt man mit Letzterem? Ist das Dialogforum „Hüter“ des im Mediationsverfahren Erreichten und der „Wächter“ über die Einhaltung des Beschlossenen oder hat es neue Gestaltungsaufgaben zu bewältigen?

- Die Beantwortung dieser Frage ist auch organisationsrelevant. Entschließt man sich für Bewahren und Evaluation, kann - so unsere *Hypothese* - die Organisationskomplexität „heruntergefahren“ werden. Da auch die Spielbreite möglicher Optimierungen eingestandenermaßen äußerst gering ist, wird man hier mit nicht allzu großem Aufwand durchkommen. Im Wesentlichen würde dann das Dialogforum zu einem „Wartesaal“ für die dritte Piste werden. Dieser Zustand ist dann erträglich, wenn man sich *klar* für das Verwalten entscheidet - schließlich handelt es sich ja auch um das Bewahren eines Erfolges, der ohne die Mediation nie zustande gekommen wäre - bzw. wenn ebenso klar ist, *wann* die dritte Piste zu erwarten ist, und man sich darauf einstellen kann. Unabsehbares Warten ist quälend. (Das Hauptproblem des „Nichts-Tuns“ ist, dass man nicht weiß, wann man damit fertig ist.) Wird aber der Beschluss gefasst, den neuen anstehenden Problemen und Konflikten einen Platz einzuräumen, treten u. E. ebenso

neue Fragen auf: Ist ein neues Mediationsverfahren angesagt oder kann das Dialogforum in seiner derzeitigen Struktur ausreichen? Taugt die vorhandene Organisation? Das „alte“ Mediationsverfahren sah sich beispielsweise gezwungen, neben dem „großen“ Mediationsforum einen eigentlich operativ tätigen „Arbeitsausschuss“ einzurichten; ist die Größe des Dialogforums tauglich für effizientes Arbeiten?

- Es stehen also unserer Einschätzung nach dem Dialogforum wichtige Entscheidungen bevor. Erst diese schaffen Orientierung über Strategie, Zielsetzungen und Organisationsformen. Diese Entscheidungen auf der „Metaebene“ (was sind wir, was wollen wir, wozu sind wir imstande?) laufen über eine gemeinsame Einschätzung der Gesamtsituation des Dialogforums; hier geht es *nicht* um die Behandlung von inhaltlichen Detailfragen.

Die Entscheidung, in welche Richtung mit welchen Konsequenzen man gehen will, muss nach dieser Einschätzung gemeinsam (konsensuell) getroffen werden. Sie ist nicht delegierbar; auch nicht an die Prozesssteuerung des Dialogforums. Sie ist sicher nicht ganz einfach, da es um eine Weichenstellung geht, die auch für den Financier Bedeutung hat. Zusätzlich ist der Widerspruch zwischen „Bewahrern“ und „Veränderungswilligen“ vermutlich auch einer, der sich quer durch das Dialogforum zieht. Nun sollte dieses aber doch der Ort sein, wo nach Absicht des Vertrages beides Platz hat, es ist nämlich die Frage zu stellen, was mit jenen Problemen und Konflikten geschieht, die nicht mehr im Vertrag, nicht mehr im Verwalten und Evaluieren unterzubringen sind? Es ist ein uns vertrautes Faktum, dass ungeklärte und ungelöste Probleme und Konflikte, wenn sie nicht in Eigenregie gelöst werden können, zum Hilfsmittel „Delegation“ greifen. Man erwartet sich von den jeweiligen Leitungen (oder einer Begleitforschung), was man selbst nicht zustande bringt. Im Allgemeinen führt dies einerseits zu einer Überforderung von Leitungen, andererseits zu einem Defizitgefühl (vor allem emotioneller Art), zu deren Entscheidungen kaum etwas beigetragen zu haben. Für die Leitungen bedeutet es eine ungeheure Mühe, es allen recht machen zu wollen. Nun ist zwar das Dialogforum auf Konsens ausgelegt, alles aber, was in ihm *nicht* vorkommt oder ausgeschlossen wird, bedeutet eine dauerhaft zusätzliche Vermittlungsarbeit für die jeweilige Leitung. Die derzeitige Organisation des Dialogforums und seine Verfahren scheinen uns eine „Mischform“ darzustellen. In seinen Verwaltungsaufgaben (Evaluation, Kontrolle, Überprüfungen von „Tagesfällen“, etc.) ist es bis hin in eine gewisse „Detailverliebtheit“ gut „aufgestellt“; in seiner Beweglichkeit Neues, Verändertes aufzugreifen eher vorsichtig, sich selbst beschränkend, zugleich aber klagend, dass „nichts weitergeht“.

## Identitätsstiftende Motivationsfaktoren

Im Grunde haben wir diese schon in den vorhergehenden Hypothesen, Beschreibungen und Empfehlungen genannt. Zusammenfassend und ergänzend seien sie im Folgenden noch benannt:

- Sammlung bisheriger Erfolge; Resümee für die Öffentlichkeit.
- Identifikation der aktuellen inneren Differenzen, deren Bedeutung für das Dialogforum, sowie der mit ihnen verbundenen Konfliktpotentiale.
- Priorisierungen von zu lösenden Widersprüchen und Konflikten, Entscheidung über dafür geeignete Strukturen und Verfahren.
- Einigung über die Funktionsschwerpunkte des Dialogforums und deren organisatorische Implikationen (Verwalten, Optimieren, Gestalten); dementsprechende Ausrichtung der Prozesssteuerung.
- Anpassung der bestehenden Organisation an die entschiedenen Funktionen (Reduktion der Organisationskomplexität, der Sitzungshäufigkeit versus Einrichtung neuer Konfliktlösungsprozesse). Eine „Überaktivität“ könnte über den geringen Entscheidungsspielraum kompensatorisch hinwegtäuschen ohne wirklich eine neue Motivationskraft zu erzeugen.
- Identifikation gemeinsamer Aufgaben und zukunftsgerichteter Zielsetzungen; Konstituierung eines „gemeinsamen Wollens“.
- Abklärung der Bedeutung, Reichweite bestehender Verträge und Vereinbarungen bzw. deren Adaption auf die geänderten Rahmenbedingungen (Ergänzungsnotwendigkeiten, neue Konkretisierungen, Veränderungen: Sicher sowohl rechtlich, inhaltlich, wie auch emotionell die „heißeste Kartoffel“, weil sich hier die unterschiedlichsten Interessen manifestieren. Für die einen ist der Mediationsvertrag Resultat *ihrer* Interessen- und Konfliktbewältigung, andere kommen in ihm gar nicht vor, warten sozusagen auf neue Ereignisse, wie z. B. den Bau der dritte Piste, die einen „Neustart“ unumgänglich machen sollte. Gibt es bereits *jetzt* einen Neustart unter Berücksichtigung der bestehenden Verträge?).
- Bestmögliche Klärung des Problems: „Dritte Piste“ Woher bekommt man halbwegs sichere Orientierung in den Fragen: Kommt sie überhaupt? Wenn ja, welche

Zeitvorstellungen gibt es? Wo werden diesbezügliche Entscheidungen getroffen, kann das Dialogforum hier zu einem Gesprächspartner werden? Was bedeutet Warten mit unbestimmter Zukunft? Wie lässt sich die „Zwischenzeit“ sinnvoll nützen? Was bedeutet der Zeitaufschub für das derzeitige Zwei-Pisten-System? Gibt es hier Adaptierungsbedarf?

Weitestgehende Klarheit in diesem Fragenpaket verhindert wahrscheinlich das „lähmende“ Stagnationsgefühl, definiert Mögliches und Unmögliches, befreit aus überfordernden Selbstansprüchen (Allmachtsphantasien), kann aber zugleich Aktivität für Erreichbares hervorbringen.

- Eine unserer *Hypothesen* lautet: Die Einigung im Mediationsvertrag wurde nur möglich, weil es gelang, die Interessen der unterschiedlichen Positionen gegenseitig anzuerkennen. Dafür wurde im Prozess auch die nötige (emotionelle) Vertrauensbasis geschaffen; Lernerfahrungen und -erlebnisse fanden statt, die unserer Recherche nach niemand vermissen will. Allerdings hat dies auch seinen Preis: Die Anerkennung der Interessen anderer setzt meistens voraus, dass man sie auch bei sich selbst entdeckt. Damit geraten alle Positionen in einen Selbstwiderspruch.

Vertreter der Bürgerinitiativen fliegen selbst auch, haben womöglich Angehörige, die am Flughafen arbeiten oder Piloten sind, sehen ein, dass der Flugverkehr einen bestimmten Lebensstandard sichert, können nicht vertreten, dass man den Flughafen zusperrt, etc. Bürgermeister sind sowohl an der Lebensqualität ihrer Bürger interessiert, auch an dem Wert von Grundstücken. Umweltfonds, Kommunalsteuer, Arbeitsplatzsicherung, stellen aber ebenso hohe Werte dar, usw. Übrigens ein Widerspruch, der die gesamte Politik betrifft. Der Flughafen muss primär die wirtschaftliche Seite vertreten, ist aber sowohl an einem guten Image interessiert, will auch nicht laufend mit unkontrollierbaren Bürgerinitiativen und deren medialer „Ausschlachtung“ konfrontiert werden und ist daher an Mediation interessiert (schlechte „Vorbilder“ gibt es genug, bei anderen Flughäfen, für die der Umgang in Wien mit den Problemen „vorbildlich“ ist); die ACG als Behörde mit Gesetzesaufträgen steht für Sicherheit, Ordnung, Datenschutz, etc., kann sich aber den „Optimierungsinteressen“ der „Bürger“, einmal im Verfahren mit einbezogen, nicht verschließen - auch wenn die ständigen Veränderungszumutungen Zusatzarbeit bedeuten; und auch die „Airlines“, die insbesondere ihre Wachstums- und Gewinninteressen in den Vordergrund stellen müssen, können sich gegenüber der kritisierten Lärmzumutung nicht verschließen, wenn sie sich am Mediationsverfahren beteiligen und Mitglieder des Dialogforums sind.

Die verschiedenen Facetten dieser *inneren* Widersprüche ließen sich noch viel detaillierter ausführen („über“ allem steht jener des „Florianiprinzips“, das hier zu der schwer verkraftbaren Einsicht führt, dass Neu- und Umverteilungen zwar dem

einen nützen, anderen aber schaden und Gerechtigkeitsaspekte nicht von vorneherein gegeben sind, die Entscheidungen erleichtern können), u. E. wissen die Mitglieder des Dialogforums darüber ohnehin bestens Bescheid. Die Schwierigkeit ist aber folgende: In dem Mediationsvertrag wurden auch diese *inneren* Widersprüche in eine gewisse Balance gebracht, also gelöst. Was aber ist danach mit ihnen passiert? Offensichtlich trägt die alte Balance nicht mehr zufriedenstellend. Das heißt aber, dass sie innerhalb der einzelnen Interessengruppierungen neu aufbrechen und dort behandelt und gelöst werden, oder einen ausreichenden Platz im Dialogforum bekommen müssten.

Auch wenn der Nachbarschaftsbeirat z. B. bestritten hat, sich immer einig zu sein, hatten wir doch den Eindruck, dass vieles in interner Kommunikation abgehandelt und entschieden wird.

Wie es um die inneren Widersprüche der Aviation-Gruppe bestellt ist, wurde uns weniger transparent. Es darf aber angenommen werden, dass der „home-carrier“ in seiner derzeitigen Situation wirtschaftliche „Entgegenkommen“ des Flughafens verlangen könnte.

Am deutlichsten von der Gewalt der inneren Widersprüche scheinen uns die Bürgerinitiativen in der ARGE betroffen. Hier kommt nicht bloß das allgegenwärtige Florianiprinzip zur Geltung, sondern auch die Anwesenheit von durch den Mediationsvertrag sich benachteiligt fühlenden Gruppen, der unterschiedliche Informationsbestand, der verschiedene „Expertenstatus“, das Problem, sich der Öffentlichkeit adäquat zu vermitteln, sowie schließlich sich seinen Gruppen als der richtig ausgewählte Vertreter zu vermitteln (Rückbindungsthema, Verrätersyndrom) usw.

Für eine kollektive Identität des Dialogforums und damit Motivationskraft, ist, so unsere *Hypothese*, der Umgang mit diesen Widersprüchen innerhalb der einzelnen Gruppen (welche gibt es überhaupt? Unterschied ARGE, Aviation-group) bestimmender Faktor. Unzufriedenheiten mit der Arbeit des Dialogforums könnten auch darin eine Ursache haben, dass man die internen Widersprüche und Konflikte nicht oder nur scheinbar „löst“, sich diese Arbeit aber vom Dialogforum nicht wirklich erwarten darf. Aus dieser Situation kann ein demotivierendes Hin- und Hergeschiebe entstehen. Andererseits bewahrt es die einzelnen Gruppierungen davor, ihre inneren Konflikte erfolgreich auszutragen. Man kann sie auf einer höheren Allgemeinheitsebene - allerdings ohne wirklich eine Lösung zu erhoffen - dem Dialogforum zuschieben.

**Übrigens:** Jedes Mediationsverfahren, auch das Dialogforum, kommen nicht um die „Produktion“ innerer Widersprüche herum, die eigene Positionen „aufweichen“. Deshalb müssen Menschen, die das nicht aushalten, entweder das Verfahren verlassen oder gar nicht hineingehen. „Fundamentalisten“, die ihre Position nicht gefährden wollen, meiden mit Recht eine

Mitgliedschaft in einem („korrumpierten“) Dialogforum; was draußen korrumpiert heißt, kann man im Inneren „gegenseitiges Verständnis“ nennen.

Über weitere Motivationsfaktoren kann nur spekuliert werden, da viel von den vorhin erwähnten Grundentscheidungen abhängt. Vielleicht noch *einige Hinweise unsererseits*:

- Auch eine Redimensionierung im Sinne einer wohlverdienten *Pause* kann motivierend sein. Dann aber müssten zwei Entscheidungen fallen:

Erstens: Was sind auch noch im weiteren Sinne unverzichtbare Aufgaben des Dialogforums und in welcher Form sollen sie wahrgenommen werden?

Zweitens: Womit gelingt es in der „Zwischenzeit“ eine *Grundbereitschaft* für einen „Neustart“ zu gegebener Zeit aufrechtzuerhalten; damit man „schnell“ wieder einsteigen kann, nicht alles wieder von vorne aufbauen muss? Folgende Themenfelder würden sich anbieten:

- Verstärkung des Wissenstransfers, Arbeit am Informationsgleichstand (Gestaltung gemeinsamer Lernprozesse). Einigung auf eine außerstreit zu stellende Wissensbasis, damit nicht immer von vorne diskutiert werden muss.
- Ergebnis und Erfolgssicherung mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit (Außenrepräsentanz); entsprechender Umgang mit den Medien.
- Von Zeit zu Zeit ein „Fest“ zur Aufrechterhaltung der „sozialen Bindung“ (dass man sich auch dieser Angelegenheit widmen sollte, zeigte die heftige Reaktion und Diskussion auf die Absage des im Juni vergangenen Jahres geplanten Festes).
- Behandlung der Nachfolge- und Übergabethematik (wie und von wem soll ein Dialogforum weitergeführt werden, wenn sich bei den „Langzeitaktivisten“ berechtigte Müdigkeitserscheinungen einstellen und Austrittsabsichten bestehen?).
- Integrationsbemühungen um einen Hinzukommenden; es wird voraussichtlich auch in Zukunft „Neue“ geben.

- Es wird vielleicht auch notwendig werden, zu den Vorständen der Aviation-group (vor allem zu den Neuen und jenen, von deren Einstellung man zum Dialogforum nichts Näheres weiß) Kontakte zu intensivieren.
- Das Dialogforum als „Lernplattform“ für andere Flughäfen zu organisieren, könnte eine interessante Aufgabe sein (Know-how-Angebot).
- Es gibt zweifellos mehrere Themen, die jenseits direkter Einflussnahmen des Dialogforums liegen, aber seine Probleme betreffen. Die Frage ist, ob man sich überlegt, in welcher Weise hier dennoch Einflussmöglichkeiten erarbeitet werden:
  - curved approach
  - internationale Übereinkünfte im Nachtflugregelungsbereich
  - Regionalentwicklung des Gesamttraumes als Hilfestellung
  - usw.
- „Ruhigere“ Zwischenzeiten könnten auch zu einer rückblickenden Aufarbeitung der Gesamtentwicklung dienen; etwa auch zur besseren Klärung der Frage: Was können Mediation und das nachfolgende Dialogforum und wo werden Grenzen erlebt? Welche sind prinzipieller Natur („no go“), welche überwindbar.
- Kann es sinnvoll sein, sich auch an Hand des Fortschreitens der UVP auf die dritte Piste vorzubereiten oder ist das ein „Glasperlenspiel“, eine „Trockenschwimmübung“, oder gefährdet es den derzeitigen Zusammenhalt des Dialogforums (es könnten neue Verteilungskämpfe ausbrechen, obwohl noch keine konkreten Prognosen vorliegen).

Das bisherige Angebot unsererseits an Ergebnissen der Recherche, Hypothesen und Empfehlungen für die Klausur versucht Material zu liefern, Themen und Probleme aus unserer Sicht anzuführen, Lösungsrichtungen aufzuzeigen. Das Material ist einerseits sicher zu umfangreich für die Behandlung in einer Tagesklausur. Themen sind schnell bei der Hand, Prozesse der Verständigung über sie brauchen eigene Zeiten, die in kontroversen Interessensituationen oft von vornherein in ihrem Ausmaß nicht abzusehen sind. Es wird daher sinnvoll sein, zu Beginn eine Entscheidung über eine Prioritätenreihung zu treffen, schließlich gegen Ende der Klausur zu beraten, in welcher Form man mit den „Restbeständen“ verfährt. Meist sind die Erwartungen an eine Klausur höher, als eine realistische Einschätzung es gestatten würde. Enttäuschungen sind daher oft vorprogrammiert. Sollte man sich in der Klausur auf einen „Neustart“ einigen, bedeutet das u. E., sich eine adäquate (Projekt-)Organisation für die nächste Zeit zu überlegen.

Eine diesen Teil abschließende Bemerkung *in eigener Sache*: Die Rückkoppelungsveranstaltung hat an die Begleitforschung Forderungen in Richtung Lösung herangetragen, die diese verweigert hat. Das mag zu einer gewissen Enttäuschung beigetragen haben. Wir sehen uns aber nicht in einer Expertenrolle, die dazu imstande sein soll, dem Dialogforum Entscheidungen abzunehmen, bzw. diese in eine Richtung zu beeinflussen. Gleiches gilt für die vorliegende Zusammenfassung; unsere Sichtweisen und unsere Sammlung sind Material, Vorschläge, die im Dialogforum erst gemeinsame Akzeptanz finden und dann in ihrer Bedeutung für die weitere Zukunft entschieden werden müssen. Dabei kann sich durchaus auch herausstellen, dass sich das Dialogforum für andere Gewichtungen entschließt, vielleicht auch völlig neue Wege einschlagen will. Im Übrigen: In kontroversiellen Situationen, in denen meist ungelöste Konflikte zu Tage kommen, ist es zwar verständlich, Lösungsunterstützung von „Experten“ zu erhoffen - es könnte den Betroffenen eine Auseinandersetzung erspart werden - die heimliche Botschaft ist aber der Wunsch, sich auf eine Seite zu schlagen, damit der einen oder anderen Position mehr Gewicht zu geben und für die nähere Zukunft als Berufungsinstanz zu dienen. Im konkreten Fall war die Situation insofern noch prekärer, als zwei Gruppen in Richtung Lösungsvorschläge drängten, die anderen aber nicht. Wir wollen mit dieser Bemerkung keine Selbstverteidigung inszenieren, sondern nur unsere Rolle, Aufgabe, unseren Auftrag klarstellen; voll erkannt von einem Teilnehmer, der sagte: „Wir bekommen einen Spiegel vorgehalten, frisieren müssen wir uns selber“.

#### **Anhang** zu einigen noch nicht ausführlich erwähnten **Grundwidersprüchen**

*Der Grundwiderspruch*, der auch im Dialogforum agiert werden muss, ist jener, der unsere gesamte westliche Gesellschaft bewegt: Es ist der von *Ökonomie und Ökologie* (im weitesten Sinn). Dieser wird zwar oft als gar nicht vorhanden „hinwegharmonisiert“, das Mediationsverfahren und das Dialogforum wären aber nicht notwendig, würde sein Konfliktpotential nicht evident sein, sich in den verschiedensten Facetten offenbaren. Die Mitglieder des Forums vertreten nun jeweils schwergewichtig die *eine oder die andere Seite*, sind also gewissermaßen Akteure, eben „*gefangen*“ in diesem Widerspruch. Wirtschaftswachstum versus Lärmbelästigung (verminderte Lebensqualität), Kapital-, Eigentümerinteressen versus Entwertung von individuellem Privateigentum und subjektiv-emotioneller Beeinträchtigung und daher dem Wunsch, Wachstum zu „deckeln“, Nachtflüge versus Nachtruhe, Steigerung der Flugbewegungen versus Freizeit im Garten, Leistungsgerechtigkeit versus Bedürfnisgerechtigkeit etc. seien als einige Facetten aufgezählt.

Das Problem dieses Grundwiderspruches verschärft sich durch mehrere Tatsachen:

- Erstens gibt es eine deutliche *Machtasymmetrie*: Wir leben in einer ökonomisch-technologisch *dominierten* Welt und Gesellschaft. Ihr wurden und werden alle anderen gesellschaftlichen Systeme und erst recht subjektive Bedürfnisse untergeordnet.
- Zweitens „verdanken“ wir genau diesem dominanten System Wohlstand, Lebensstandard (ermöglicht auch durch Luftfracht), einen insgesamt respektablem Reichtum (jedenfalls in unserer westlichen Welt), schließlich auch jene „demokratischen“ Freiheiten, die im Sinne von Bürgerinitiativen auf Grenzen, Fehlentwicklungen aufmerksam machen, die Dominanz bekämpfen, für mehr Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung eintreten.
- Drittens werden uns die daraus sich ergebenden Unvereinbarkeiten auf allen Ebenen deutlich. Die „Großwetterlage“ spricht von „Grenzen des Wachstums“, von einem wachsenden Reichtum, der nichts mehr zu mehr Glück beiträgt und „Sinnkrisen“ produziert, von einer Ressourcenverschwendung, die demnächst ihr „natürliches Ende“ finden wird, etc. In der kritischen Analyse sind wir auch recht tüchtig vorangekommen, Konzepte eines alternativen Wirtschaftens verlieren sich allerdings meist in systemimmanenten Detailmaßnahmen. Insofern scheinen wir alle im selbstgebauten „goldenen Käfig“ gefangen.  
Wir protestieren gegen Fluglärm und fliegen immer mehr und das nicht nur geschäftlich (öfter schreien die am lautesten, die das Privileg haben, öfter als andere fliegen zu können). Wir freuen uns über den steigenden Städtetourismus, der Wien „bunt“ macht und das nicht nur aus ökonomischen Gründen; die Stadt wird „anerkannt“. Wir sollen die Lebensqualität unserer Gemeindebürger erhalten, erhöhen, zugleich müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass ein Flughafen vor Abwanderung schützt, Arbeitsplätze erhält, Kommunalsteuer bringt, schließlich sogar einen Umweltfonds für bauliche Maßnahmen zur Verfügung stellt. Konkrete Beispiele könnten noch viele weitere aufgezählt werden, es weisen aber bereits die wenigen in eine bestimmte Richtung: Solange wir allesamt und immer noch im bestehenden ökonomischen System nicht unwesentlich „profitieren“, machen wir uns selbst abhängig von seinen Funktionsgesetzen und perpetuieren die Machtasymmetrie.  
Man mag das bedauern, „Aussteigerszenarien“ durchprobieren, oder weiterhin an Konzepten arbeiten, von denen man schon von vornherein ahnt, dass sie nicht umsetzbar sind, in jedem Fall die Aufgaben einer Mediation oder eines Dialogforums übersteigen, es gibt kein Entkommen. Die „selbsterzeugte“ und verschuldete

Abhängigkeit bleibt, weder kann die Machtdominanz umgekehrt werden (was sich offensichtlich jene Initiativen, die nicht die Absicht haben, ins Dialogforum einzutreten, vorstellen), noch nützt es auf eine übergeordnete Instanz, wie z. B. die Politik zu hoffen, die selbst abhängig wenigstens dort und da zu profitieren versucht. Erst wenn diese Gesamtsituation als realistische, jeweilige Ausgangslage akzeptiert wird, kann Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit entstehen. Auch eine emotionelle Entlastung kann stattfinden. Man muss sich nicht mehr zwischen Selbstüberschätzung und Ohnmachtsgefühlen zerreißen lassen, sich auch nicht der Grundstimmung einer Dauerresignation ausliefern, die imstande ist, bereitwillig die eigenen Erfolge zu vergessen, sie zumindest kleinzureden. Es ist schon nachvollziehbar: Machtasymmetrien verleiten zu solchen Gefühlen, schon deshalb, weil diese letztlich zu Untätigkeit und Rückzug und damit zugleich dem eigenen Machterhalt dienen. Das Mediationsverfahren und das Dialogforum haben aber bewiesen, dass zwar „Gefühlsbäder“ beschriebener Art auf allen Seiten nicht vermieden werden könnten, es aber zugleich möglich war, in vielen Entscheidungen ein Maximum „herauszuholen“.

Das große Versprechen, für alle eine „Win-Win-Situation“ zu erreichen, gehört u. E. in das Reich der Träumereien; außer man interpretiert es ein wenig um: Win-Win kommt nämlich hier nur zustande, wenn alle *verzichten*. Dies klingt freilich nicht so schön und angenehm, es ist aber anzunehmen, dass Verzicht in dem beschriebenen Grundkonflikt zu einer „Win-Win-Weltformel“ werden konnte. Schließlich hat auch die ökonomisch-technische Macht Verzicht geleistet und damit der Asymmetrie eine gewisse Balanceverschiebung zuteil werden lassen (Nachtflugdeckelung, Zusatzarbeit für die Technik der Flugsicherung, Bezahlung des Mediationsverfahrens und des Dialogforums, Umweltfonds etc.).

Man muss aber zur Kenntnis nehmen, dass die Balance ständig gefährdet ist und Rückfälle in alte Positionen daher möglich sind. Schon aus diesem Grund ist das Bewahren des Erreichten für das Dialogforum keine unrespektable Aufgabe. Balancesicherung haben wir vorhin der Funktion des Verwaltens zugeschrieben, Optimieren war das Zweite: Sehen, ob es nicht noch Verbesserungen im bestehenden Rahmen gibt. Gestalten aber bedeutet zweierlei: Erstens sich auf neue Rahmenbedingungen einstellen (Balancen zu verändern); hier bleibt man auf systembedingte Voraussetzungen und deren „Gesetze“ angewiesen (Konkurrenzbedingung der Airlines, Profitwünsche der Eigentümer, steigende Passagierzahlen, rechtliche Vorschriften, etc.). Der Bewegungsrahmen wird sich hier manchmal als recht eng darstellen („no go“). Es ist deshalb zweitens nicht bloß eine Fleißaufgabe, sich dort und da zu überlegen, wo Systemgrenzen überschritten werden können; jene Bezirke auszuleuchten, die über den eigenen Fall, die eigene

eingeschränkte Situation hinausgehen (z. B. internationale Übereinkommen, Versuche, auf technische Optimierungen einzuwirken - Lärmreduktionen, curved approach - die Zukunft des Dialogforums abzusichern, Regionsentwicklungs- und Raumordnungsfragen zu diskutieren, usw.).

**Zum Abschluss:** In dem Begriff Begleitforschung steckt das Wort „Begleiten“. Auch wenn wir uns in der Rückkoppelung in „Enthaltbarkeit“ geübt haben, unsere emotionelle und soziale Verbundenheit mit dem Mediationsverfahren und nunmehr mit dem Dialogforum ist ungetrübt. Unser „längstes“ Forschungsprojekt ist uns auch „ans Herz gewachsen“. In diesem Sinn wünschen wir der Klausur viel Erfolg und eine gemeinsame Klarheit für die nächste Zukunft des Dialogforums.



